
VERBAND DER LEHRER FÜR GESCHICHTE UND POLITIK HAMBURG

Landesverband im Verband der Geschichtslehrer Deutschlands
Kooporatives Mitglied der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung



GESCHICHTE UND POLITIK IN DER SCHULE

Schwerpunkt:
***Die Ständige Ausstellung
„Deutsche Geschichte in
Bildern und Zeugnissen“***



***Vom Nationalsozialismus zur Demokratie –
Kurt Georg Kiesinger in der deutschen
Geschichte des 20. Jahrhunderts***

***„Frau ohne Eigenschaften?“ – Zur Eröffnung
der Sonderausstellung zu Johanna von Bismarck
in der Otto-von-Bismarck-Stiftung***

***Welche Aufgaben haben die
wichtigsten Verfassungsorgane? –
Ein Gruppenpuzzle als Möglichkeit
des kooperativen Lernens***

Rezensionen und Kurzvorstellungen

GPS

Nr. 44 (2007)

Inhaltsverzeichnis

Editorial	1
Vom Nationalsozialismus zur Demokratie – Kurt Georg Kiesinger in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts (Philipp Gassert)	3
„Frau ohne Eigenschaften?“ – Zur Eröffnung der Sonderausstellung zu Johanna von Bismarck – Otto-von-Bismarck-Stiftung, Friedrichsruh, 17.06. – 09.09.2007 (Andreas von Seggern)	17
Schwerpunkt: Deutsches Historisches Museum in Berlin	
Zur Eröffnung der Ständigen Ausstellung „Deutsche Geschichte in Bildern und Zeugnissen“ am 2. Juni 2006 (Hans Ottomeyer)	21
Die Ständige Ausstellung „Deutsche Geschichte in Bildern und Zeugnissen“ (Hans-Jörg Czech)	25
Daten zur Ständigen Ausstellung und Informationen für Besucher	35
Aus der Unterrichtspraxis	
Welche Aufgaben haben die wichtigsten Verfassungsorgane? – Ein Gruppenpuzzle als Möglichkeit des kooperativen Lernens (Thomas Rabe)	37
Ständige Rubriken	
Rezensionen und Kurzvorstellungen	51
„Praxis Geschichte“ und „Geschichte lernen“ – Übersicht über die von Januar 2006 bis März 2007 erschienenen Ausgaben	73
Zu guter Letzt: Von Backprofilen und Brötchenstandards (Annelies Paulitsch)	79

GPS ist ein Forum für Mitglieder unseres Verbandes. Der Inhalt der namentlich gekennzeichneten Beiträge wird allein von den Verfassern verantwortet.

Vorsitzender des Verbandes der Lehrer für Geschichte und Politik – Hamburg: Dr. Helge Schröder (c/o Albert-Schweitzer-Gymnasium, Kennzahl 213/5810, Struckholt 27–29, 22337 Hamburg, E-Mail: schroe_h@asgmail.de)

Verbandskonto: Verband der Lehrer für Geschichte und Politik, Konto 12 52 12 29 48 bei der Hamburger Sparkasse, BLZ 200 50 550.

Es kommen immer wieder GPS-Hefte zurück. Nicht alle Schulen sind Pensionären so wohlgesonnen, die Post nachzuschicken. Z.T. haben wir auch teure Rückbuchungen der Hamburger Sparkasse, wenn Konto-Änderungen vorlagen.

Bitte benachrichtigen sie uns schriftlich über Adressen- und Kontenänderungen.

Der Vorstand

Editorial

„Die Grundfarben der Geschichte sind nicht Schwarz und Weiß, ihr Grundmuster nicht der Kontrast eines Schachbretts; die Grundfarbe der Geschichte ist grau, in unendlichen Schattierungen.“ (Thomas Nipperdey¹)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die neu eröffnete Ständige Ausstellung des Deutschen Historischen Museums in Berlin (DHM) ist Schwerpunkt dieser Ausgabe von GPS. Mit seinen aufwendigen und vielfältigen Wechselausstellungen im Pei-Bau hat sich das DHM in den letzten Jahren als ein Zentrum für die Darstellung und Interpretation der deutschen Geschichte etabliert. Die im Zeughaus präsentierte Dauerausstellung zur deutschen Geschichte ergänzt die Wechselausstellungen und bildet den neuen Mittelpunkt des Museums.

Auf 8000 Quadratmetern Ausstellungsfläche zeigt sich, wie prägend die eigene Geschichte für die heutige Nation inmitten Europas bleibt bzw. trotz aller „Vergangenheitsvergessenheit“ geblieben ist. Die oben zitierte Aussage Thomas Nipperdeys bestätigt sich in der neuen Dauerausstellung, die – um hier etwaigen kritischen Nachfragen vorzubeugen – kein Mäntelchen des Vergessens über die Irrtümer und Verbrechen der Vergangenheit breitet. Stattdessen ist eine Präsentation erarbeitet worden, in der die konkreten Objekte aus der Vergangenheit im Mittelpunkt stehen und die gerade durch die Breite ihrer Darstellung, durch die Offenlegung der „unendlichen Schattierungen“ der deutschen Geschichte – im Guten, wie auch im Bösen – den vielleicht derzeit besten Versuch einer Darstellung der gesamten deutschen Geschichte darstellt. Eine Dauerausstellung aus einem Guss, einer Lesart verpflichtet und diese streng umsetzend, wäre einer Kapitulation vor der Vergangenheit gleichkommen und hätte nur mehr oder weniger einseitige Lesarten der Vergangenheit fortgesetzt.

Natürlich ist es bei der Größe der Präsentation einfach, Kritikpunkte zu finden. Wohltuend ist, dass multimediale Präsentationen sehr zurückhaltend und museumspädagogische Spielchen gar nicht eingesetzt werden. Die – oftmals sperrigen – Objekte selbst stehen im Mittelpunkt und werden z.B. nicht durch oberflächliche Computersimulationen ersetzt. Für den Laien wäre noch zu wünschen, dass an einigen Stellen der „rote Faden“ im Sinne von Überblicken ergänzt wird, um die Materialfülle zu strukturieren.

Freuen wir als Geschichts- und Politiklehrkräfte uns also über diese gewaltige und doch so unvollendete und unvollkommene Ausstellung, die insbesondere den Schülern zwei Dinge zeigt: Erstens, wie vielfältig und interpretationsbedürftig Geschichte ist, und zweitens, wie wichtig unsere gemeinsame Geschichte für uns Heutige ist, gerade angesichts der zukünftigen Herausforderungen!

Wir haben zur Dauerausstellung zunächst die Eröffnungsansprache von Prof. Dr. Hans Ottomeyer, Generaldirektor des DHM, abgedruckt. Es folgt ein ausführlicher Artikel zur Konzeption der neuen Ständigen Ausstellung von Dr. Hans-Jörg Czech, Direktionsassistent am DHM. Der Schwerpunkt schließt mit einer Zusammenstellung hilfreicher Informationen zur Planung eines Museumsbesuches ab. Denn: Das DHM ist in Berlin nur 1½ ICE-Fahrstunden bzw. 270 Autobahnkilometer von Hamburg entfernt!

¹ Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1866-1918. Zweiter Band: Machtstaat vor der Demokratie. Dritte, durchgesehene Auflage. München (Verlag C. H. Beck) 1995, S. 905.

Kurt Georg Kiesinger, der dritte Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, gehört bis heute zu den umstrittenen Persönlichkeiten der deutschen Geschichte. Dabei steht nicht so sehr sein Wirken als Bundeskanzler im Mittelpunkt, sondern vielmehr seine Vergangenheit in der Zeit der nationalsozialistischen Diktatur. Dr. Philipp Gassert, Privatdozent an der Universität Heidelberg, hat mit seiner im letzten Jahr erschienenen Habilitationsschrift, einer Biographie Kiesingers, u.a. den Versuch unternommen, den Vorwürfen auf den Grund zu gehen (Rezension siehe GPS Nr. 43 (2006)). Wir freuen uns, dass Philipp Gassert für GPS seine zentralen Ergebnisse noch einmal konzentriert zusammengestellt hat, um so auch für die schulische Diskussion eine verlässliche Grundlage zu schaffen. Die unlängst in den Medien heftig diskutierte Trauerrede des baden-württembergischen Ministerpräsidenten für Hans Filbinger zeigt, wie viel Sprengstoff weiterhin in dieser Problematik liegt.

Dr. Andreas von Seggern, Museumspädagoge und Historiker in der von der Bundesrepublik getragenen Otto-von-Bismarck-Stiftung in Friedrichsruh, hat uns freundlicherweise seine Eröffnungsworte zu einer Ausstellung über Johanna von Bismarck zur Verfügung gestellt: Eine Begegnung mit einer vielleicht typischen, vielleicht aber auch untypischen Frauengestalt aus dem 19. Jahrhundert. Der kurze und prägnante Vortrag bietet einerseits Anregungen zum Themenbereich Frauen- und Emanzipationsgeschichte (siehe dazu auch die Quellenauswahl in GPS Nr. 40 (2002)), andererseits wird eine Frau näher betrachtet, die sehr im Schatten Bismarcks stand und in der einschlägigen Literatur eher an den Rand gerückt und z.T. negativ koloriert wird.

Thomas Rabe, Kollege mit den Fächern Politik, Geschichte und Deutsch am Albert-Schweitzer-Gymnasium, hat für diese Ausgabe von GPS eine Institutionenkunde in Form eines Gruppenpuzzles ausgearbeitet. Für eine neunte oder zehnte Jahrgangsstufe (oder auch zur Auffrischung im Grundkurs!) eignet sich die erprobte Unterrichtseinheit gut – sie ermöglicht sowohl eine erste Annäherung als auch eine Vertiefung des Stoffes.

Auch die 44. Ausgabe von GPS schließt mit einem umfangreichen Abschnitt aus Rezensionen und Kurzvorstellungen. Dabei war es der Redaktion wichtig, eine breite Auswahl unterschiedlicher Bücher und Medien für den Geschichts- und Politikunterricht vorzustellen. Neu aufgenommen haben wir eine Zusammenstellung der Themen der beiden Zeitschriften „Geschichte lernen“ und „Praxis Geschichte“. Mit dieser Rubrik wollen wir den Kolleginnen und Kollegen gezielte Anregungen für Unterrichtseinheiten geben, um so den Geschichtsunterricht zu bereichern.

Dr. Helge Schröder
Hartwig Dohrke

Vom Nationalsozialismus zur Demokratie – Kurt Georg Kiesinger in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts

Von PD Dr. Philipp Gassert (Universität Heidelberg/University of Pennsylvania)

Seit auf Bundesebene wieder eine Große Koalition regiert, ist auch der Name des früher oft als „vergessener Kanzler“ apostrophierten Chefs der ersten Großen Koalition 1966-1969 wieder weiten Kreisen stärker geläufig. Doch abgesehen von der Phase seiner beileibe nicht folgenlosen oder unwichtigen Kanzlerschaft, die mit knapp 35 Monaten die bisher kürzeste in der Geschichte der Bundesrepublik war, ist Kurt Georg Kiesingers Lebensweg auch aus anderen Gründen für die Zeitgeschichte von besonderem Interesse. In vielen populären Veröffentlichungen, aber auch in wissenschaftlichen Untersuchungen steht Kiesingers Name als Chiffre „unbewältigter Vergangenheit“ für die Elitenkontinuität vom „Dritten Reich“ zur Bundesrepublik. Das prägnanteste Beispiel für diesen Nexus ist die viel zitierte Ohrfeige, die ihm Beate Klarsfeld auf dem CDU-Bundesparteitag im November 1968 in Berlin verpasste, um *coram publico* seine NS-Vergangenheit anzuprangern.¹ In seiner Zeit und seither im kollektiven Gedächtnis gilt Kiesinger mit Globke, Lübke, Oberländer und vielleicht auch Filbinger als geradezu paradigmatische Figur, an der sich das Fortwirken nationalsozialistisch belasteter Eliten in der frühen Bundesrepublik aufzeigen lässt.²

Kiesinger seinerseits verstand sich im scharfen Kontrast dazu als ein vom Nationalsozialismus vergleichsweise unbelasteter Protagonist des demokratischen Wiederaufbaus nach 1945, der sich nicht zuletzt aufgrund eigener schlechter Erfahrungen vor 1945 leidenschaftlich und mit Überzeugung an den Aufbau einer stabilen demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung in Deutschland machte. Selbst- und Fremdwahrnehmung, innere und äußere Biographie, klappten im Falle Kiesingers weit auseinander. Diese Tendenz verschärfte sich gegen Ende der 1960er Jahre, als er im Kanzleramt stand und ihn die westdeutsche „kritische Intelligenz“, die sich in ihrem Anliegen lange nicht ernst und wahrgenommen fühlte, als Objekt geschichtspolitischer Skandalisierungsstrategien entdeckte. Dabei war Kiesinger so untypisch nicht, wenn man seinen Lebenslauf mit dem anderer westdeutscher Spitzenpolitiker vergleicht. Mit der rühmlichen Ausnahme von Willy Brandt war unter den ersten Kanzlern und Präsidenten kein einziger, der Deutschland nach 1933 verlassen hätte und darob nicht während der NS-Zeit Kompromisse geschlossen hätte. Außer Brandt ist allenfalls noch Adenauer von dem generellen Befund der Involvierung mit dem Nationalsozialismus auszunehmen, weil er als führender Zentrumsolitiker der 1920er Jahre vom Regime als Gegner wahrgenommen, verfehmt und zeitweilig inhaftiert wurde.

¹ So beginnt auch die Kiesinger gewidmete Sendung jener Kanzler-Serie des ZDF, mit der Europas größter Fernsehsender 1999 des 50. Jubiläums der Republikgründung gedachte, mit der filmisch nirgendwo dokumentierten Klarsfeldschen Ohrfeige und legt damit Kiesinger auf das Image des „Ehemaligen“ fest, Erstsendung 18. April 1999, ZDF, 20.15 Uhr.

² Die folgenden Überlegungen fassen die wichtigsten Thesen meiner Forschungen zu Kiesinger zusammen, vgl. Philipp Gassert, *Kurt Georg Kiesinger, 1904-1988. Kanzler zwischen den Zeiten*, München 2006; auf Einzelbelege wird deshalb weitgehend verzichtet: Zum Forschungsstand vgl. die Einleitung in *Kurt Georg Kiesinger 1904-1988: Von Ebingen ins Kanzleramt*, hrsg. von Günter Buchstab, Philipp Gassert und Peter Thaddäus Lang, Freiburg 2005.

Schon bei Theodor Heuss wird es kompliziert. Zwar gehörte der angesehene Liberale später ins Umfeld des südwestdeutschen Widerstands. Doch stimmte der Reichstagsabgeordnete Heuss, mit allen inneren Vorbehalten, im März 1933 dem „Ermächtigungsgesetz“ zu, dem wichtigsten frühen Schritt zur Konsolidierung der Herrschaft Hitlers. Ludwig Erhard war als Wirtschaftsexperte in Beraterstäben des „Dritten Reiches“ tätig. Heinrich Lübke war zwar als Gegner des Regimes 20 Monate eingekerkert worden, zeichnete dann aber als Mitarbeiter der Baugruppe Schlempp in Peenemünde und weiteren Orten für die Beschäftigung von Zwangsarbeitern und KZ-Häftlingen mitverantwortlich. Der einer jüngeren Generation als Kiesinger und Lübke zugehörige Walter Scheel wurde Oberleutnant der Luftwaffe und seit 1942 Mitglied der NSDAP. Karl Carstens, der als Leutnant bei der Flakartillerie seinen Kriegsdienst leistete, hatte, nach eigener Aussage, „unter Druck“, einen Antrag auf Mitgliedschaft gestellt, während Helmut Schmidt als Hauptmann „widerwillig und doch pflichtgetreu“ in der Wehrmacht diente. Richard von Weizsäcker wurde ebenfalls als Offizier an der Ostfront eingesetzt. Erst mit Helmut Kohl und Roman Herzog kamen dann aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer jüngeren Generation unbelastete Politiker in die wichtigsten Ämter der Republik.

Zugespißt lässt sich daher formulieren, dass sie alle, ob freiwillig oder, und das sei betont, unfreiwillig, dem säkularen Verbrechen, d.h. dem Holocaust, den Rücken freigehalten haben. Selbst im Falle von Gustav Heinemann, dem dritten Bundespräsidenten, der zu den führenden Mitgliedern der Bekennenden Kirche gehörte, ist zu konstatieren, dass er, sicher gegen seinen Wunsch, als Bergwerksdirektor in Essen die deutschen Rüstungsanstrengungen unterstützte. Interessant ist der Fall des Bundeswirtschaftsministers Karl Schiller, der als NSDAP-Funktionär und Vordenker der NS-Arbeitsmarktpolitik neben dem Kanzler als das am stärksten nationalsozialistisch belastete Mitglied des Kabinetts der ersten Großen Koalition galt. Er spielte im Bundestagswahlkampf 1969 aufseiten der SPD eine zentrale Rolle, ohne dass seine NS-Vergangenheit in nennenswertem Umfang angesprochen worden wäre. Bis heute wurde Schiller nicht in die Ahnengalerie der Globke, Oberländer, Lübke, Kiesinger eingereiht. Auf die Einseitigkeit ihrer Kampagne gegen Kiesinger angesprochen, meinte Beate Klarsfeld im Dezember 1968: „Ich würde mich schrecklich freuen, wenn jemand auch mal den Professor Schiller ohrfeigen würde. Das ist auch so ein Sozialist, der aus dem Nationalsozialismus gekommen ist.“³

Stärker als an anderen Spitzenpolitikern der Nachkriegsdekaden blieb an Kiesinger der Makel des NS-Kollaborateurs haften. Das hatte auch mit dem Übergangscharakter seiner Kanzlerschaft zu tun, während der sich der Wechsel von der Ära Adenauer zur sozial-liberal geprägten zweiten Phase der Bundesrepublik ab 1969 vollzog. In Kiesingers Falle fehlen die positiven Identifikationsmöglichkeiten wie auch die geschichtsmächtige Lobby, die sich für ihn eingesetzt hätte. Konrad Adenauer steht für die Integration der Bundesrepublik in die westliche Gemeinschaft, die er gegen starke Vorbehalte durchzukämpfen vermochte, Willy Brandt für die endgültige Anerkennung der durch den Zweiten Weltkrieg geschaffenen Lage, der sich viele Deutsche ebenfalls heftigst verweigerten; Helmut Kohl ist der Kanzler der glücklich vollendeten Einheit, die von den Ostdeutschen gewollt und von den Westdeutschen hingenommen wurde; der Weltökonom Helmut Schmidt hat sich als Kämpfer gegen Terrorismus und für den NATO-Doppelbeschluss Nachruhm erworben; selbst der als Kanzler gescheiterte Ludwig Erhard beansprucht als Genie des Augenblicks und Vater des

³ „Beate Klarsfeld“, *Frankfurter Neue Presse*, 3. Dezember 1968; siehe auch *Der Spiegel*, 9. Dezember 1968.

Wirtschaftswunders einen festen Platz im deutschen Gedächtnis. Mit Kiesinger hingegen, der seine Sache als Kanzler alles in allem nicht schlecht gemacht hatte, begann für die CDU/CSU eine dreizehnjährige Phase auf den harten Bänken der Opposition im Bund. Für die SPD indes stellte die erste Große Koalition nur den Auftakt zu noch größeren Taten dar. Weil Kiesingers Amtszeit im Palais Schaumburg sich mit keinem konkreten Projekt verbinden ließ, blieb er auf das Image des „Ex-Nazi“ festgelegt.

Wofür aber steht dann Kiesinger, wenn nicht für die „unbewältigte Vergangenheit“? Er ist und bleibt eine paradigmatische Figur des Übergangs und in diesem Sinne ein gleich doppelt „zwischen den Zeiten“ Stehender. Sein Lebensweg überwindet einerseits die Epochenschwelle zwischen der ersten und der zweiten Hälfte des katastrophalen deutschen Jahrhunderts. Er repräsentiert den Übergang vom alten zum neuen Deutschland vor und nach 1945 und die diesen Übergang begleitenden Kontinuitäten und Brüche. So wichtig auch in dieser Sicht der Aspekt der NS-Vergangenheit ist, so ist er eben nur *ein* Bezugspunkt. Gleichsam die andere Seite der Medaille stellt der demokratische Aufbau der ersten Nachkriegsjahrzehnte dar, den er sich, beginnend mit der Internierung in einem amerikanischen Lager 1945/46, zur Aufgabe machte. Seine Abgeordnetenlaufbahn im frühen Bundestag ab 1949 liest sich geradezu als Einübung in einen demokratischen Stil. Seine frühen Reden als Parlamentarier bewegten sich im Spannungsfeld von Bewältigung deutscher Vergangenheiten und demokratischer Gestaltung der Gegenwart. Dem Ministerpräsidenten von 1958 bis 1966 diente sein hohes Amt als ein Podium, von dem aus die demokratischen Qualitäten der föderalen Ordnung im Bundesstaat zu predigen und zu preisen er nicht müde wurde. Und als Kanzler ab 1966 hielt er vor der nervös in Erinnerung gehaltenen Weimarer Erfahrung das aus der Krise geborene, pragmatische Zusammenstehen der beiden großen Parteien für den Ausweis der Reife der bundesdeutschen Demokratie – und nicht ihrer Unreife, wie die Kritiker fürchteten.

Im Folgenden wird dieser doppelte Spannungsbogen von Kiesingers Biographie thesenhaft skizziert. Dabei werden auch die beiden Stationen näher beleuchtet, die ihn in die Nähe des Nationalsozialismus brachten und daher die Frage aufwerfen, inwiefern er durch Handeln oder Unterlassen in die Verbrennen des NS-Regimes verwickelt war. Diese Frage hat übrigens nicht nur prominente Kritiker wie Heinrich Böll, Günter Grass, Karl Jaspers und Beate Klarsfeld beschäftigt, sondern auch seine Freunde und Kollegen, die sich manchmal fragten, ob an den Vorwürfen etwas „dran“ sein könnte. Ja, Kiesinger selbst trieb dieses Problem bis ins hohe Alter um. Er fragte sich, ob er sich „recht“ verhalten hatte.⁴ Noch beim Verfassen seiner Erinnerungen *Dunkle und helle Jahre* (Stuttgart 1989) wurde er nicht allein von einer Tendenz zur Selbstrechtfertigung motiviert, sondern von dem persönlichen Drang, sich immer wieder neu Klarheit über sein damaliges Handeln zu verschaffen.

Die vorübergehende Nähe zum Nationalsozialismus des 1904 in der württembergischen Kleinstadt Ebingen geborenen Kiesinger lässt sich zunächst aus seiner Herkunft erklären. Kiesinger entstammte einem gemischt-konfessionellen Elternhaus und war als junger Mann nur partiell in das der NS-Ideologie gegenüber wenig aufge-

⁴ Kiesinger im Gespräch mit Diemut Majer, 5. Oktober 1981, Archiv für Christlich-Demokratische Politik, St. Augustin, Nachlass Kiesinger, I-226-404.

schlossene Milieu des politischen Katholizismus hineinsozialisiert worden. Er durchlief zwar die Stationen des katholischen Bildungswesens, von der Konfessionsschule in Ebingen über das Katholische Lehrerseminar in Rottweil (1919-1925) bis hin zur Mitgliedschaft in katholischen Jugendbünden und zwei katholischen Studentenverbindungen. Dennoch gab er, als er 1925 bei der Reichspräsidentenwahl zum ersten Mal sein Wahlrecht ausüben durfte, nicht dem katholischen Zentrumspolitiker Wilhelm Marx, sondern dem protestantischen Feldmarschall Paul von Hindenburg seine Stimme. Als Vertreter eines weltoffenen, modernen Katholizismus und reformorientiertes Mitglied seiner Berliner Verbindung, der Askania, hielt er auf Distanz zu den Zentrumsaltvorderen, stellte sich aber als Vernunftrepublikaner auch nicht auf die Seite der Feinde der Republik. Als junger Kritiker des traditionellen Verbandskatholizismus geriet er fast automatisch in die Nähe der Deutsch-Nationalen.

Kiesingers wenn auch unvollkommene katholische Sozialisation hat andererseits aber doch auch Barrieren gegenüber dem völkischen Radikalismus geschaffen, der unter national orientierten, durch Versailles und die „verkehrte Welt“ der frühen zwanziger Jahre mobilisierten jungen Intellektuellen seiner Generation grassierte. Kiesingers frühe politische Gedichte sowie ein programmatischer Aufsatz „Jugend 1928“ für die Zentrums-Zeitung *Germania* veranschaulichen, dass er wichtige Prägungen mit der „Generation des Unbedingten“ (Michael Wildt) teilte, die im Zweiten Weltkrieg das Rückgrat des NS-Vernichtungsapparats bildete. Dennoch war Kiesinger nie Teil dieser politischen Generation im Sinne der von Karl Mannheim entwickelten Kriterien. Er teilte mit ihr die Altersgleichheit, nicht aber ihren weltanschaulichen Radikalismus. Konfessionelle, soziale und auch regionale Herkunft hegten seinen jugendlichen Nationalismus und seinen Anti-Pluralismus ein. Er ergriff daher die sich ihm bietende Karrierechance 1933/34 nicht, hätte er doch als Prädikatsjurist nach dem zweiten Staatsexamen 1934 in den wuchernden Bürokratien des NS-Staates leicht aufsteigen können.

Kiesingers von der Mit- und Nachwelt spöttisch belächelte Aussage, er sei „nicht aus Überzeugung und nicht aus Opportunismus“ in die NSDAP eingetreten, ist stichhaltig, wenn Überzeugung nationalsozialistische weltanschauliche Überzeugung meint. Die von Jaspers, Klarsfeld und anderen vorgetragene These, Kiesinger habe als junger Mann im Innersten die Grundsätze der NS-Ideologie geteilt, lässt sich nicht aufrechterhalten. Dennoch erfolgte der Eintritt in die NSDAP im Frühjahr 1933 insofern aus Überzeugung, als Kiesinger (wie viele andere) eine Bändigung des nationalsozialistischen revolutionären Elans für möglich hielt, ja im Sinne rechtskatholischer und national-konservativer Rahmungskonzepte für politisch geboten und wünschenswert erachtete. Die Republik hatte er im Januar 1933 vermutlich schon abgeschrieben. Obwohl Primärquellen aus der Zeit des Parteieintritts 1933 fehlen, lassen die im Archiv der Askania aufgefundenen, in den sechziger Jahren verborgen gebliebenen Dokumente vom September 1933 keinen Zweifel, dass Kiesinger sich von der nationalen Aufbruchstimmung anstecken ließ und dass er für das katholische Deutschland eine Rolle im „Dritten Reich“ erblickte. Dabei passte sich der 29jährige Kiesinger dem völkischen Sprachstil zeitweilig stark an und legte gegenüber Adolf Hitler als dem „Führer“ eine hymnische Verehrung an den Tag.

Während der sogenannten Friedenszeit des „Dritten Reiches“ bis 1938/39 zog sich Kiesinger jedoch in die berufliche und private Nische eines Rechtsanwalts und Repeitors zurück. Er verzichtete auf eine Laufbahn als Staatsdiener und baute sich eine Praxis als privater Rechtslehrer auf. Von 1934 bis 1939 war er weitgehend unpoli-

tisch. Viel spricht dafür, dass er spätestens mit dem „Röhm-Putsch“ vom Juni 1934 seinen politischen Irrtum erkannte, als sich die Wege Hitlers und seiner konservativen Bündnispartner trennten. Deshalb weigerte sich Kiesinger, der NS-Standesorganisation der Juristen beizutreten. Er arrangierte sich mit loyaler Widerwilligkeit. Aufgrund seines Eintretens für Rechtsstaatlichkeit, das nicht mit einer demokratischen Ausgangshaltung zu verwechseln ist, wurde er im politischen Sinne zum stillen Gegner des Nationalsozialismus, der seine Kritik privat, im Kreis seiner Schüler und später auch in seiner dienstlichen Umgebung offenbarte. Weil er in Deutschland keine Zukunft mehr sah, verfolgte er einen Auswanderungsplan nach Südamerika. Dieser scheiterte jedoch an Widerständen der Familie und zerschlug sich auch aus finanziellen Gründen. Der Leidensdruck war in seinem Fall – im Unterschied zu aus religiösen, ethnischen oder politischen Gründen unmittelbar bedrohten Menschen – nicht hoch genug, um mit seiner gewohnten Umgebung zu brechen.

Nach dem Gesagten ist deutlich, dass Kiesingers Eintritt in das Auswärtige Amt 1940 nichts mit einer Begünstigung durch Ribbentrop oder Goebbels oder NS-Parteistellen zu tun hatte, auch nicht mit karrieristischem Ehrgeiz, wie später behauptet wurde. Vielmehr suchte Kiesinger, seiner Einziehung zur Wehrmacht zuvorzukommen, indem er seinen Kriegsdienst bei einer Berliner Behörde ableistete. Dabei war ihm ein Schüler behilflich, der einer kommunistischen Widerstandsorganisation angehörte und später in der DDR als Journalist Karriere machte. Im Auswärtigen Amt stieg Kiesinger 1943 zum stellvertretenden Abteilungsleiter der Rundfunkpolitischen Abteilung auf. Damit war er kein Subalternbeamter, aber auch keiner der „führenden Nazi-Propagandisten“ (Klarsfeld). Seine Tätigkeit stand wesentlich unter den Auspizien des Machtkampfes zwischen Auswärtigem Amt und Propagandaministerium. Auch verlief sein Aufstieg parallel zum Abstieg seiner Abteilung, die im Laufe des Krieges wichtige Kompetenzen an eine gemeinsame Dachgesellschaft von Auswärtigem Amt und Propagandaministerium, die Interradio, verlor, in deren Aufsichtsrat Kiesinger als Vertreter seines Ministeriums saß. Hier wurde er über den nicht vollzogenen Erwerb eines Radiosenders in der Nähe von Paris durch deutsche Stellen informiert, was mit einer „Arisierung“ einhergegangen wäre. Es fehlt indes jeder Anhaltspunkt, der erlauben würde, Kiesinger in die Nähe des Judenmordes zu rücken.

Kiesinger setzte in seiner Position die Sprachregelungen der NS-Propaganda um, darunter auch antisemitische Propagandathesen in Rundfunksendungen in die USA. Zugleich bemühte er sich, da es inhaltlich nur geringe Spielräume gab, um eine Abschwächung dieser Propaganda mit zweckrationalen, auf eine Verbesserung der propagandistischen Wirkung abzielenden Argumenten. Das geschah auch, um in der Außenwahrnehmung eine Trennung zwischen deutschem Volk und NS-Regime zu fördern, wie dies auch Mitglieder des nationalkonservativen und liberalen Widerstands motivierte. Diese Überlegungen führten zu einer Denunziation Kiesingers durch zwei seiner Mitarbeiter, die ihn gegenüber der SS der Hemmung der antijüdischen Auslandspropaganda beschuldigten und als Träger defätistischer Tendenzen anprangerten. Diese Denunziation, die eine klare Distanz Kiesingers zur NS-Ideologie erkennen lässt, erfolgte nach dem 20. Juli 1944, als das Regime mit wachsendem Radikalismus auf Dissens in der deutschen Mehrheitsbevölkerung reagierte. So ist Kiesingers Verhalten weder mit dem Begriff des Schreibtischtäters noch mit dem des Mitläufers adäquat erfasst. Ohne Widerstand im eigentlichen Sinne geleistet zu haben, legte er, bei aller Anpassung und partieller Mitwirkung an der Kriegspolitik des „Dritten Reiches“, aus einer national-konservativen, kritisch-distanzierten Haltung

heraus ein deutliches Maß an Illoyalität und Resistenz gegenüber dem NS-Staat an den Tag.

Bei Kriegsende geriet Kiesinger in die Hände der Amerikaner und wurde für 16 Monate im Lager 74 bei Ludwigsburg interniert. Wie sich später herausstellte, war er zu Unrecht der Mitarbeit im Sicherheitsdienst der SS (SD) verdächtigt worden. Dennoch wurde er nicht sofort entlassen, sondern als möglicher Zeuge für einen vom amerikanischen Justizministerium angestrebten Hochverratsprozess gegen amerikanische Staatsbürger festgehalten, die für den deutschen Propagandaapparat gearbeitet hatten. Für Kiesingers Weg zur Demokratie nach 1945 ist seine Lagerzeit in mehrfacher Hinsicht bedeutungsvoll. Zum einen zwang ihn die Haft, sich mit seiner eigenen Vorgeschichte auseinanderzusetzen. In der Haft legte er sich die Argumente zurecht, mit der er dann seine Entnazifizierung bestritt und auch später immer wieder Vorwürfen entgegnet. Zum zweiten erfolgte in der Internierung die Reorientierung zum demokratischen und rechtsstaatlichen Wiederaufbau. Von einer Situation allgemeiner Verunsicherung herausgefordert, in der sich bei seinen Mithäftlingen Selbstmitleid mit trotzigem Beharren auf der grundsätzlichen Richtigkeit der NS-Weltanschauung paarten, machte sich Kiesinger auch in den Augen der amerikanischen Lagerleitung im Lager 74 um die „Erziehung zur Demokratie“ verdient. Er avanciert unter den Häftlingen zu einer Art Generalagent demokratischer Reorientierung und „Umerziehung“.

Ein zweites wichtiges Kapitel auf Kiesingers Weg zur Demokratie stellt die Entnazifizierung dar, über deren Hintergründe lange Zeit Unklarheit herrschte. Dass Kiesinger während des Entnazifizierungsverfahrens für sich in Anspruch nahm, eine „weit verzweigte und außerordentlich erfolgreiche Widerstandsarbeit“ geleistet zu haben, klingt heute wie eine peinliche Anmaßung. Es erklärt sich jedoch aus den problematischen Anforderungen der Entnazifizierungsgesetze, die nur demjenigen die Einstufung in die niedrigste Kategorie der Entlasteten erlaubten, der Widerstandshaltungen nicht nur glaubhaft versicherte – was Kiesinger gelang –, sondern zugleich den Nachweis führen konnte, dass er aufgrund dieser Widerstandshaltungen tatsächlich wirtschaftliche oder andere Nachteile erlitten hatte. Unter Erklärungszwang stellte er klar, warum er 1933 in die NSDAP und 1940 in das Auswärtige Amt eingetreten war. Dass beide Schritte letztlich aus Gegnerschaft zum Nationalsozialismus im Sinne des „Abbilderns“ erfolgt seien, erschien Kiesinger von Anfang an als die vielversprechendste Verteidigungsstrategie.

Die argumentative Struktur der Entnazifizierung – das wurde in Bezug auf die westdeutsche Nachkriegsgeschichte von der Forschung insgesamt bisher zu wenig gewürdigt – setzte sich in späteren öffentlichen Kontroversen um Kiesinger fort: Die grundsätzliche Schuldvermutung – bis zum Beweis des Gegenteils war der Beklagte „Nazi“ – hat Kiesinger stets mit widerstandsähnlichen Handlungen zu entkräften gesucht. Man kann daher von einer fünffachen Entnazifizierung Kiesingers sprechen: Die ursprüngliche fand 1947/48 an seinem damaligen Wohnort Scheinfeld statt. Die zweite erfolgte auf dem CDU-Gründungsparteitag in Goslar 1950, als Kiesinger von Adenauer zum Generalsekretär der CDU nominiert worden war, jedoch von Gegnern Adenauers mit vergangenheitspolitischen Argumenten abgeschossen wurde. Die dritte ereignete sich 1958 in Stuttgart vor der Wahl zum Ministerpräsidenten; die vierte 1966 bei der Bewerbung um das Kanzleramt, als seine NS-Vergangenheit erstmals einen publizistischen Flächenbrand entfachte; die fünfte 1968/69, als der „Fall

Kiesinger“ mit der Klarsfeld-Ohrfeige eine unerwartete öffentliche Zuspitzung erhielt und erstmals nicht mit einer Entlastung endete.

Der *cantus firmus* von Kiesingers Nachkriegsbiographie ist der Aufbau einer Demokratie in Deutschland. Doch was hieß in diesem Zusammenhang Demokratie? Kiesinger stand noch im Bann einer älteren, gemeinwohlorientierten Tradition demokratischen Denkens, band sich doch die frühe christliche Demokratie sehr dezidiert an einen Wertekanon, etwa im Sinne der damals geforderten Rechristianisierung und abendländischen Rückbesinnung. Für Kiesinger als Mitglied einer Generation gebrannter Kinder stellten Brückenvokabeln, die vorgeblich auf die Zeit vor 1933 zurückgriffen, wie abendländische Werte, Föderalismus (im Unterschied zum nazistischen Zentralismus), Mehrheitswahlrecht und die Hochschätzung des Individuums attraktive Deutungsangebote zur Orientierung hin auf die parlamentarische Demokratie dar. Während Kiesingers späterer Partner bei der Konstanzer Universitätsgründung, Ralf Dahrendorf, für die Ausweitung von Partizipationschancen und damit für eine Pluralisierung im Kontext eines von anglo-amerikanischen Vorstellungen geprägten *cold war liberalism* plädierte, suchte Kiesinger, wie auch seine späteren Ausführungen zum Föderalismus als Ministerpräsident zeigen, gesellschaftliche Gruppen, Schichten und Klassen auf eine etatistisch verstandene Demokratie hin zu integrieren. Geprägt durch seinen Lehrer Rudolf Smend in den zwanziger Jahren, dachte der Jurist Kiesinger die Demokratie vom Staat her. Andererseits zeigt seine Zusammenarbeit mit liberalen Reformern, dass sich in den 1960er Jahren derartige Frontstellungen in der Praxis kaum auswirkten. Erst gegen Ende des Jahrzehnts führte eine rasche Reideologisierung zum Zerschneiden des liberalen Konsenses.

Kiesingers Biographie beleuchtet daher auch den wenig erforschten Konservatismus der Nachkriegsjahrzehnte, für dessen pragmatische Wende und „Verwestlichung“ er steht. Die Gründung einer Universität in Konstanz steht *pars pro toto* für die konservativen Wurzeln wichtiger Reformprojekte der sechziger Jahre, die gedanklich zum Teil in die zwanziger Jahre zurückreichten. Kiesinger wollte die baden-württembergische Bildungslandschaft gestalten. Er tat dies mit Argumenten, die fast unzeitgemäß wirkten. Das fiel damals nicht auf, weil der liberale Reformgedanke auch in der Christdemokratie als anschlussfähig galt und es letztlich um die Bewältigung praktischer Probleme ging. Vor diesem Hintergrund stellt sich Georg Picht's berühmte Artikelserie über die „deutsche Bildungskatastrophe“ als eine flankierende Maßnahme zur öffentlichkeitswirksamen Unterstützung des von dem reformierenden Konservativen Kiesinger und seinem Kultusminister Wilhelm Hahn anvisierten Programms einer ehrgeizigen bildungspolitischen Expansion dar. Indem Kiesinger als Reformler deutlich Statur gewann, festigte er zugleich die politische Hegemonie seiner Partei im Südwesten. Mit diesem konservativen Reformpragmatismus gelang es, große Teile des im Südwesten traditionell zur FDP tendierenden protestantischen Bürgertums für die Union zu gewinnen. Daher stellen die von Kiesinger 1964 überzeugend gewonnenen Landtagswahlen einen Meilenstein auf dem Weg zur seither ungebrochenen politischen Dominanz der CDU in Baden-Württemberg dar.

Es ist bisher selten beachtet worden, dass Kiesingers erste Jahre im Bundestag weniger im Zeichen der Außenpolitik standen, sondern anfangs stark von seinem rechtspolitischen Engagement geprägt wurden. Eine entscheidende Rolle spielte er beim Zustandekommen des Gesetzes über das Bundesverfassungsgericht (1951). Das noch heutige

gültige Verfahren der Richterwahl mit qualifizierter Mehrheit geht auf einen von Kiesinger ausgehandelten Kompromiss zurück, den er gegen den erklärten Willen Adenauers und der Mehrheit der CDU/CSU im Parlament durchsetzte. Zum verspäteten Verfassungsvater avancierte Kiesinger auch bei den Verhandlungen über die Ausgestaltung des Vermittlungsausschusses von Bundestag und Bundesrat, den er mit aus der Taufe zu heben half und dessen ursprüngliche Geschäftsordnung er wesentlich formulierte. Den Stil und die Arbeitsweise dieser für die politische Praxis der westdeutschen Demokratie äußerst wichtigen Institution hat Kiesinger auch als deren langjähriger Vorsitzender (1950-1957) entscheidend geprägt. Dass er später als Kanzler als „wandelnder Vermittlungsausschuss“ bezeichnet wurde, geht auch auf diese sehr erfolgreiche Tätigkeit als Vermittler in seinen Anfängen als Bundestagsabgeordneter zurück.

Der als Außenpolitiker im frühen Bundestag dann überregional in den 1950er Jahren bekannt gewordene Kiesinger war Sprachrohr Adenauers, auf dessen Politik der Westbindung er nach anfänglicher Skepsis schnell einschwenkte und die er sich ganz zu eigen machte. Eine autonome außenpolitische Konzeption Kiesingers findet sich im frühen Bundestag nicht. Noch als Kanzler stand er im Banne des späten Adenauer, mit dem ihn freilich ein eher schwieriges menschliches Verhältnis verband. Ein neutralisiertes Gesamtdeutschland, wie es innerhalb der Union beispielsweise Jakob Kaiser befürwortete, hielt Kiesinger für ebenso riskant wie unrealistisch. Riskant, weil ohne die Amerikaner Westeuropa der militärischen Übermacht der Sowjetunion schutzlos ausgeliefert sein würde, unrealistisch, weil auch auf westlicher Seite, insbesondere in Frankreich, ein remilitarisiertes, wiedervereinigtes Deutschland als potentielle Bedrohung empfunden wurde. Früh begann Kiesinger zu verinnerlichen, was die Geschichtswissenschaft später als „doppelte Eindämmung“ bezeichnet hat: Die Integration der Bundesrepublik in die westliche Gemeinschaft bedeutete Sicherheit für und vor Deutschland. Andererseits begann Kiesinger in den späten fünfziger Jahren Überlegungen zu äußern, die auf eine Anerkennung der Oder-Neiße-Linie hinausliefen. Hier knüpfte er vorsichtig Kontakte nach Ostdeutschland und war den Hardlinern in der Union weit voraus.

Kiesingers außenpolitische Reden veranschaulichen die Janusköpfigkeit der fünfziger Jahre. Das wortgewaltige Eintreten für eine neue Diplomatie, eine Außenpolitik des moralischen Imperativs, nicht eine des „kaufmännisch-politischen Kuhhandels“, war ebenso zukunfts- wie vergangenheitsbezogen: Deutschland müsse die Chance ergreifen, sich „eine moralische Plattform“ zu erobern, indem es sich effektiv von seiner früheren Geschichte distanzieren. Im frühen Bundestag übte er diesen Duktus der weisen Selbstbeschränkung ein, der für den außenpolitischen Stil der Bundesrepublik charakteristisch wurde. Hier lassen sich Kontinuitätslinien bis in die späten sechziger Jahre ziehen, als Kiesinger, in seiner bedeutenden Rede zum 17. Juni 1967, mit der Formel von der „kritischen Größe“ Gesamtdeutschlands auf den Umstand zurückkam, dass die geopolitischen Beschränkungen deutscher Diplomatie letztlich geschichtliche Ursachen hätten. So wurde Europa die Antwort Kiesingers (wie vieler seiner Altersgenossen) auf das Versagen der älteren Deutschen in der Zwischenkriegszeit. Dass er die Chancen einer ostpolitischen Wende in den späten sechziger Jahren insgesamt skeptischer beurteilte als seine Mitkoalitionäre Brandt und Wehner, hatte auch mit seiner Sicht der auf Deutschland liegenden historischen Erblast und den daraus erklärlichen Empfindlichkeiten der europäischen Nachbarn zu tun.

Als Ende der fünfziger Jahre die Hoffnung auf eine Wiedervereinigung in immer weitere Ferne rückte, begann der 1954 zum Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschus-

ses aufgerückte Kiesinger unkonventionell nach neuen Wegen für die Lösung der deutschen Frage zu suchen. Da die Bundesrepublik 1955 in die NATO eingetreten war und die Bundestagswahlen 1957 die Westintegration plebiszitär eindrucksvoll bestätigt hatten, hielt Kiesinger die Zeit für eine außenpolitische Neuorientierung für gekommen. Die NATO wollte ihm „nicht als ein Dogma“ erscheinen, sofern der Verzicht auf die militärische Westintegration eine Wiedervereinigung ermöglichen würde. Ende der fünfziger Jahre schien Kiesinger zu aus Unionssicht geradezu revolutionären Zugeständnissen bereit, wenn er Verhandlungen direkt mit der DDR-Regierung anstrebte und die Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze im Rahmen einer gesamteuropäischen Integration zu akzeptieren sich bereit erklärte. Vor allem aber setzte in seiner Sicht eine Lösung der deutschen Frage einen breiten außenpolitischen Konsens im Inneren voraus. Sein Werben um eine Gemeinsame Außenpolitik mit der SPD lief allerdings nicht auf eine bilaterale Annäherung der außenpolitischen Standpunkte der beiden großen Parteien hinaus, wie Kiesingers innerparteiliche Gegner behaupteten, sondern darauf, einen Teil der SPD auf den Boden der von Adenauer geschaffenen Tatsachen zu ziehen.

Der innerparteiliche Konflikt um die Gemeinsame Außenpolitik nahm auf kleiner Flamme den Streit der 1960er Jahre in der CDU/CSU zwischen Atlantikern und Gaulisten vorweg. Keine dieser Auseinandersetzungen war frei von persönlichem Machtstreben. Kiesinger (wie Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier) diente die Gemeinsame Außenpolitik als Sprungbrett, um sich für die Zeit nach Adenauer ins Gespräch zu bringen. Insofern waren die Ende der fünfziger Jahre verstärkt auftretenden Differenzen mit Adenauer, der aus wahltaktischen Gründen weiter auf einen klaren Polarisierungs- und Konfrontationskurs gegenüber der SPD setzte, weniger inhaltlicher als taktischer und personalpolitischer Natur. Kiesinger versuchte, sich mit unkonventionellen Vorschlägen als personelle Alternative zu Adenauer in Szene zu setzen, was seine politischen Perspektiven unter dem ersten Kanzler deutlich begrenzte. Nachdem seine Karriere Mitte der fünfziger Jahre stockte und er bei der Kabinettsbildung 1957 unter höchst blamablen Umständen erneut übergangen worden war, nahm er Ende 1958 das Angebot an, Ministerpräsident von Baden-Württemberg zu werden. Dort machte er dann eine sehr erfolgreiche Landespolitik, während sich die übrigen Adenauer-Epigonen in ihrem Kampf um die Macht zerfleischten. 1966 kehrte Kiesinger dann unramponiert von den Nachfolgekämpfen um das Erbe Adenauers wie ein *deus ex machina* an die Spitze der Bonner Politik zurück.

Kiesingers Ministerpräsidentenschaft in Stuttgart 1958-1966 stand anfangs unter dem Primat der baden-württembergischen Integrationspolitik. Er setzte sein Engagement für den Südweststaat fort, bei dessen Gründung 1952 er im Bundestag eine entscheidende Rolle gespielt hatte. In der Integrationspolitik wird ein für Kiesinger charakteristischer politischer Ansatz deutlich. Anders als sein Vorgänger im Amt des Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Gebhard Müller, der auf eine verfassungsrechtliche Bewältigung des badischen Problems gesetzt hatte, zielte Kiesinger auf die Schaffung einer gesamtstaatlichen baden-württembergischen Identität. Bei seinem unermüdlichen Werben für den Südweststaat kam ihm das allmähliche Abschmelzen traditioneller Milieubindungen entgegen, das die soziale Basis der altbadischen Bewegung unterminierte. Zugleich schuf er mit Investitionsentscheidungen Tatsachen vor Ort. Die Gründung einer Universität in Konstanz besaß auch eine in-

tegrationspolitische Komponente, weil derartig kapitalintensive Projekte eine Desintegration des Landes unwahrscheinlicher machten. Kiesingers politisches Kalkül ging auf. Die Gebiete am badischen Bodensee und in Nordbaden wurden von der altbadischen Bewegung abgespalten, die sich bald nur noch in ihren Hochburgen um Freiburg und im mittelbadischen Raum behaupten konnte.

Während Kiesingers Ministerpräsidentenschaft erreichte die konservative Reformpolitik der sechziger Jahre ihren ersten Höhepunkt in Baden-Württemberg. Als Konservativer wollte Kiesinger bewahren und entwickeln, nicht bloß machen und gestalten. Er hoffte, durch die Gründung dreier Universitäten das elitäre Humboldtsche Ideal für die Gegenwart fruchtbar zu machen, setzte sich aber zugleich für die später sozialliberal konnotierte Forderung nach „Bildung als Bürgerrecht“ (Dahrendorf) ein. Durch eine zunehmend von quantitativen Anforderungen her gesteuerte Expansion des Bildungssystems wurde der qualitative Reformgedanken jedoch bald überwältigt. Noch deutlicher wird die Janusköpfigkeit seiner Modernisierungspolitik im Natur- und Umweltschutz, den Kiesinger noch vor Willy Brandt als einer der ersten westdeutschen Politiker bereits Anfang der sechziger Jahre als Politikum entdeckte. Bei der Auseinandersetzung um die Schiffbarmachung des Oberrheins steuerte er dem technokratischen Machbarkeitsdenken bewusst entgegen und verhinderte so einen Kanalbau bis zum Bodensee. Andererseits setzte er sich, ungeachtet seines dezidierten Kampfes gegen Luft- und Wasserverschmutzung, konsequent für den Ausbau des Straßen- und Autobahnnetzes ein – mit nachhaltigen Folgen für Landschaft und Lebensverhältnisse – , ebenso wie er die Entwicklung der Atomenergie förderte.

Kiesingers Wahl zum Kanzler am 1. Dezember 1966 signalisiert eine innerparteiliche Gewichtsverlagerung innerhalb der CDU nach Südwesten, womit die Hegemonie der unter Adenauer tonangebenden rheinischen CDU endgültig zerbrach. Kiesingers frühere Bonner Kandidaturen hatten auch an der Zersplitterung der Südwest-Union in vier Landesverbände gekrankt. 1963 war sein Hausmachtprojekt eines einheitlichen Landesverbandes gescheitert. 1966 aber stand die baden-württembergische CDU, die sich lange in den nationalen Führungsgremien der Partei unterrepräsentiert gesehen hatte, einmütig hinter Kiesinger. Dank der Unterstützung des rheinland-pfälzischen Landesverbandes unter Helmut Kohl und der bayerischen CSU setzte er sich gegen die beiden nördlichen Kandidaten, Verteidigungsminister Gerhard Schröder und den Unionsfraktionsvorsitzenden Rainer Barzel, durch. Der als ausgleichend und für seine Kontakte zu führenden SPD-Politikern bekannte Kiesinger galt als der für eine Große Koalition am besten geeignete Kanzlerkandidat, zumal im November 1966 nur wenige führende Unionspolitiker für eine Wiederbelebung der christlich-liberalen Koalition plädierten und einmütig einen Gang in die Opposition ablehnten.

Nach seiner Wahl zum Bundeskanzler ging Kiesinger geschichtspolitisch in die Offensive und stellte, durchaus im Einklang mit der überwiegenden öffentlichen Meinung, sein Kabinett als ein Kabinett der „nationalen Versöhnung“ dreier Vergangenheiten heraus, die er als ehemaliges Mitglied der NSDAP, Willy Brandt als ehemaliger Emigrant und Herbert Wehner als ehemaliger KPD-Funktionär repräsentierten. Erntete er dafür im Herbst 1966 noch breite Zustimmung, so wurde anderthalb Jahre später eine derartige Selbstrechtfertigung als unerträglich empfunden. Die von seinen politischen Gegnern betriebene Renazifizierung seiner Person zeigt anschaulich,

wie dramatisch sich die Maßstäbe in der Beurteilung der NS-Vergangenheit Ende der sechziger Jahre verschoben. Hatte Kiesinger zum Zeitpunkt seiner Wahl zum Bundeskanzler im Dezember 1966 noch als ein relativ weltoffener, moderner Politiker gegolten, so erschien er plötzlich – im wahrsten Sinne des Wortes – wie ein Relikt aus einer vergangenen Epoche, die nicht vergehen wollte.

Die Auseinandersetzungen um Kiesingers NS-Vergangenheit sind nicht allein Teil einer geschichtskulturellen Selbstverständigung der Westdeutschen über den Nationalsozialismus. Sie waren immer auch Partei- und Machtpolitik, nicht allein Geschichtspolitik, sondern Politik mit der Geschichte und Instrument des Machtkampfes. Als solches hatte sie den innerparteilichen Gegnern Kiesingers wiederholt gedient. Auch die Außerparlamentarische Opposition um 1968 verfolgte politische Ziele im Rahmen des von ihr bevorzugten Modells der Faschismustheorie, das ihr als eine adäquate Beschreibung der Verhältnisse in der Bundesrepublik erschien. Zwei der bekanntesten Kiesinger-Kritiker, Grass und Klarsfeld, zielten jedoch primär auf eine Kanzlerschaft des Emigranten Brandt ab. Beiden ging es um einen „Schlusstrich“ zwischen der jeweils eigenen und der schuldhaft gewordenen Generation Kiesingers. Beide suchten sich aus der von ihnen so empfundenen Kollektivhaftung für den Nationalsozialismus zu verabschieden und hoben den Unterschied zwischen Täter- und Opfervolk auf. Dass die Ohrfeige als ein deutscher Erinnerungsort im bundesrepublikanische Gedächtnis Spuren hinterlassen hat, hatte viel mit den unmittelbaren, empörten Reaktionen der etablierten Kräfte zu tun – die auf diesen Angriff, wie überhaupt auf die Provokationen der Protestbewegung der Jahre um 1968 mit konfrontativer Rhetorik reagierten und so die mediale Resonanz verstärkten.

Es wird auch an Kiesingers Biographie sichtbar, dass in das Jahr 1968 ein Wendepunkt der *politischen* Geschichte der Bundesrepublik fällt. Noch im Januar 1968 hatte sich Kiesinger von der Tatsache bestärkt gesehen, dass er sich gegen seine innerparteilichen Kritiker mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Jugoslawien hatte durchsetzen können. Kiesinger hoffte auf eine erfolgreiche Fortsetzung seiner Kooperation mit Brandt, mit dem er über weite Strecken der Jahre 1966 bis 1969 ostpolitisch mehr gemeinsam hatte als mit dem Gros der außenpolitischen Experten seiner eigenen Fraktion. Hier machte der Nürnberger Parteitag der SPD der Führung der Großen Koalition einen Strich durch die Rechnung. Die SPD-Parteispitze sah sich angesichts verheerender Landtagswahl Niederlagen unter dem Druck der eigenen Basis gezwungen, auf Distanz zum Projekt der Wahlrechtsreform zu gehen. Nach deren Scheitern wurden Differenzen auch in der Ostpolitik deutlicher hervorgekehrt. Große Teile der CDU, die der Neuen Ostpolitik von Anfang an skeptisch, wenn nicht ablehnend gegenübergestanden hatten, trugen diese nun endgültig nicht mehr mit. Den entscheidenden Wendepunkt in der Ostpolitik stellte der Einmarsch der Warschauer Paktstaaten in die ČSSR 1968 dar. Nun kehrte die Union mehrheitlich, und gegen Kiesingers Wunsch, zur Rhetorik des Kalten Krieges zurück. Dies wiederum verstärkte auf SPD-Seite den Trend zur Verständigung mit den Freidemokraten. Wie sehr der CDU-Vorsitzende Kiesinger als Kanzler Politik gegen seine eigene Partei machen mußte, wurde auf dem CDU-Bundesparteitag im November 1968 deutlich. Sein Urteil, von der Großen Koalition profitiere vor allem die Union, fand immer weniger Anhänger.

Dennoch gelang es der von Kiesinger geführten Regierung, außenpolitisches Terrain für die Bundesrepublik gutzumachen: Der Austausch von Botschaftern mit Jugoslawien durchbrach endgültig die Hallstein-Doktrin, und Kiesingers Entscheidung, im

Juni 1967 einen Brief des ostdeutschen Ministerpräsidenten Willi Stoph anzunehmen – was die Vorgängerregierungen strikt abgelehnt hatten –, setzte einen Präzedenzfall. An einen dramatischen ostpolitischen Durchbruch war aber nicht zu denken, weil sich die Sowjetunion in ihrer hegemonialen Position durch den Prager Frühling 1968 vehement herausgefordert fühlte und sich dem Gespräch mit Bonn fast bis zuletzt verweigerte. Auch im Hinblick auf das Verhältnis zu den westlichen Verbündeten war die Bilanz der Großen Koalition gemischt. Nur bedingt erwies sie sich als zuverlässige „Reparaturwerkstatt“ (Kiesinger). Das Verhältnis zu den USA war aufgrund massiver persönlicher Differenzen zwischen Kiesinger und US-Präsident Johnson belastet und fand erst mit dessen Nachfolger Nixon zur Normalität zurück. Mit Frankreich gelang anfangs eine deutliche atmosphärische Verbesserung. Doch die Erschütterungen des Jahres 1968, angefangen mit der nordvietnamesischen Tet-Offensive über die Gold-Krise, die weltweite Studentenrevolte und den Prager Aufstand, führten zu einer tiefen deutsch-französischen Krise. Kiesinger hoffte, die Flaute in bewährter Manier auszusitzen. Viel Zeit dafür blieb nicht. Erst mit de Gaulles Abtritt Anfang 1969 trat ein Silberschein an den Horizont der europäischen Integration.

Eine Bewertung von Kiesingers Kanzlerschaft darf nicht darüber hinwegsehen, wie seine Persönlichkeit öffentlich dargestellt und wahrgenommen wurde. Die liberalen Leitmedien, vor allem die Hamburger Trias *Spiegel – Stern – Zeit*, aber auch die *Frankfurter Rundschau*, der *Kölner Stadt-Anzeiger* und die *Süddeutsche Zeitung*, öffneten sich der schon Mitte 1967 in Ansätzen erkennbaren, von dem sozialdemokratischen Parteistrategen Horst Ehmke Anfang 1968 auch theoretisch ausformulierten Strategie des begrenzten Konflikts. Der populäre und, wie sich in sechs Landtagswahlen zeigte, auch als Wahlkämpfer recht erfolgreich agierende Kanzler wurde als zögerlich und entscheidungsschwach demontiert. Allerdings hat Kiesinger diese nur zum Teil berechtigte Kritik durch seinen Führungsstil ermuntert. Er machte sich angreifbar, weil er, wenn auch aus politischem Kalkül, als Vermittler nicht entscheidungsreife Fragen ausklammern musste. Die Strategie des begrenzten Konflikts nutzte die entscheidende Schwachstelle eines Kanzlers einer Großen Koalition, der in einem Kabinett mit einem annähernd gleich großen Partner letztlich nicht auf seine Richtlinienkompetenz pochen, sondern nur durch Kompromiss und Moderation zum Ziel kommen kann. Dies schwächte seine Stellung gerade auch innerhalb der in ihrem Bild politischer Führung von der orthodoxen Adenauerschen Kanzlerdemokratie geprägten CDU/CSU.

Gemessen an der Zahl der verwirklichten Vorsätze und Versprechen war die erste Große Koalition die bisher erfolgreichste Regierung Westdeutschlands. Der Haushalt wurde saniert und ein umfangreiches Reformprogramm in die Wege geleitet, wenn auch viele der damals durchgesetzten sozialpolitischen Errungenschaften der Großen Koalition längst revidiert worden sind, wie beispielsweise die als gesellschaftspolitischer Durchbruch gewertete Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Auch das Bafög war ganz nach dem Geschmack Kiesingers, der mit der durch den Hochschulbau motivierten und schon zuvor von ihm als Ministerpräsident geforderten Einfügung der Gemeinschaftsaufgaben in das Grundgesetz die vertikale Gewaltenschränkung zwischen Bund und Ländern bedenklich zu verschärfen half. Im Wettbewerb der Bildungssysteme ließ sich Kiesinger gerade nicht von der marktwirtschaftlichen Orientierung in den USA leiten, deren Universitäten er aus eigener Anschauung kannte. Dennoch färbte der lange Zeit schlechte Ruf der Großen Koalition auf das Bild ihres Kanzlers ab. Dies hatte auch mit den geschichtspolitischen Strategien der großen Parteien zu tun, die sich aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr gerne an die

gemeinsame Regierungsverantwortung zwischen 1966 und 1969 erinnerten. Auch deshalb ging Kiesinger als „vergessener Kanzler“ in die Geschichte ein.

Zum „Machtwechsel“ von 1969 trug Kiesinger selbst bei, weil er sich der konservativen Tendenzwende in seiner Partei nicht mit aller Macht entgegenstemmte und sich von Franz Josef Strauß zum politischen Gefangenen machen ließ, als dieser (in Vorwegnahme des berühmten Kreuther Beschlusses von 1976) im Sommer 1968 mit der Aufkündigung der Fraktionsgemeinschaft und der bundesweiten Ausdehnung der CSU drohte. Da die Große Koalition ihre innenpolitische Agenda – mit Ausnahme der Wahlrechtsreform – weitgehend verwirklicht hatte und sich damit selbst zunehmend überflüssig machte, wurde die im Wahlkampf 1969 keine große Beachtung findende Ostpolitik koalitions- und damit richtungsentscheidend. Die FDP, die von ihrem Vorsitzenden Walter Scheel frühzeitig auf das neue Bündnis festgelegt worden war, wollte nicht zur christlich-liberalen Außenpolitik vor 1966 zurück. Kiesinger wurde zum Verlierer eines Koalitionspokers und schied mit Bitterkeit aus einem Amt, von dem er selbstbewusst annahm, dass er es nicht lange genug innegehabt hatte, um seine Vorstellungen umsetzen zu können. Nachdem er 20 Jahre lang stets auf der Seite der Mehrheit gestanden hatte, tat er sich beim Abschied von der Macht und dem Weg in die Opposition schwer, wenn er auch in der Theorie die Notwendigkeit des demokratischen Wechselspiels zwischen den politischen Lagern akzeptierte.

Kiesingers Lebensweg, von der Schwäbischen Alb über die Stationen des katholischen Verbindungswesens in Weimar, das „Dritte Reich“, die Entnazifizierung, die Rekonstruktionsepoche der fünfziger Jahre bis in die Reform- und Umbruchphase der hohen und der späten sechziger Jahre, ist mehr als eine klassische Politikerbiographie. Unübersehbar sind starke Ironien, denn Kiesinger, der Rechtslehrer und Repetitor, strebte in zeittypischer Emphase nach einer Symbiose von Politik und Geist. Doch waren es gerade kritische Intellektuelle, die ihn heftig befehdeten. Er suchte nach einem ganzheitlichen Ansatz in der Politik und musste sich, in seinem Selbstverständnis immer ein wenig bürgerlicher Honoratiorenpolitiker, mit den Detailproblemen einer zunehmend von Apparaten und Bürokratien in Gang gehaltenen Tagespolitik mühen und plagen. Er dachte intensiv über die Grundlagen der Demokratie nach, doch ließ seine demokratische Konversion die Untiefen nicht vergessen, auf denen dieses zweite nationale demokratische Experiment auf deutschem Boden gründete. Insofern spiegelt Kiesingers Lebensweg zwischen den Zeiten – dem alten und dem neuen Deutschland, der alten Adenauerschen und der neuen, sozial-liberal umgegründeten Republik – einen nicht völlig uncharakteristischen deutschen Weg im 20. Jahrhundert wider: die viel zitierte Erfolgsgeschichte des westdeutschen Teilstaates in seiner atlantischen und europäischen Prägung, dessen demokratischer Durchbruch eben nur vor dem Hintergrund der Anpassungsfähigkeit der gebrannten Kinder der Epoche vor 1945 verstanden werden kann.

**„Frau ohne Eigenschaften?“ –
Zur Eröffnung der Sonderausstellung
zu Johanna von Bismarck, Otto-von-Bismarck-Stiftung,
Friedrichsruh, 17.06. – 09.09.2007**

Von Dr. Andreas von Seggern
Museumspädagoge in der Otto-von-Bismarck-Stiftung, Friedrichsruh

„Ich wüsste auch eigentlich nicht, was man über mich schreiben könnte. Nichts weiter, als dass ich existiere; und das, meine ich, ist dem großen Publikum wohl recht gleichgültig“, so lakonisch, vielleicht auch ein wenig bitter, reagierte Johanna von Bismarck 1890 auf erste Anfrage, insbesondere der bürgerlichen Blätter „Über Land und Meer“ und „Die Gartenlaube“, die – auf der Welle einer zunehmend bizarre Züge annehmenden Verehrung für ihren Ehemann reitend – auch über die Frau in seinem Schatten berichten wollten.

Und tatsächlich: Mit Ausnahme einiger weniger Berichte in der bürgerlichen Massenpresse um die Jahrhundertwende ist die Person Johanna von Bismarcks, geborene von Puttkamer, bis in die Gegenwart eigentümlich farblos geblieben. Eigentümlich deshalb, da sie immerhin mit dem herausragenden deutschen Staatsmann der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts 48 Jahre überwiegend glücklich liiert war. Öffentliche Äußerungen Johannas, gar eine politische Einflussnahme auf ihren Gatten, sind nicht überliefert. Sekundäre Zeugnisse über ihr Leben begnügen sich in der Regel mit ihrer perfekt ausgeübten Rolle als Haushälterin und Mutter, fragen nicht nach Neigungen und Abneigungen, Zweifeln und Verzweifeln Johannas, sehen ihr Leben stets durch die Brille des bedeutenden Patriarchen. Und das, obwohl wir über eine durchaus ergiebige Quelle verfügen, die uns mitunter in die Urgründe der Seele einer facettenreichen Persönlichkeit schauen lassen: Unzählige Briefe an Otto und ihre Kinder sind erhalten und werden im Archiv der Otto-von-Bismarck-Stiftung für die Nachwelt gesichert. Aus ihnen und den wenigen biographischen Notizen, die unterdessen vorliegen, lassen sich die Grundzüge ihres Lebensweges skizzieren.

Geboren wird Johanna von Puttkamer am 11.4.1824 in Hinterpommern, auf dem Gut ihrer Eltern Heinrich und Luitgarde in Viartlum. 1829 siedelt die Familie in das nahe gelegene Reinfeld um, wo die Tochter die prägenden Jahre ihres Lebens verbringt. Sie ist einziges Kind, nachdem Sohn Franz im Alter von fünf Jahren verstorben ist. Ihr Leben in – wie sie selbst später formulieren soll – „stiller, ländlicher Abgeschiedenheit, inmitten grüner duftiger Wälder“ verläuft eher weltabgewandt, einfach und provinziell. Nur selten verlässt Johanna, gemeinsam mit den Eltern, das elterliche Gut, besucht Danzig, Berlin, ja einmal gar Karlsbad, um ein jedes Mal erleichtert wieder in den überschaubaren, kleinen Kreis pommerscher Familie und Freunde zurückzufinden. Sie selbst hat stets betont, dass sie ihr vergleichsweise isoliertes Aufwachsen als Kindheitsidyll verstand, an das sie „voller Herzensfreude“ zurückdachte.

Ihre Eltern gehören einem Kreis von Pietisten, streng religiösen Protestanten, an, die sich in Pommern regelmäßig auf dem Gut Trieglaff der Familie von Thadden zu einer Laiengemeinde versammelten. Zu diesem Kreis gehörten neben dem unbestrittenen Haupt, Adolf von Thadden, u.a. auch Ernst Senfft von Pilsach, Hermann Wagener, Moritz von Blanckenburg, Hans Hugo von Kleist-Retzow, Leopold und Ludwig von Gerlach sowie Johannas Eltern, Heinrich und Luitgarde von Puttkamer. Johanna begleitet die Eltern bei den Besuchen nach Trieglaff und erlebt dort den konsequent

gelebten Pietismus und die daraus abgeleitete Weltanschauung auch außerhalb des kleinen Kreises ihrer eigenen Familie.

Die tiefe Religiosität der Eltern hinterlässt Spuren: Johanna glaubt, wie Dorothee Müller in ihrer bis heute leider ungedruckten Examensarbeit betont, an die „Kraft göttlichen Lenkens und Fühlens, das jeglichem menschlichen Tun und Handeln übergeordnet“ sei. Sie unterstreicht dies noch 1854 gegenüber ihrer Freundin Lina von Eissendecker, der sie über ihr Verständnis vom „rechten Christentum“ schreibt: Man gehe „fest und sicher, unverrückt dem Ziel, dem Herrn der Herrlichkeit entgegen, aber allzeit fröhlich und in gläubiger Zuversicht (...) So muß es sein!“

Johanna besucht keine öffentliche Schule, sondern erhält eine Erzieherin. Die Schwerpunkte ihrer Erziehung definiert die später ihr zugedachte Rolle als Ehefrau und – in bestem Falle – Gutsherrin. Sie lernt Lesen, Rechnen, Handarbeiten, wird in Religion unterwiesen und erhält Einblick in musische Fächer. Über die Ausbildung hinaus wird die deutschsprachige Literatur zum Gegenstand ihres aufrichtigen Interesses. Sie begeistert sich für die Werke, insbesondere die Lyrik der Frühromantik, schätzt jedoch besonders Jean Paul, dessen Romane sie verschlingt. Diese Leidenschaft, wie auch jene für die Musik, teilt sie mit ihrer attraktiven und extrovertierten Freundin Marie von Thadden. Deren früher Tod schockiert die junge Frau, ebnet aber gleichermaßen unerwartet den Weg in ihr neues Leben. Verlobung und Ehe mit dem ebenfalls Marie von Thadden zugeneigten Otto von Bismarck ebnen schließlich den Weg zum Ausbruch aus ihrer heilen Welt. In den Augen der Eltern von Johanna gilt der ungestüme Verehrer ihrer Tochter zunächst als ungläubiger Rohling und Schürzenjäger. Heinrich von Puttkamer ist Ende des Jahres 1846 wie „einem Ochsen, den der Fleischer mit dem Beile vor den Kopf schlägt“ zumute, als er einen Brief Bismarcks liest. Der 31jährige „tolle Junker“ bittet den frommen Herrn darin um die Hand seiner Tochter. Was den Vater so aus der Fassung bringt, ist einerseits der wenig ermutigende Leumund des Bewerbers, andererseits aber auch dessen gerissene Argumentation und entwaffnende Offenheit. In diesem berühmten Brautwerbebrief zeigt Bismarck erstmals die herausragenden diplomatischen Qualitäten, die er dann, als Europas „ehrlicher Makler“, in den 1870er und 1880er Jahren zur Blüte bringen soll. Das Zögern Vater Puttkamers kann ihn nicht mehr aufhalten: Er ist „mit Johanna einig und ihrer zögernden Pietistenfamilie an Entschlossenheit überlegen“ [Friedemann Bedürftig]. Beim ersten Treffen umarmt er seine Verlobte so stürmisch, dass die „Cassuben haufenweise auf den Rücken“ fielen, wie Bismarck seiner Schwester Malwine schreibt. Am 28. Juli 1847 ist Hochzeit in der Kirche zu Alt-Kolziglow „und tags darauf das Paar über alle Berge unterwegs nach Venedig.“

Jahre später, als sich die junge Ehefrau zunächst ziert, ihrem zum führenden Diplomaten Preußens am Frankfurter Bundestag beförderten Gatten an den Main zu folgen, stellt Bismarck so zärtlich wie unmissverständlich in einem Brief klar, dass er sie geheiratet habe, „um in der fremden Welt eine Stelle für mein Herz zu haben, die alle ihre dünnen Winde nicht erkälten und an der ich die Wärme des heimatischen Kaminfeuers finde“. Johanna füllt fortan diese ihr zugedachte Rolle bedingungslos aus, bietet ihrem Mann ein Zuhause der Harmonie und Gastlichkeit, gibt ihm die Ruhe nach den ihr nie verständlichen politischen Kämpfen, ordnet alles seinen Bedürfnissen unter und erzieht auch ihre Kinder Marie, Herbert und Wilhelm („Bill“) in diesem Sinn. Ihr Leben ist fortan bestimmt von der Sorge um die Kinder und den geliebten Mann, den sie viel zu selten sieht, was sie in ihren Briefen beklagt: „Man sieht ihn [Otto] nie und nie – morgens beim Frühstück fünf Minister während des Zeitungsüberfliegens – also ganz stumme Scene. Darauf verschwindet er in seinem Cabinet, nachher zum König, Ministerrath, Kammerscheusal – bis gegen fünf Uhr, wo er gewöhnlich bei

irgend einem Diplomaten speist, bis acht Uhr, wo er nur en passant guten Abend sagt, sich wieder in seine grässlichen Schreibereien vertieft, bis er um halb zehn zu irgend einer Soirée gerufen wird, nach welcher er wieder arbeitet bis gegen ein Uhr und dann natürlich schlecht schläft. Und so geht's Tag für Tag – soll man dabei nicht elend werden vor Angst und Sorge um seine armen Nerven?“, so schreibt sie besorgt an den Freund der Familie Robert von Keudell 1862, nur wenige Monate nach der Ernennung ihres Mannes zum preußischen Ministerpräsidenten.

Die Entsendung Otto von Bismarcks nach Frankfurt 1851 markiert für Johanna die entscheidende Zäsur ihres Lebens. Nunmehr endgültig herausgerissen aus so überschaubarem wie geliebttem persönlichen Umfeld, begibt sie sich in eine Welt der Empfänge und gesellschaftlichen Repräsentation. Sie werde fortan „steif und ehrbar im Salon sitzen, Exzellenz heißen und mit Exzellenzen klug und weise sein“, prophezeit ihr Mann mit ironischem Unterton, während Johannas Mutter die noch leicht zweifelnde Tochter standesgemäß mahnt, sie möge „als echte Preußin auch willig [dem Vaterland]“, dem Bismarck nunmehr mit ganzer Kraft diene, „die schwersten Opfer [...] bringen. Bismarck weiß, was er thut, und was er einrichtet, wird gut sein.“

Wie auch ihr Mann verabscheut Johanna die mondäne diplomatische Welt der Bälle und Salons, doch sie fügt sich diesen gesellschaftlichen Verpflichtungen willenlos. Auf Anweisung Ottos lernt sie Reiten und Französisch, auch das Tanzverbot der Pietisten übergeht sie und tatsächlich sollten die acht Frankfurter Jahre, wie sie später eingesteht, die schönsten ihres Lebens werden. Enge Freundschaften, etwa zu Lina von Eisendecker, der Frau des oldenburgischen Bundestagsgesandten, oder zur Familie des Malers Becker bleiben bis zur ihrem Tode bestehen. In der Frankfurter Wohnung an der Gallusstraße, später an der Bockenheimer Landstraße, entwickelt sie auch ihre gastgeberischen Qualitäten. Große Empfänge bleiben ihr zuwider, die gemüthlichen Treffen im Bismarckschen Salon sind allerdings weithin bekannt. Bismarcks Jugendfreund Robert Motley rühmt Johanna als glänzende Gastgeberin: „Es ist eines derjenigen Häuser, wo jeder tut, was er will. Hier ist alles versammelt; jung und alt, Großeltern, Kinder und Hunde; da wird gegessen, getrunken, geraucht, Piano gespielt und (im Garten) mit Pistolen geschossen, alles zu gleicher Zeit. Es ist ein Haushalt, wo einem alles angeboten wird, was auf Erden nur gegessen und getrunken werden kann“.

Allerdings bleibt Johanna in ihrer Art und Weise sich zu geben, zu kleiden und zu reden eine Frau der Provinz, der Archetyp einer pommerschen Landadeligen. Ohne großes Interesse an Mode, Literatur oder Kunst lehnt sie die Rolle einer modernen Frau und Gastgeberin ab; alles, was sie tut, bleibt darauf gerichtet, ihrem Mann das Leben zu erleichtern. Modisch gesehen bleibt sie Zeit ihres Lebens beschränkt auf hinterpommersche Schlichtheit, bewegt sich in den späten Friedrichsruher Tagen oft gerne den ganzen Tag in weiten Schlafkleidern. Hildegard von Spitzemberg kommentiert diesen lässigen Auftritt noch zu Berliner Zeiten sarkastisch: „Fürst und Fürstin gehen morgen zum Hofdiner, ein großes Ereignis; ich möchte nur den alten Lappen sehen, den die Teure aus ihrem Kleiderspinte dazu hervorsucht und seelenvergnügt antut!“

Mit dem politischen Aufstieg Bismarcks wachsen auch Johannas Sorgen und ihr Zorn auf alles, was sich gegen ihren Mann richten könnte. Obwohl sie völlig unpolitisch bleibt und die politischen Erfolge ihres Mannes in den Briefen an ihre besten Freundinnen kaum erwähnt, wächst doch ihr heiliger Zorn, ja mitunter unverhohlener Hass auf politische Feinde Bismarcks, auch wenn dieser selbst deren Opposition oft als verständlich bezeichnet. Johanna vergisst und vergibt nichts, was sich gegen ihre Söhne oder ihr „geliebtes Ottochen“ richtet. Wer die Passagen aus ihren Briefen während des Frankreichfeldzuges liest, an dem alle drei Männer beteiligt waren,

meint das Antlitz einer wahren Furie zu schauen, wenn sie sich etwa chauvinistisch über die zunehmend schwierige außenpolitische Lage zu Beginn des Jahres 1871 äußert: „Ach, was sind das [die Franzosen nämlich] für Viecher, aber Engländer, Italiener, Östreicher, Belgier nicht minder. Lauter Abschäumendes. Das weiß Gott.“ Dies gehört zum anderen, temperamentvollen Gesicht der Johanna von Bismarck. Sie kann oft stundenlang erzählen und bewahrt sich dabei eine eigenständige, aufbrausende und oft auch zynische Art die Dinge zu betrachten. Nachsicht und Verständnis zeigt sie vor allem mit Blick auf ihren Mann. Sie kann sich auf die von ihm stets versicherte tief empfundene Liebe ihres Mannes verlassen. Zu den gelegentlichen amourösen Avancen Bismarcks, so gegenüber der russischen Fürstin Katharina Orlov, von denen er ihr ganz offen in seinen Briefen berichtet, äußert sie sich lediglich erfüllt von Freude für sein Glück. In der Tat scheint ihr Eifersucht fremd zu sein und so bleibt die Ehe der Bismarcks eine vorbildlich glückliche. Weniger glücklich ist ihr Verhältnis zu anderen Frauen in der Familie. Mit Bismarcks Schwester Malwine hat sie sich nie gut verstanden und gegen Herberts geplante Ehe mit der auch dem Vater nicht genehmen Fürstin Elisabeth von Carolath-Beuthen wehrt sie sich nach Kräften, ohne die seelische Verwundung für den doch eigentlich geliebten Sohn in Betracht zu ziehen, an denen er schließlich, freilich zehn Jahre nach ihrem Tod, zugrunde ging.

Die aufopfernde Pflege ihres häufig gesundheitlich schwer angeschlagenen Mannes und die Sorge um das Wohl ihrer Kinder erschüttern schließlich vor allem ihre eigene Gesundheit. Schon immer als kränkliche Person beschrieben, verschlimmert sich in den Jahren seit der Reichsgründung ihr Asthmaleiden dramatisch und auch ihre Wutanfälle werden schlimmer. Nach der Entlassung Bismarcks durch Wilhelm II. ergeht sie sich in ihrem Salon auch Gästen gegenüber in solchen Hasstiraden, dass ihr Mann sie schon zu Zurückhaltung ermahnen muss: „Das Alter des Methusalem würde nicht ausreichen, um die Gefängnisstrafen abzusetzen, deren sich meine Frau wegen Majestätsbeleidigung schuldig zu machen pflegt“. So verzehrt sie sich in zunehmendem Maße und stirbt am 11. April 1894 noch vier Jahre vor ihrem Mann.

Die kleine Sommerausstellung der Otto-von-Bismarck-Stiftung widmet sich in diesem Jahr einer Frau, die keineswegs eigenschaftslos war, sich freilich mit Beginn ihrer Liaison mit Otto von Bismarck treu in seinen Dienst stellte, wie es ihre Erziehung im Speziellen und das Frauenbild des 19. Jahrhunderts im Allgemeinen von ihr verlangten. Ihr fehlte letztlich – wohl auch aufgrund ihrer Herkunft aus einem der realen Welt der Moderne entfernten Winkel Deutschlands – der dauernde Bildungshunger, das emanzipatorische Moment, um ihren Lebensweg, auch als er sie gesundheitlich zu ruinieren drohte, zu hinterfragen. Sie war, wie Waltraut Engelberg zu Recht bemerkte, „keine emanzipierte, noch nicht einmal eine intellektuelle Frau. Aber sie gab [Bismarck] jene Ruhe, die er im eigenen Haus brauchte“, um seine politischen Ziele durchzusetzen. Otto von Bismarck hat gerne betont, dass seine Laufbahn, die ihn in die höchsten Staatsämter trug, ohne seine Johanna nicht zu erklären sei: „Was ich geworden bin, bin ich durch sie geworden“, soll er, dies freilich nicht sicher belegt, in den 1870er Jahren geäußert haben. Auch wenn alle über sie verfügbaren Quellen den Schluss nahelegen, dass sie ohne die Ehe mit dem bedeutenden Staatsmann sicher nicht ins öffentliche Bewusstsein gedrungen wäre, so ist doch mit Hildegard von Spitzemberg abschließend festzuhalten: „Dass sie nur liebende Frau und dazu schwach und abgöttisch liebende Mutter war, ist ja unzweifelhaft, ebenso, dass sie ihres großen Gatten politische Pläne ehrlich hasste als ihrem Glücke schädlich und seiner Gesundheit. Aber ihre Herzenswärme, ihre Treue, ihre originelle, durch keine Stellung verflachte, mächtige Individualität ist doch auch wert kennengelernt zu werden.“

Zur Eröffnung der Ständigen Ausstellung „Deutsche Geschichte in Bildern und Zeugnissen“ am 2. Juni 2006

Von Prof. Dr. Hans Ottomeyer
Generaldirektor des Deutschen Historischen Museums

Es ist soweit! Seit seiner Gründung im Jahr 1987 hat das Deutsche Historische Museum sich drei Ziele gesetzt: eine Ständige Ausstellung zur deutschen Geschichte im europäischen Kontext vorzubereiten, vertiefende Wechselausstellungen zu Aspekten der Geschichte durchzuführen und mit innovativen Mitteln zur Verbreitung der Geschichtskennntnis orientierend beizutragen. Es fehlte bisher der Schlussstein, die Eröffnung der Ständigen Ausstellung zur Geschichte der Deutschen, die jetzt im Juni 2006 eröffnet.

Die Parameter stehen gut, sogar sehr gut. Seit Fertigstellung des Pei-Baus im Mai 2003 sahen über 1,5 Millionen Besucher die Wechselausstellungen des Deutschen Historischen Museums in der spektakulären neuen Ausstellungshalle oder nahmen die weiteren Angebote des Museums war: das Zeughauskino mit Filmen zur Geschichte und zur Geschichte des Films, wissenschaftliche Symposien, Vorträge, Konzerte und Veranstaltungsangebote, die ein breites Publikum erreichten.

Vorbereitet durch den Bund und das Land Berlin, aufbauend auf den Grundlagen, die die Sachverständigenkommission und der Gründungsdirektor Christoph Stözl erarbeiteten, wurde das Museum 1987 mit Bundeskanzler Helmut Kohl und dem Regierenden Bürgermeister Eberhard Diepgen in einem Festakt im Reichstag gegründet. Eine Besonderheit des Deutschen Historischen Museums ist die Tatsache, dass es gelang, den Tannenbaum wieder richtigzustellen, das heißt: Während fast alle Museen eine Altersstatistik der Besucher aufweisen, bei denen der Tannenbaum auf der Spitze steht und die breiteste Stelle bei den um 60-Jährigen liegt, sind 40 bis 50 Prozent der Besucher des DHM unter 18 oder junge Erwachsene, welche die Ausstellungen zur Geschichte besuchen.

Damit ist das Wesentliche erreicht und der klar formulierte Bildungsauftrag des Hauses deutlich erfüllt. Die Absicht war, der wachsenden Geschichtsunkenntnis und weitgehenden Ablehnung von Geschichte und Geschichtlichkeit eine Gegenposition entgegenzusetzen und aufzuweisen, dass es möglich ist, unsere Geschichte in ihrer widersprüchlichen Entwicklung im Guten wie im Bösen darzustellen und daraus Kenntnisse, wenn nicht Erkenntnisse, zu ziehen.

Es wirkt unwahrscheinlich, wenn man sich die Diskussionen der Zeit um 1987 rekapitulierend vor Augen führt: der starke Zweifel, Geschichte überhaupt anhand von originalen Exponaten darstellen zu können, die tiefe Ablehnung deutscher Geschichte und die Absicht, besser ohne Geschichte leben zu wollen. Im XXI. Jahrhundert wird deutlich, dass ein Neubeginn nur schwer möglich ist, ohne klar und in historischer Distanz die Schrecken und Traumata des vorangegangenen Jahrhunderts darzustellen und ansatzweise zu behandeln. Dieser Aufgabe hat sich das Museum gestellt und zeitversetzt, aber konsequent von 2001/2002 an, den Holocaust, den Weltkrieg 1914 bis 1918, das Kriegsende 1945, die Mythen der Nationen 1945, in groß angelegten Ausstellungen behandelt. Daneben waren es die großen europäischen Themen wie Idee Europa, Exodus, Migration und Integration, die Hugenotten, die international beachtet zur wachsenden Geschichtskultur beitragen. Der weite Bogen historischer Epochen und Themenstellungen ist nicht dem Zeitgeist geschuldet, sondern

wird jeweils in zweieinhalb- bis eineinhalbjähriger Vorbereitungszeit sorgfältig erarbeitet und realisiert.

Die Vorbereitung der Ständigen Ausstellung begann im Herbst 2000 und hatte ihr bis heute gültiges Konzept in Disposition, Themenfindung und der Exponatenauswahl bis Ende 2002 gefunden. Lange Erörterungen mit der Sachverständigenkommission und den Wissenschaftlern des Hauses fanden darin ihren Niederschlag. Die Umsetzung plante anfangs als Entwurfsarchitekt Jürg Steiner; dann wurde die Ausführung der Ausstellungsarchitektur vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung übernommen.

Zwischen 2003 und 2006 wurde an den differenzierten Planungsgrundlagen, Ausschreibungen und Auftragsvergaben gearbeitet, um das Konzept architektonisch umzusetzen. Es ist eine große Freude, dass es Mitte 2006 gelingt, diese langwierigen Verfahren abzuschließen, die Wände, Beleuchtungssysteme, Installationen, Medienleitungen und die Hunderte von Vitrinen fertig zu stellen und das Zeughaus erneut seiner Bestimmung zuzuführen.

Von Anbeginn, um 1700, war es Bestimmung des barocken Zeughauses, Geschichte anhand von historischen Zeugnissen, Trophäen und Erinnerungstücken anschaulich zu machen und zu belegen. Dieser Ansatz hat sich im Laufe des 18., 19. und frühen 20. Jahrhunderts zu einem Armeemuseum fortentwickelt, das einseitig militärische nationale Erfolge als Movers der Geschichte darstellte. Dieses Bild wurde zwischen 1952 und 1989 durch das Museum für Deutsche Geschichte grundsätzlich umgeschrieben, da es Anliegen der sozialistischen Geschichtswissenschaft war, den Aufstieg der Bauern- und Arbeiterklasse als sinnstiftend herauszustellen.

Die Ständige Ausstellung des Deutschen Historischen Museums, die jetzt zustande kommt, organisiert sich anders. Es ist keine parataktische, gleichförmige Erzählung über den Geschichtszusammenhang, in dem ein Volk erwachsen ist und sich verändert hat, sondern eine zwischen chronologischer Abfolge und Themen verschränkte Erzählung, die im Wesentlichen auf Bildern und Zeugnissen beruht, in denen Geschichte überliefert wird und die häufig unsere Vorstellung von Geschichte ausmachen. Nicht ein flaches „So war es!“ ist dabei das Ziel, sondern die zeitversetzte Interpretation durch die materiellen Zeugnisse, die durch ihre explizite und implizite Sprache Geschichte darstellen. Oft sind es mehr die Ansprüche, Hoffnungen, propagandistischen Ziele, Ängste und Ideale, die zum Tragen kommen, als Zeugenberichte. Dies ist allerdings nicht anders als in schriftlichen Berichten und Texten, die genauso zeitlich später angelegt und ebenso von Anliegen bewegt werden, statt von objektiver Neutralität bestimmt sind.

Historische Zeugnisse sind in großer Fülle bewahrt und gefertigt worden, um in die Zukunft zu ragen und von ihrer Zeit zu künden. Generationen haben sie erhalten und weitergegeben. Es bleibt sie zu verstehen und zu erschließen. In wachsender Zahl begleiten sie den Fortgang der Jahrhunderte und entsprechen dabei der wachsenden Zahl der Menschen. Die Authentizität macht sie oft zu einmaligen, tiefberührenden Zeugnissen der Lebenswirklichkeit und einer anderen, fernen Existenz. Bilder und historische Relikte sind oft mächtiger als das schildernde Wort: Geschichtliche Bilder überliefern und verdeutlichen als Konstrukte die Gestalten und Wendepunkte der Geschichte und bilden eine reiche, oft glanzvolle Tradition der Geschichtsüberlieferung.

Geschichte in Deutschland, deutsche Geschichte, kann keine lineare Erzählung sein, sondern ist so vielfältig wie widerspruchsvoll. Drei Traditionen liegen dabei zugrunde: in ihrer Sprache verbundene Völker und Stämme Mitteleuropas, ein jüdisch-christlich bestimmter Jenseitsglaube und eine griechisch-römische Bildungswelt mit ihren Wertvorstellungen und Interpretationssystemen. Diese Traditionsstrukturen ergänzen

sich. Pluralistische Föderationen und offene Bündnisse bis hin zu verfassten Gemeinschaften bestehen nebeneinander und bilden mit dramatisch wechselnden Grenzverläufen die monarchischen Reiche, Territorialstaaten und Nationalstaaten. Ein Kaiserreich, eine Republik, ein Nationalstaat, 16 Bundesländer, zwei deutsche Staaten folgen binnen 100 Jahren aufeinander. Dies lässt sich nur durch Strukturen der Gegenüberstellung, des Verweises, scharfen Brüchen und langen Perspektiven ansatzweise aufzeigen und in seiner Widersprüchlichkeit verdeutlichen.

So lässt sich verfolgen, wie aus Hass Krieg wurde, welche Strategien zum Frieden führen, wie Wohlstand entsteht oder wie er wieder vertan wird. Politische Persönlichkeiten konzentrieren Ideen und Macht auf sich und lassen sich seit 1480 in einer weitgehend vollständigen Ikonographie durch die Porträtmalerei in ihren Rollen und Attitüden fassen. Deutsche Geschichte begegnet den Besuchern in der realisierten Ausstellung durch ihre Geschichtszeugnisse und Bildüberlieferungen oft so anrührend wie erschreckend, so vertraut wie auch unendlich fremd, so selbstverliebt wie auch krude, streng oder reduziert.

Die nichtverbale Kommunikation über Zeichen und Bilder, über Gesten und Zeremoniell war eine Sprache, die ganz Europa verstand und untereinander verband. Sie verbindet Gestern und Heute und wird so noch von den Besuchern der Ausstellungen gelesen und verstanden. Museen sind das visuelle Gedächtnis Europas, die Ständige Ausstellung bewährt sich als ein begehbares System der Beziehungen und Erinnerungen an gute wie an schlimme Zeiten. Geschichte, als Geschichte der Pluralität und der wechselnden Beziehungen, hat Konjunktur. Europa sieht mit Spannung auf die Ausstellung, die sich im Berliner Zeughaus entwickelte. In den letzten Jahren und Monaten besuchten Museumskollegen die Baustelle der Ständigen Ausstellung. Das Amsterdamer Rijksmuseum, das sich zu einem historischen Museum verwandelt, war ebenso vertreten wie die historischen Museen in Zürich, Wien, Bukarest und Bern; Kollegen aus Frankreich ließen sich ebenso unterrichten wie der österreichische Bundespräsident Fischer, der portugiesische Staatspräsident Sampaio und der polnische Minister für Kultur und Nationalerbe Ujazdowski, der im Mai in Warschau ein analoges Museum gründet. Die Vermittlung der nicht bewältigten Fragen des XX. Jahrhunderts an ein breites Publikum über die Fachdiskussionen von Historikern hinaus ist dabei das Tertium Comparationis.

Das Interesse manifestiert sich noch auf eine andere Weise. Seit Jahren stellt das Deutsche Historische Museum partnerschaftlich zusammen mit dem Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn die Website LeMO in das Internet, um über Fragen und Personen der neueren Geschichte umfassend zu informieren. Mit 35.000 täglichen Website-Besuchern und 4,5 Millionen Seitenabrufen pro Monat ist dieses Angebot eine der wichtigsten Informationsquellen für neuere Zeitgeschichte geworden. Kaum ein Referat oder kaum eine Seminararbeit in Deutschland und in den Nachbarländern entsteht mehr, ohne LeMO zu konsultieren. Der elektronische Besucher ist ein Besucher der Zukunft.

Das elektronische Museum existiert aber noch auf andere Weise. Das DHM erstellte für die Dauerausstellung verschiedenste Formate von Multimedia-Stationen, virtuellen Bibliotheken, interaktiven Computerprogrammen, deren Terminals gezielt die Ausstellung bereichern und vertiefende Informationen zulassen, ohne das reiche Exponatangebot zu übertönen oder gar in den Hintergrund zu drängen.

Wiederholt: Geschichte hat Konjunktur. Wir brauchen sie, um uns besser in einer kontroversen Welt zurechtzufinden und nachhaltiger die Entwicklungen zu verstehen, die auf uns eindringen. Es gilt das Hegel'sche Wort: »Die Weltgeschichte ist nicht der Boden des Glücks. Was vergangen ist, lässt sich nicht mehr ändern, ändern lässt sich nur das Bild der Geschichte.«

Sicher, das Deutsche Historische Museum ist eine GmbH des Bundes und hat darin seinen einzigen Zuwendungsgeber. Dies hat aber nicht die Konsequenz direkter Aufträge oder Einflussnahmen. Dies geschieht im besten Falle durch dezidierte Ermutigungen. Dafür sei den Bundesbeauftragten für Kultur und Medien herzlich gedankt, die trotz wechselnder Mehrheitsverhältnisse den Bildungsauftrag des DHM nicht in das parteipolitische Fahrwasser geraten ließen. Diese Art der losen Bindung wagte anfangs kaum jemand zu erhoffen, denn es wurde die Angst geschürt, dass ein Amt für offizielle Geschichtsschreibung oder »Hofchronisten« in Form eines Museums entstehen würden.

Ebenso dankbar ist das Deutsche Historische Museum und bin ich für das Engagement des bürgerschaftlichen »Museumsvereins«, der das Museum in seinen Vermittlungsaufgaben unterstützt. Unter der Führung von Professor Stolte hat dieser Freundeskreis des Museums eine positive Entwicklung genommen und Mitglieder gewonnen, die die Arbeit des Museums ideell und materiell unterstützen.

Wie auch der Museumsverein sieht das DHM seine Hauptaufgabe in der Wissenschaftsvermittlung und in seinem weitgefassten Bildungsauftrag. Deutsche Geschichte im europäischen Kontext bildet dabei das Bezugsfeld. Kulturelle Leistungen in der Geschichte wechseln mit brutaler Barbarei, Phasen partiellen Wohlstands mit Krisen der Vernichtung, die in dramatischen Prozessen verlaufen. Die Indizien zu diesen Auseinandersetzungen verwahrt unser Museum und vermag dadurch Eindrücke zu verschaffen und Fragen aufzuwerfen, denn: »Geschichte soll nicht unser Gedächtnis belasten, sondern den Verstand erleuchten« (Lessing). Im Sinne der Aufklärung, des Sich-selbst-Überzeugens und Nachdenkens sind die Exponate geordnet und die Erschließungsebenen angelegt, um jenseits der Konjunkturen von »political correctness« und politischen Meinungswechseln auf die Grundlagen politischen Handelns hinzuweisen.

Die Ständige Ausstellung „Deutsche Geschichte in Bildern und Zeugnissen“ des Deutschen Historischen Museums in Berlin

Von Dr. Hans-Jörg Czech
Direktionsassistent und Projektleiter für die ständige Ausstellung

Die Einrichtung einer Dauerausstellung, in der sich Besucher über die Epochen der deutschen Geschichte in ihrem europäischen Zusammenhang informieren können, sahen die Gründungsväter als zentrale Aufgabe des Deutschen Historischen Museums an. Mit der Ständigen Ausstellung erfüllt das DHM seit Juni 2006 diesen anspruchsvollen, noch nie zuvor in gleichem Umfang gestellten Bildungsauftrag. Mehr als 8 000 historische Exponate berichten im Berliner Zeughaus von Menschen, Ereignissen, Ideen und Abläufen während rund 2 000 Jahren deutscher Vergangenheit, vom 1. Jahrhundert vor Christus bis in die Gegenwart. Über 700 000 Besucher im ersten Jahr der Laufzeit und ein überdurchschnittlich hoher Anteil junger Gäste unter 18 Jahren lassen die Ausstellung von Beginn an zu einem großen und international beachteten Erfolg werden.

Die Grundkonzeption – ein Ort für Geschichte

In der Konzeption für die Arbeit des Deutschen Historischen Museums, die im Gründungsjahr 1987 von einer Kommission aus 16 namhaften deutschen Wissenschaftlern vorgelegt wurde, lauten zentrale Aussagen zur Zielsetzung der Institution wie folgt: *Das Museum soll Ort der Besinnung und der Erkenntnis durch historische Erinnerung sein. Es soll informieren, die Besucher darüber hinaus zu Fragen an die Geschichte anregen und Antworten auf ihre Fragen anbieten. Es soll zur kritischen Auseinandersetzung anregen, aber auch Verstehen ermöglichen und Identifikationsmöglichkeiten bieten. [...] Das Museum soll mit den ihm eigenen Mitteln den Wissens- und Erfahrungsbestand der Besucher bereichern, ihre historische Vorstellungskraft anregen und ihnen selbständige Urteile erleichtern.*

Die ständige Ausstellung kommt diesem Auftrag mit Hilfe einer detailliert geplanten Zusammenstellung von rund 8 000 aussagekräftigen, originalen Objekten aus nahezu allen Bereichen der menschlichen Lebenswelt in Vergangenheit und Gegenwart nach. Als historische Zeugnisse geben diese Exponate dem Betrachter Kunde von vergangenen Dingen, und als historische Zeugnisse werden sie in der Ausstellung nach ihrem jeweiligen Informationsgehalt zur deutschen Geschichte befragt. Im Ergebnis werden anschauliche und den historischen Realitäten möglichst eng verpflichtete Schilderungen zu den spezifischen Ereignissen und Lebensumständen jeder Epoche entwickelt. Der Fokus der Befragung wechselt in Abhängigkeit von den prägenden politischen und gesellschaftlichen Fragestellungen einer jeden Zeit. Durch die Vorgehensweise entsteht ganz bewusst keine lineare oder zielgerichtete Darstellung historischer Prozesse, wie sie in vielen Nationalmuseen des 19. und 20. Jahrhunderts dargeboten wurde, sondern eine epochenspezifisch differenzierte, historisch-kritische Nachzeichnung der vielfältigen Verläufe, der Kontinuitäten, aber auch der Brüche und Fehlentwicklungen der deutschen Geschichte. Die erweiterte Perspektive nimmt immer auch Europa in den Blick, so dass die deutsche Geschichte durchgängig in ihrem europäischen Kontext dargestellt werden kann. Auf diesem Wege wird Besuchern aus dem In- und Ausland die Möglichkeit eröffnet, Informatio-

nen zu allen wesentlichen Aspekten der wechselvollen Geschichte der Deutschen zu gewinnen, die als Basis für eine eigenständige Urteilsfindung und Auseinandersetzung dienen können.

Bei allen historisch bedingten Unterschieden im Detail geben die Darstellungen der ständigen Ausstellung auch Auskünfte zu einem konzeptionell klar definierten Kreis von Grundkonditionen der politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Existenz im deutschsprachigen Raum durch die Jahrhunderte. Um die Besucher für diese Themenfelder zu sensibilisieren, werden von Beginn an acht mit der Sachverständigenkommission erarbeitete Leitfragen herausgestellt, die als Hilfsmittel zur Erschließung der Fülle des Exponat- und Informationsangebotes dienen sollen:

- Deutschland – Wo liegt es?
- Die Deutschen – Was hielt sie zusammen?
- Wer herrschte, wer gehorchte, wer leistete Widerstand?
- Woran glaubten die Menschen, wie deuteten sie die Welt?
- Wovon lebten die Leute?
- Wer mit wem gegen wen? Konflikt und Kooperation in der Gesellschaft
- Was führt zum Krieg, wie macht man Frieden?
- Wie verstehen die Deutschen sich selbst?

Diese Fragen werden durch die Ausstellung nicht explizit beantwortet. Vielmehr wird es dem Besucher selbst überlassen, anhand der Darstellungen zu eigenen Antworten und Interpretationen der Zusammenhänge zu gelangen. Die Geschichtsvermittlung erfolgt also absichtsvoll nicht in belehrender Form und mit dem Anspruch auf absolute Wahrheiten, sondern als Anleitung zur eigenen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit im Hinblick auf die Fragestellungen unserer Zeit.

Die Ausstellungsgliederung – ein Gang durch zwei Jahrtausende deutscher Geschichte

Die Ständige Ausstellung entfaltet ihre Darstellungen in den zwei Hauptgeschossen des Zeughauses mit zusammen rund 8 000 qm. Ein Rundweg geleitet den Besucher durch eine Folge von chronologisch angeordneten Epochenbereichen, die sich in der langen Perspektive der Ausstellung zu einem inhalts- und exponatreichen Überblick über die deutsche Vergangenheit vereinigen. Seinen Anfang nimmt der Parcours im Westflügel des Zeughaus-Obergeschosses mit einem Ausblick auf die politischen Strukturen und Lebensformen der Kelten in ihren nordeuropäischen Siedlungsräumen. Im Anschluss entfalten sich im Uhrzeigersinn die folgenden fünf Epochenbereiche:

1. Jahrhundert vor Christus bis 1500 Frühe Kulturen und Mittelalter

Das Vordringen der Römer bis an Rhein und Donau beendete im 1. Jahrhundert vor Christus die politische und kulturelle Eigenständigkeit der Kelten und Germanen in Mitteleuropa. Ausgrabungsfunde bezeugen, dass militärische Konflikte wie die Varus-Schlacht im Jahre 9 nach Christus, zunehmend aber auch rege Handelskontakte, das Nebeneinander von Germanen und Römern dominierten. Die Zivilisation, Spra-

che und Schrift der Römer blieben nach dem Niedergang des römischen Staates nach dem 5. Jahrhundert lebendig und verbanden das spätere Europa.

Mit der Krönung Karls des Großen zum Kaiser im Jahr 800 ging das Reich der Römer auf die Franken über. Karl erweiterte sein Frankenreich zum mächtigsten in ganz Europa, vereinheitlichte Recht und Verwaltung und setzte eine Bildungsreform in Gang. Unter den nachfolgenden Kaisern entstand bis ins 15. Jahrhundert das „Heilige Römische Reich Deutscher Nation“ als Lehnverband aus zahlreichen Ländern und regionalen Obrigkeiten. Einblicke in die Bedeutung von Religion und Reichskirche sowie in die ständisch gegliederte Gesellschaft des Mittelalters geben überlieferte Zeugnisse der Alltagskultur und Werke mittelalterlicher Kunst.

1500–1650

Reformation und Dreißigjähriger Krieg

Ausgehend von den Lehren Luthers, an deren Verbreitung der frühe Buchdruck Anteil hatte, kam es im 16. Jahrhundert zur Reformation der Kirche, die grundlegende religiöse und politische Wandlungen im Reich zur Folge hatte. Es entstanden die drei Konfessionen. Die politischen Kräfte spalteten sich in Anhänger und Gegner der Reformation. Der Augsburger Religionsfrieden von 1555 brachte für Jahrzehnte Ruhe und beförderte vielerorts die städtische Kultur. Um 1600 verschärfen sich die konfessionellen Gegensätze und politischen Konflikte und mündeten in den Dreißigjährigen Krieg 1618-1648. Schauplatz dieses Krieges, von dessen grausamen Ereignissen Graphiken und Berichte, aber auch Rüstungen und Waffen aus den historischen Zeughausbeständen Zeugnis geben, war das Reich. Andere europäische Mächte griffen in die Kämpfe ein, deren religiöse Hintergründe gegenüber machtpolitischen Interessen in den Hintergrund traten. Erst der „Westfälische Friede“ von 1648 schuf eine neue europäische Ordnung, die über ein halbes Jahrhundert Frieden garantierte.

1650–1789

Vormacht und deutscher Dualismus in Europa

Nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges rangen mehrere Dynastien um die Vorherrschaft in Europa, allen voran die französischen Könige und die österreichischen Habsburger. Ludwig XIV. von Frankreich wurde zum Inbegriff des absolut regierenden Herrschers, sein Hof zum Vorbild für das höfische Zeremoniell und die in vielen Bauten und Luxusgütern erhaltene Adelskultur. Für die deutschen Landesherrn entstand eine eingeschränkte Souveränität, in der sich der Absolutismus in abgeschwächter Form ausprägte.

Nach dem Tod Kaiser Karls VI., 1740 ohne Erben, eskalierte das machtpolitische Ringen zwischen Österreich und Preußen. Im Streit um die Nachfolge auf dem Kaiserthron erhoben neben Preußen auch Bayern und Frankreich Einspruch gegen die Habsburgerin Maria Theresia.

Aus dem entfesselten österreichischen Erbfolgekrieg gingen fünf europäische Großmächte hervor, die jetzt um die Durchsetzung ihrer wechselnden Interessen rangen: England und Frankreich kämpften um die Besitzungen in Übersee. Österreich und Preußen führten von 1756 bis 1763 Krieg um Schlesien. Nach dem Ende des Siebenjährigen Krieges richtete sich der Expansionsdrang Österreichs, Preußens und Russlands gegen Polen.

1789–1871

Französische Revolution bis zum zweiten deutschen Kaiserreich

Die Auswirkungen der Französischen Revolution verbreiteten sich in Europa und führten zu Kriegen, in deren Verlauf das Heilige Römische Reich 1806 zusammenbrach. Unter Napoleon reichte Frankreichs Macht um 1812 bis weit nach Mitteleuropa. In Preußen und den neuen Rheinbundstaaten erfolgten politische und gesellschaftliche Reformen. Nach dem militärischen Sieg über den französischen Kaiser waren die politischen und territorialen Veränderungen nicht mehr rückgängig zu machen. Der Wiener Kongress 1814/15 stellte die alten Monarchien wieder her und brachte für lange Zeit eine stabile Friedensordnung. In den Staaten des Deutschen Bundes konnten große industrielle Zentren entstehen sowie Verkehrs- und Handelsverbindungen ausgebaut werden.

Die massive Unterdrückung liberal-demokratischer und nationaler Bewegungen führte zu den Revolutionen von 1848/49, in deren Folge die erste deutsche Nationalversammlung in Frankfurt zusammentrat und ein Verfassungswerk erarbeitete. Die Errichtung eines demokratischen Verfassungs- und Rechtsstaates gelang in Deutschland jedoch noch nicht. 1871 wurde nach drei Kriegen gegen Dänemark, Österreich und Frankreich unter preußischer Vormacht das Deutsche Reich als Nationalstaat gegründet.

1871–1918

Kaiserreich und Erster Weltkrieg

Das Deutsche Reich entstand 1871 als konstitutionell-monarchischer Bundesstaat. Der preußische König Wilhelm I. wurde als Deutscher Kaiser zum Staatsoberhaupt. Otto von Bismarck versuchte als Reichskanzler die Stellung des Reiches durch eine europäische Bündnispolitik zu sichern. Innenpolitisch strebte er an, das neue Reich durch eine autoritäre Staatsführung unter Wahrung des gesellschaftlichen Gleichgewichtes zu festigen.

1888 wurde Wilhelm II. zum Kaiser. Er förderte anfangs sozialpolitische Reformen, lehnte aber eine weitere Demokratisierung des Kaiserreiches ab. Um die Jahrhundertwende erlaubte ein wirtschaftlicher Aufschwung Unternehmern und Bildungsbürgern den Aufstieg zu neuen Eliten, überdeckte jedoch große innenpolitische Konflikte. Versuche, die Arbeiterschaft und Sozialdemokratie in den Staat einzugliedern, scheiterten am Widerstand agrarischer, industrieller und bürgerlicher Interessen. Nationalismus, wirtschaftlicher Expansionsdrang und sozialer Unfriede erzeugten ein Klima, in dem der Friede zunehmend als Einschränkung empfunden wurde.

1914 führten die machtpolitischen Gegensätze in Europa und der Rüstungswettlauf in den Ersten Weltkrieg. Hoffnungen auf einen schnellen Sieg zerbrachen im Trommelfeuer des Stellungskrieges. 1918 kapitulierte Deutschland, Wilhelm II. musste abdanken. Der Krieg setzte in Deutschland und in anderen Teilen Europas neue republikanische Kräfte frei.

Mit den Darstellungen zu den Ereignissen am Kriegsende 1918 endet der Rundgang im Obergeschoss des Zeughauses. Über die Osttreppe gelangt man in das Foyer und weiter in den Ostflügel des Erdgeschosses, in dem die Ständige Ausstellung mit der Zeit der Weimarer Republik ihre Fortsetzung findet. Entgegen dem Uhrzeigersinn hat der Besucher in den nachfolgenden Räumen Gelegenheit, sich über die Abläufe der nun folgenden Zeitabschnitte zu informieren:

1918–1933 Weimarer Republik

Aus den revolutionären Erschütterungen nach dem Ende des Ersten Weltkrieges ging das Deutsche Reich 1918 als parlamentarische Demokratie hervor. Die Besetzung des Ruhrgebiets, die Inflation und schwere wirtschaftliche Krisen bedrohten den Zusammenhalt der jungen Weimarer Republik. In der zerrissenen Parteienlandschaft bestanden gegensätzliche Vorstellungen über die politische Gestaltung Deutschlands. Linke wie rechte Extremisten bekämpften die demokratische Ordnung. Während einer kurzen Phase relativer Stabilität erholte sich die Wirtschaft und avantgardistische Formen in Kunst und Kultur erlebten eine Blütezeit. Den häufig wechselnden Reichsregierungen gelang es nicht, wirksame Mittel gegen soziale Not und Arbeitslosigkeit zu finden. In der Weltwirtschaftskrise verschärfte sich die Lage. Die politische Radikalisierung der Bevölkerung ermöglichte den Aufstieg der NSDAP zur Massenpartei mit der stärksten Fraktion im Reichstag.

1933–1945 NS-Regime und Zweiter Weltkrieg

Nach der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler 1933 errichteten die Nationalsozialisten in kurzer Zeit eine Diktatur, die Deutschland durch eine radikale Umgestaltung von Staat und Gesellschaft kriegsfähig machte. Politische Gegner verfolgte der NS-Staat mit Brutalität. Juden und andere Menschen, die den rassistischen Idealen der NS-Ideologie nicht entsprachen, wurden aus der Gesellschaft ausgegrenzt.

Mit dem deutschen Überfall auf Polen 1939 begann der Zweite Weltkrieg. Bis 1941 besetzte die Wehrmacht Dänemark, Norwegen, die Beneluxstaaten, Frankreich, Griechenland, Jugoslawien und Teile Nordafrikas. Beim Angriff auf die Sowjetunion 1941 folgten Einsatzgruppen aus SS und Polizei der vorrückenden Wehrmacht und ermordeten Hunderttausende Juden, Sinti und Roma sowie sowjetische Funktionäre. Ab 1942 setzte der NS-Staat alle Mittel ein, um den systematischen Völkermord an den europäischen Juden in Vernichtungslagern zu organisieren und millionenfach umzusetzen.

Eine von der Sowjetunion, Großbritannien und den USA geführte Kriegskoalition stellte sich den deutschen Angriffskriegen entgegen. Nach der Landung in der Normandie 1944 schlugen die alliierten Truppen die deutsche Wehrmacht an allen Fronten zurück und drangen nach Deutschland vor. Die Rote Armee startete im April 1945 den Angriff auf Berlin. Mit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945 waren die NS-Herrschaft und der Zweite Weltkrieg in Europa beendet, der über 50 Millionen Menschenleben gefordert hatte.

1945–1949 Deutschland unter alliierter Besatzung

Nach der Kapitulation teilten die Alliierten das durch den Krieg in weiten Teilen verwüstete Land in vier Besatzungszonen auf. Die Gebiete östlich von Oder und Neiße wurden polnischer bzw. sowjetischer Verwaltung unterstellt. Mehr als 12 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene strömten aus dem Osten in die von den Siegermächten verwalteten Zonen. Der Kampf ums tägliche Überleben band die Kräfte und drängte die Auseinandersetzung mit dem NS-Regime und seinen Verbrechen in den Hintergrund. Möglichkeiten politischer Mitgestaltung hatten die Deutschen anfangs nur in geringem Umfang. Eine gemeinsame Politik der Alliierten gegenüber Deutschland

scheiterte mit dem Beginn des »Kalten Krieges«. Die Sowjetunion trieb den Umbau ihrer Zone nach sowjet-sozialistischen Leitbildern voran, während die West-Alliierten USA, Großbritannien und Frankreich ihre Besatzungsgebiete in das Staatenbündnis der westlichen Demokratien zu integrieren suchten.

1949 bis Gegenwart Geteiltes Deutschland und Wiedervereinigung

Seit 1949 existierten zwei deutsche Staaten. Die Deutsche Demokratische Republik errichtete eine sozialistische Einparteienherrschaft nach sowjetischem Vorbild. Die Bundesrepublik Deutschland entstand unter dem Einfluss der Westalliierten als demokratischer, föderalistischer Staat. Die Grenze zwischen beiden Staaten bildete zunächst Stacheldraht, ab 1961 die von der DDR errichtete Mauer. Die Außenpolitik prägte der »Kalte Krieg« der Großmächte. In den 70er Jahren begann dennoch ein von den Weltmächten getragener Entspannungsprozess. Während Westdeutschland trotz Wirtschaftskrisen und innenpolitischer Konflikte den demokratischen Grundsätzen verpflichtet blieb, beschleunigten Ende der 80er Jahre hohe Staatsverschuldung, unflexible Planwirtschaft und starre Machtstrukturen den Untergang des DDR-Regimes.

Die Öffnung der Berliner Mauer besiegelte 1989 das Ende des DDR-Staates und ebnete den Weg zum Beitritt zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990 mit Zustimmung der Alliierten im 2+4-Vertrag. Berlin wurde Hauptstadt und Regierungssitz.

Die Ausstellungsräume – ein Ort mit Geschichte

Anfang des 18. Jahrhunderts erbaut, stellt das Zeughaus in seiner heutigen Innenaufteilung, die im wesentlichen auf einen Umbau der 1950er Jahre zurückgeht, für die Ständige Ausstellung große, harmonisch proportionierte Räume mit zusammen rund 8 000 Quadratmetern Grundfläche bereit. In beiden Hauptgeschossen gliedern Pfeiler die knapp sieben Meter hohen Räume in weitläufige dreischiffige Hallen. Im Obergeschoss nehmen diese Pfeilerhallen ohne Unterteilung alle vier Flügel des Bauwerkes ein und bilden einen zusammenhängenden Ausstellungsbereich rund um den Innenhof. Im Erdgeschoss umfassen die Ausstellungsräume den West-, Nord- und Ostflügel des Zeughauses. Im Südflügel des Erdgeschosses erstreckt sich entlang der Straße Unter den Linden das Foyer, von dem aus die Ausstellungsräume in beiden Etagen sowie der Buchladen, das Bistro und alle anderen Serviceräume des Museums direkt zu erreichen sind.

Im Zuge einer gründlichen Sanierung in den Jahren 1999 bis 2003 wurden Ober- und Erdgeschoss des Zeughauses unter der Leitung des Architekturbüros Wilfried Brenne technisch so ausgestattet, dass sie den Anforderungen an einen modernen Ausstellungsbetrieb genügen. Neben dem Einbau zahlreicher Sicherheitsanlagen war hierzu die Verlegung eines dichten Netzes von Elektro- und Datenkabeln erforderlich. Für den Besucher unsichtbar, garantieren diese die Versorgung der gesamten Ausstellung mit Anschlusspunkten für den Betrieb der vielfältigen Beleuchtungseinrichtungen, aber auch für zahlreiche hochmoderne Multimedia-Geräte wie Computerterminals, Videoprojektoren, Monitore oder Hörstationen.

Um optimale und vor allem stabile klimatische Bedingungen für die Präsentation der oft sehr alten, ebenso wertvollen wie fragilen Exponate bereitzustellen, war zudem der Einbau einer leistungsfähigen, präzise steuerbaren Klimaanlage notwendig. Damit der Einbau von Luftschächten unter den Decken oder den Bodenflächen vermie-

den werden konnte, die den historischen Gesamteindruck der Räumlichkeiten im Zeughausbau empfindlich gestört hätten, bedurfte es der Entwicklung einer innovativen Klimaanlage. Heute wird das Raumklima erstmals durch das elektronisch gesteuerte Zusammenspiel von einzelnen Klimageräten erzeugt, die dezent in allen Fensterischen sowie in einer Reihe von Wandfeldern untergebracht sind.

Die zahlreichen Fenster in den historischen Zeughaus-Fassaden wurden mit Verdunkelungs- und Sonnenschutzjalousien ausgestattet, die es erlauben, eine für die Präsentation der teilweise lichtempfindlichen Ausstellungsobjekte optimale Mischung aus Tages- und Kunstlicht in den Ausstellungsräumen einzusteuern. Während der Öffnungszeiten der ständigen Ausstellung sind unter anderem alle Jalousien zum Innenhof des Zeughauses geöffnet, um jederzeit den bemerkenswerten Einblick in die von Andreas Schlüter gestaltete Hofanlage aus dem frühen 18. Jahrhundert zu bieten und gleichzeitig eine einfache Orientierung in den weitläufigen Ausstellungsbe- reichen zu ermöglichen. Zusätzliche Ausblicke werden auf die Straße Unter den Linden und den Schlossplatz geöffnet und mit Darstellungen zur historischen Bedeutung dieser Orte verbunden.

Die Ausstellungsarchitektur – Wege und Räume

In Zusammenarbeit mit den Architekten Jürg Steiner (Entwurfsplanung 2001–2002) und Christian Axt (Ausführungsplanung 2002–2006) wurde eine Ausstellungsarchitektur entwickelt, die dem Besucher einen abwechslungsreichen und großzügig angelegten Rundgang anbietet. Der breite Hauptweg erschließt die neun Epochenbereiche mittels Präsentation und Erläuterung zu herausgehobenen Leitobjekten und erlaubt einen ein- bis zweistündigen informativen Schnelldurchgang durch die gesamte Ausstellung. In wechselnder Formgebung sind diesem Hauptweg Kabinette, Galerien und andere thematische Vertiefungsräume angegliedert, in denen der Besucher – seinen speziellen Interessen folgend – ergänzende Exponate und Informationen vorfinden kann. Jeder Epochenbereich ist durch eine eigene Farbgebung gekennzeichnet.

Die Wände der Ausstellungseinbauten wurden in einer modularen Bauweise ausgeführt, die viel Spielraum für eine segmentartige Verwendung, für Durchblicke sowie Vitrineneinbauten bereitstellt und in ihrer Gestaltung jeweils auf die Inhalte der Abteilungen Bezug nimmt. Mit einer durchschnittlichen Höhe von 3,60 Metern besitzen die Wände eine Dimensionierung, die mit den knapp 7 Meter hohen Ausstellungsräumen und den großen historischen Fensteröffnungen gut harmoniert und dabei zugleich die Voraussetzungen für die Präsentation auch sehr großer Gemälde, Plakate und anderer Großexponate schafft. In der Regel werden die Wandflächen durch freistehende Raumkörper bereitgestellt. Eine radial zum Hof ausgerichtete Anordnung dieser Raumkörper zwischen den Zeughaus-Pfeilern ermöglicht eine gleichmäßig gute Klimatisierung der Ausstellungsräume. Durch die prinzipielle Wahrung eines Abstandes zwischen den Raumkörpern und den Pfeilern, durch den offenen Luftraum über den Wänden sowie durch breite Sichtachsen von Fassade zu Fassade entlang des Hauptweges bleiben die räumliche Struktur und die architektonischen Gliederungselemente der Zeughaus-Geschosse jederzeit klar erkennbar.

Die Vitrinenkörper zur Aufnahme von dreidimensionalen Exponaten wurden in der Mehrzahl in die Wände integriert. Mit eigenen, speziell konstruierten Beleuchtungseinheiten ermöglichen sie eine optimale Betrachtung der Ausstellungsstücke. Großzügige Vitrinenräume bieten in allen Ausstellungsabschnitten die Möglichkeit der Rekonstruktion historischer Ensembles wie beispielsweise einer mittelalterlichen Wohn-

stube, eines Residenzsaales des Barock, eines Wohnzimmers des Historismus oder zweier Raumensembles zur Lebensreform, jeweils unter Einbeziehung originaler Möbel und anderer Ausstellungselemente.

An vier Stellen hat der Besucher darüber hinaus im Rundgang die Möglichkeit, über Treppen oder alternativ auch über kleine Aufzuganlagen Emporenbereiche zu betreten, die als erhöhte Räume zur inhaltlichen Vertiefung konzipiert sind. Der herausgehobenen räumlichen Anordnung dieser Emporen, die attraktive Ausblicke auf alle angrenzenden Ausstellungsabschnitte eröffnen, entspricht jeweils eine spezifische inhaltliche Ausrichtung. Jede Empore ist einem übergreifenden Aspekt der Kulturgeschichte gewidmet, der den ereignisgeschichtlichen Horizont der Epoche überfängt. Im Einzelnen handelt es sich um die Themenschwerpunkte deutsche Aufklärung, Lebensreformbewegung, NS-Kunst- und -Kulturpolitik sowie kulturelle Entwicklungen in beiden deutschen Staaten nach 1949.

Die Objektdarbietung – Kontextualisierung als Prinzip

Eine Darstellung zu 2000 Jahren deutscher Geschichte anhand von materiellen Hinterlassenschaften setzt grundsätzlich auch eine adäquate Auseinandersetzung mit den Objekten unter besonderer Berücksichtigung des jeweiligen historischen Zeugnischarakters voraus. Dokumente, Bücher, Gemälde und Stiche entstanden in der Regel zeitversetzt zu den relevanten historischen Ereignissen und hatten ein bestimmtes Anliegen oder den dezidierten Auftrag, der Nachwelt eine absichtsvolle oder sogar irreführende Sicht auf Geschichte zu vermitteln. Kostbares Gerät, Prunkwaffen und andere Luxusobjekte fungierten trotz ihrer scheinbaren Gebrauchsform zumeist nicht als Gebrauchsgegenstände, sondern als hervorgehobene Zeichen im Kontext zeremonieller Abläufe. Erst in Kenntnis der wechselnden historischen Verwendung erschließt sich ihr Zeugniswert. Aus allen Zeiten existieren zudem Objekte der Alltagskultur, darunter einfache Gebrauchsobjekte, Werkzeuge, Geschirre, Kleidungsstücke oder auch religiöse Kleinobjekte, die ursprünglich nie für eine Überlieferung durch die Jahrhunderte gedacht waren: Aufgrund einer Verbindung mit Ereignissen der allgemeinen Geschichte oder mit einer Person wurden sie von nachfolgenden Generationen bewahrt. Als sprechende Zeugnisse geben uns Exponate dieser Art heute oftmals lebendiger und unmittelbarer Kunde von historischen Dingen als alle anderen Quellen.

Um den Blick des Betrachters für derartige Interpretationsgrundlagen zu schärfen, stellt die Ausstellung jedes der Exponate in einen Zusammenhang mit weiteren Objekten oder Objektgruppen, die den ursprünglichen Gebrauchs- bzw. Bedeutungszusammenhang wieder erfahrbar machen. Diese Kontextualisierung der Exponate ist eine der zentralen Leitlinien der Ausstellungspraxis und -didaktik des DHM. Sie stellt sich bewusst der formalästhetischen Isolierung von historischen Objekten in anderen Museen und Ausstellungen entgegen. In der Ständigen Ausstellung bildet sie zugleich eine Grundlage für viele Darstellungen zu Aspekten der Kulturgeschichte, die mit den ereignisgeschichtlichen Darlegungen eng verwoben sind. Prinzipiell dienen alle Exponate nicht zur Illustration von historischen Erläuterungen, sondern zeugen als Indizien des Geschichtsprozesses von einer gelebten Wirklichkeit. Hier gilt es den Blick zu schärfen und sich auf die nichtverbale Kommunikation der Exponate einzulassen.

Didaktik und Multimedia in der Ausstellung – neue Techniken der Vermittlung

Ein neu entwickeltes Leitsystem in Form von hinterleuchteten »Meilensteinen« führt den Besucher wie ein chronologisches Rückgrat durch die einzelnen Ausstellungsbereiche und bietet ihm auf seinem Weg wichtige Angaben zu den maßgeblichen Ereignissen und Personen. Ergänzend finden sich historisch-politische Landkarten und statistische Darstellungen, die die geopolitische Situation der jeweiligen Epoche anschaulich werden lassen. Schließlich orientieren die »Meilensteine« den Betrachter auch noch über die räumliche Struktur der zugehörigen Bereiche und über das inhaltliche Angebot der Themen- und Vertiefungsräume.

In gesonderten, meist rückwärtigen Raumabschnitten wird die gesamte Ausstellung durch im DHM eigens erarbeitete, aufwendige PC- und Multimediastationen begleitet, die vertiefende Informationen zu den einzelnen Epochenbereichen anbieten. Diese Multimedia-Einheiten auf modernstem technischen Stand vermitteln beispielsweise Einblicke in die Bauformen der wichtigsten Burgen in Deutschland, legen die dynastischen Zusammenhänge der europäischen Herrscherhäuser vom 15. bis 18. Jahrhundert dar, dokumentieren detailliert die Frontverläufe im Ersten Weltkrieg oder schaffen individuell nutzbare Abrufmöglichkeiten für sämtliche Ergebnisse der Wahlen in der Weimarer Republik sowie in den beiden deutschen Staaten nach 1949. Aufgrund der großen Beliebtheit der bisherigen Stationen wird derzeit bereits an einer Erweiterung des multimedialen Angebotes der Ständigen Ausstellung gearbeitet. Schwerpunkt des geplanten Ausbaus werden vor allem neue biographische Einheiten sein, die am Beispiel individueller Lebensläufe die Auswirkungen historischer Abläufe auf das Alltagsleben und Wirken der Menschen durch die Jahrhunderte dokumentieren.

Zahlreiche Großprojektionen und Filmstationen, die im Zeughaus authentisches Bildmaterial zeigen, sind für die Zeit ab dem späten 19. Jahrhundert in den Rundgang integriert. Filme und Fotografien werden grundsätzlich als historische Zeugnisse behandelt und in ihrer inhaltlichen Perspektive bzw. in ihren propagandistischen Entstehungszusammenhängen und Absichten erläutert.

Über den Ausstellungsrundgang verteilte Stationen der DHM-Museumspädagogik erlauben es jüngeren Besuchern, aber auch jedem erwachsenen Interessenten, sich zusätzliche Eindrücke zu inhaltlichen Zusammenhängen zu verschaffen wie auch zu Werkstoffen und handwerklichen Verfahren, die im wortwörtlichen Sinne ein »Begreifen« von speziellen Objekten und Einrichtungen ermöglichen. Auf diese Weise soll das Verständnis der historischen Zusammenhänge vertieft werden.

Zu einem großen Publikumserfolg haben sich in den ersten zwölf Öffnungsmonaten auch die Führungsangebote der Museumspädagogik und der wissenschaftlichen Mitarbeiter des DHM entwickelt. In mehr als 2 300 Überblicks-, Epochen- und Themenführungen, die seit Juni 2006 durchgeführt wurden, konnten vielen Einzelbesuchern, Schulklassen und anderen Besuchergruppen die Exponate und Darstellungen der Ständigen Ausstellung in ausführlicher Form nahegebracht werden. Ein seit Anfang 2007 angebotenes, sehr gefragtes Format für die museumspädagogische Vermittlung deutscher Geschichte, das sich insbesondere an Schüler verschiedener Altersgruppen und Schultypen wendet, bilden ferner die DHM-„Geschichtswerkstätten“. Auf Anmeldung können im Rahmen dieser „Geschichtswerkstatt“-Veranstaltungen spezielle Lehreinheiten zu epochenübergreifenden oder epochenspezifischen Themen durch Mitarbeiter des DHM in eigens dafür eingerichteten Seminarräumen des Zeughauses durchgeführt werden.

Für die nahe Zukunft sind neue Erweiterungen der museumspädagogischen Angebote der Ständigen Ausstellung in Vorbereitung, wie beispielsweise die Ergänzung des bisherigen Audioguides mit numerisch anwählbaren Exponatinformationen um gezielte Wegleitungen für Besucher mit unterschiedlichen Zeitbudgets sowie um eine aufwendig entwickelte Kinderführung.

Aber auch die Präsentationen in der Ausstellung selbst verbleiben nicht statisch, sondern werden in ihren Betextungen und Exponatanordnungen kontinuierlich weiterentwickelt. Neben neu erworbenen Objekten fließen insbesondere immer wieder inhaltliche Erkenntnisse aus den zahlreichen Wechsellausstellungen des DHM in die Darstellungen ein. In Kürze wird sogar ein ganzer Erweiterungsraum hinzugefügt werden können, der sich dem Themenkreis der Kulturgeschichte der Weimarer Republik widmen soll.

Die Ständige Ausstellung des DHM im Berliner Zeughaus bleibt so, ganz im Sinne ihrer Schöpfer auf Museumsseite, ein „work in progress“, das sich nicht im einmaligen Besuch erschöpfend erfahren lässt, sondern zum häufigen Wiederkehren und zur anschaulichen, lebendigen Auseinandersetzung mit 2000 Jahren deutscher Vergangenheit einlädt.

Daten zur Ständigen Ausstellung und Informationen für Besucher

Deutsches Historisches Museum, Berlin, Unter den Linden 2

Öffnungszeiten des Deutschen Historischen Museums täglich 10 – 18 Uhr
Eintritt Museum und alle Ausstellungen: 4 Euro, Jugendliche unter 18 Jahren Eintritt frei

Umfang der Ausstellung mehr als 8 000 historische Exponate, mehr als 400 Vitrinen, Ausstellungsfläche 8 000 qm: ca. 5 000 qm Fläche im Obergeschoss, zusammenhängender Bereich, durch Pfeiler gegliedert; ca. 3 000 qm Fläche im Untergeschoss: West-, Nord- und Ostflügel; knapp 7 Meter hohe Räume

Internet www.dhm.de, Infotelefon +49 30 20304-444

Pressekontakt Dr. Rudolph B. Trabold
Pressereferent DHM
Telefon: 030 20304-410
Fax: 030 20304-412
e-mail: trabold@dhm.de

Informationen Deutsches Historisches Museum
Unter den Linden 2
10117 Berlin
Telefon: 030 20304-0
Fax: 030 20304-543, www.dhm.de

Informationen zu Führungen für Schulklassen:

Öffnungszeiten täglich 10 bis 18 Uhr, Eintritt für beide Häuser und alle Ausstellungen 4 Euro, bis 18 Jahre frei, behindertengerecht

Führungsbuchung
Ständige Ausstellung Tel. 030/20304-751 (Mo bis Fr 9 bis 16 Uhr)
Wechsausstellungen Tel. 030/20304-750 (Mo bis Fr 9 bis 16 Uhr)
Fax: 030/20304-759, fuehrung@dhm.de
Gruppenführung 60 € für bis zu 25 Teilnehmer zzgl. Eintritt, Schulklassen 1 Euro pro Schüler. Bitte Gruppen ohne DHM-Führung anmelden.

Welche Aufgaben haben die wichtigsten Verfassungsorgane? – Gruppenpuzzle als Möglichkeit des kooperativen Lernens

Von Thomas Rabe

1. Einführung

In den gegenwärtigen Diskussionen über das Selbstverständnis des Unterrichtsfaches Politik – wie auch immer es in den unterschiedlichen Bundesländern genannt wird – spielt die Kontroverse um Demokratie-Lernen vs. Politische Bildung eine entscheidende Rolle.¹ Für die Vertreter des Demokratie-Lernens besteht das Ziel des Politikunterrichts vorrangig darin, demokratische Persönlichkeiten zu bilden. Hierzu sei es notwendig, Demokratie nicht nur kognitiv zu vermitteln, sondern erfahrbar zu machen. Die Demokratiedidaktiker suchen also Anschluss an Konzepte des erfahrungsbezogenen und handlungsorientierten Lernens. Erst wenn Demokratie im alltäglichen sozialen Miteinander erlebbar und erfahrbar werde – so lautet die zentrale These –, könne sie eingeübt und internalisiert werden. In diesem Sinne unterscheidet Gerhard Himmelmann drei Dimensionen des Demokratiebegriffs: Demokratie als „Herrschaftsform“, als „Gesellschaftsform“ und als „Lebensform“.² Demokratieerziehung habe bei der Demokratie als Lebensform anzusetzen. In einem stufendidaktischen Sinne würde das Einüben einer demokratischen Lebensform dann die affektiv-motivationale Einstellung zur Demokratie dergestalt bilden, dass demokratische Verhaltensweisen von den Schülerinnen und Schülern in Zukunft (eher) zu erwarten seien. Die Vertreter eines solchen Ansatzes leiten daraus eine grundsätzliche Kritik des Politikunterrichts ab, die darin gipfelt, dass sie diesem vorwerfen kopflastig und einseitig kognitiv an der Vermittlung politischer Institutionen und Verfahrensweisen ausgerichtet zu sein und dadurch Erfahrungsmöglichkeiten von Demokratie gerade zu verstellen.³

Diese Überlegungen sind in der Politikdidaktik vielfältig kritisiert worden. Die Kritik entzündet sich v.a. an dem verwendeten Demokratiebegriff. Wer den Begriff „Demokratie“, der ursprünglich eine spezifische Form staatlicher Gewalt bezeichnet habe, umstandslos auf eine Lebensform beziehe, entpolitisiere ihn. Indem die Schülerinnen und Schüler dann Erfahrungen mit ‚demokratischen Lebensformen‘ machten, geriete ihnen der Bezug zur notwendigerweise (!) komplexen staatlichen Organisation von Demokratie aus dem Blick. Die affektive und motivationale Bereitschaft zu demokratischem Handeln münde in einer Orientierungs- und Hilflosigkeit, weil die demokratischen Handlungsmöglichkeiten innerhalb unseres politischen Systems nicht hinreichend durchschaut würden. Letztlich erreiche man dadurch zwar möglicherweise

¹ Vgl. Gotthard Breit/Siegfried Schiele (Hrsg.): *Demokratie-Lernen als Aufgabe der politischen Bildung*, Schwalbach/Ts. (Wochenschau Verlag) 2002 (Bonn: Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung 2002); Dies. (Hrsg.): *Demokratie braucht politische Bildung*, Schwalbach/Ts. (Wochenschau Verlag) 2004 (Bonn: Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung 2004); Wolfgang Beutel/Peter Fauser (Hrsg.): *Demokratiepädagogik. Lernen für die Zivilgesellschaft*, Schwalbach/Ts. (Wochenschau Verlag) 2007.

² Gerhard Himmelmann: „Demokratie-Lernen als Lebens-, Gesellschafts- und Herrschaftsform“, in: Gotthard Breit/Siegfried Schiele (Hrsg.): *Demokratie-Lernen*, a.a.O., S. 21-39.

³ Zur Darstellung und Kritik dieser Position s. Wolfgang Sander: „Demokratie-Lernen und politische Bildung. Fachliche, überfachliche und schulpädagogische Aspekte“, in Wolfgang Beutel/Peter Fauser (Hrsg.): *Demokratiepädagogik*, a.a.O., S. 71-85.

eine positive Einstellung zu demokratischen Verhaltensweisen, aber wahrscheinlich auch eine Ablehnung der Sphäre des Politischen, der staatlichen Organisation, die als unnötig kompliziert und intransparent bzw. als durch Machtstreben korrumpiert, als ‚schmutziges Geschäft‘ erscheine.⁴

Wendet man sich von der – teilweise erstaunlich polemisch geführten – Diskussion zwischen Demokratiepädagogen und Politikdidaktikern ab und der Unterrichtspraxis zu, stellt sich die Frage, wie man Schülerinnen und Schüler einerseits zu demokratischen Tugenden und Verhaltensweisen (Teamfähigkeit, Solidarität, Verantwortungsbereitschaft etc.) erziehen und ihnen andererseits notwendige Einsichten in die komplexen Strukturen der staatlich verfassten Politik ermöglichen kann. Das vorliegende Unterrichtsmodell macht einen Vorschlag zur Bewältigung dieses Spagats. Es bereitet den klassischen und häufig als trocken verschrienen institutionenkundlichen Stoff methodisch mit dem Gruppenpuzzle als einer Methode des kooperativen Lernens auf und fördert somit die Verantwortungsbereitschaft und Teamfähigkeit der Schülerinnen und Schüler. Dass gerade Demokratie-Lernen auf die Vermittlung von Institutionen und Verfahrensweisen der staatlich verfassten Politik angewiesen bleibt, erhellt aus einer Aussage des Tübinger Politikwissenschaftlers Theodor Eschenburg: „Man muß Demokratie klarmachen. Das ist eine so komplizierte Staatsform, daß man sich in ihr nur zurechtfinden kann, wenn man es gelernt hat. Mit den Gemütsdemokraten kann ich überhaupt nichts anfangen. Wenn ich die Freiheit will, muß ich auch wissen, wie ich sie organisiere. Wenn ich da keinen König mehr haben will oder keine Adelschicht, wo drei oder vier oder fünf miteinander beraten können, sondern eine Demokratie, dann ergibt sich daraus der unerläßliche Zwang, eine komplizierte Konstruktion aufzubauen.“⁵

2. Sachanalyse

Die zentralen Verfassungsorgane und ihre wesentlichen Funktionen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland

Zu den zentralen Verfassungsorganen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland zählt man den Bundespräsidenten, die Bundesregierung, den Bundestag und den Bundesrat.

Der *Bundespräsident* ist das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland. Gleichwohl ist er nur mit „wenigen und nicht sehr bedeutenden Funktionen ausgestattet“⁶. Begründet wird die schwache Stellung des Bundespräsidenten, die im GG Art. 54-61 festgelegt ist, mit den Erfahrungen der Weimarer Republik. Die starke Stellung, welche die Weimarer Reichsverfassung dem Reichspräsidenten zubilligte (z. B. durch das Recht, das Parlament aufzulösen), wirkte sich in der Endphase der Weimarer Republik destabilisierend auf die politische Ordnung aus und ermöglichte die „Machtergreifung“ Hitlers.⁷ Im Wesentlichen kommen dem Bundespräsidenten repräsentative Aufgaben zu. So repräsentiert er Deutschland „nach innen wie nach außen,

⁴ Zur Kritik am Konzept des Demokratie-Lernens vgl. etwa die Beiträge von Sutor, Breit, Massing in den unter Anm. 1 aufgeführten Bänden von Gotthard Breit und Siegfried Schiele.

⁵ Aus einem Interview mit Eschenburg in DIE ZEIT, 20.10.1994; zitiert nach Peter Massing: *Das Demokratiemodell der Bundesrepublik Deutschland*, Schwalbach/Ts. (Wochenschau Verlag) 1996, S. 5.

⁶ Uwe Andersen/Wichard Woyke (Hrsg.): *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen (Leske + Budrich) 1997³, S. 52.

⁷ Vgl. Kurt Sontheimer/Wilhelm Bleek: *Grundzüge des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*, München (Piper) 1999 (Bonn: Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politischen Bildung 2000), S. 329 f.

vertritt den Bund völkerrechtlich und schließt in dessen Namen Staatsverträge⁸. Des Weiteren schlägt der Bundespräsident dem Bundestag zur Wahl des Kanzlers einen Kandidaten vor; faktisch ist er hierbei allerdings an die Mehrheitsverhältnisse im Bundestag gebunden. Zu den Pflichten des Bundespräsidenten gehört es, die Bundesbeamten zu ernennen und zu entlassen und Gesetze auszufertigen. Das Recht der Parlamentsauflösung hat der Bundespräsident nur noch in eng definierten Ausnahmefällen: wenn der Kandidat für das Amt des Bundeskanzlers im dritten Wahlgang nur eine relative Mehrheit erhält (in diesem Fall kann der Bundespräsident entscheiden, ob er ihn ernennt oder den Bundestag auflöst (GG Art. 63 Abs. 4)) oder wenn eine Vertrauensfrage des Bundeskanzlers scheitert (GG Art. 68). Der Bundespräsident wird nicht von der Bevölkerung direkt gewählt, sondern von der Bundesversammlung, einem Gremium das eigens zu diesem Zweck zusammenkommt. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Machtbefugnisse des Bundespräsidenten gering sind und seine Wirkungsmöglichkeiten eher bestehen in der Vertretung Deutschlands im Ausland, im Hinweisen auf langfristige politische und gesellschaftliche Probleme im Inneren sowie in der überparteilichen Integration der politischen Klasse.

Die *Bundesregierung* ist das „zentrale Exekutiv- und Koordinierungsorgan des Landes“⁹ und wird gestellt vom Bundeskanzler und den Bundesministern. Der Bundeskanzler wird, auf Vorschlag des Bundespräsidenten, gewählt von der Mehrheit aller Abgeordneten im Bundestag und anschließend vom Bundespräsidenten ernannt. Die Bundesminister werden vom Kanzler berufen. Die Aufgaben der Bundesregierung haben im Umfang über die Jahrzehnte ständig zugenommen, „einschließlich der Führung und Kontrolle des großen und verzweigten Verwaltungsapparates des Bundes, der Verwaltung der umfangreichen Finanzmittel und ihres Einsatzes im Sinne politischer Konzeptionen, sowohl in Hinsicht auf die Sicherung des Bestehenden als auch auf die Planung und Durchführung von Veränderungen“¹⁰. Nach Art. 65 GG lässt sich die Funktionsweise der Bundesregierung in drei Prinzipien fassen: 1. das *Ressortprinzip*, nach dem die Arbeit der Bundesregierung in verschiedene Fachbereiche unterteilt ist, denen entsprechende Ministerien unter verantwortlicher Führung des zuständigen Ministers zugeordnet sind, 2. das *Kabinetts- oder Kollegialprinzip*, nach dem Angelegenheiten von allgemeiner Bedeutung (z.B. Gesetzentwürfe) von allen Ministern unter Leitung des Bundeskanzlers debattiert und abgestimmt werden, und 3. das *Kanzlerprinzip*, nach dem der Bundeskanzler die Richtlinien der Politik vorgibt und für sie die Verantwortung trägt (Richtlinienkompetenz). Grundsätzlich ist festzustellen, dass die Bundesregierung, trotz ihres großen Handlungs- und Gestaltungsspielraumes, von der Übereinstimmung mit der sie tragenden Parlamentsmehrheit abhängig und ihr gegenüber verantwortlich ist. So hat sich im politischen System der Bundesrepublik ein „neuer Dualismus“¹¹ herausgebildet: Während v.a. in präsidentialen Demokratien Regierung und Parlament einander gegenüberstehen, kommt es hier zu der Frontstellung Regierungslager – Opposition.

Der *Bundestag* ist (zusammen mit dem Bundesrat) das Parlament der Bundesrepublik Deutschland. Er setzt sich zusammen aus den Volksvertretern, den Bundestagsabgeordneten, die (normalerweise) alle vier Jahre von den Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik Deutschland gewählt werden. In der politikwissenschaftlichen

⁸ Uwe Andersen/Wichard Woyke (Hrsg.): *Handwörterbuch*, a.a.O., S. 52.

⁹ Ebd., S. 58.

¹⁰ Ebd., S. 58 f.

¹¹ Vgl. Werner J. Patzelt: „Parlamentarismus“, in: Peter Massing (Hrsg.): *Das Demokratiemodell der Bundesrepublik Deutschland. Grundstruktur – Prinzipien – Systematik*, Schwalbach/Ts. (Wochen-schau Verlag) 1996, S. 23-36, v.a. S. 33 ff.

Literatur werden für gewöhnlich vier grundsätzliche Funktionen des Bundestages innerhalb des politischen Systems unterschieden¹²: Eine Funktion ist die der *Regierungsbildung*, d.h. der Wahl des Regierungschefs (Bundeskanzler), der oft langwierige Koalitionsverhandlungen vorausgehen¹³. Daneben übt der Bundestag die *Regierungskontrolle* aus: „Die Bundesregierung ist dem Bundestag für alles verantwortlich, was Bundesbehörden tun oder unterlassen.“¹⁴ Faktisch sind es in erster Linie die Oppositionsfraktionen im Bundestag, welche die zur Verfügung stehenden Kontrollinstrumente (Bewilligung des Haushaltsplans, Einsetzung von Untersuchungsausschüssen, kleine und große Anfragen etc.) gegen die Regierung nutzen. Die *Gesetzgebung* ist eine weitere zentrale Funktion des Parlaments. So ist der Bundestag der Ort, an dem über Gesetzesvorlagen (aus der eigenen Mitte, von der Bundesregierung oder vom Bundesrat) abgestimmt wird. Die parlamentarische Beratung einer Gesetzesvorlage findet in drei „Lesungen“ im Plenum und der zwischenzeitlichen Beratung in dem entsprechenden Fachausschuss statt. Am Gesetzgebungsverfahren sind darüber hinaus noch der Bundesrat (s.u.) und der Bundespräsident, der das beschlossene Gesetz auf Verfassungstreue und mögliche Verfahrensfehler hin prüft und schließlich ausfertigt, beteiligt.¹⁵ Die *Repräsentationsfunktion* des Bundestages lässt sich gliedern in drei Unterfunktionen. Erstens geht es hier darum, dass die Bundestagsabgeordneten „die Anliegen aus den verschiedensten Bereichen der Gesellschaft tatsächlich geltend [...] und zum ernstgenommenen Gegenstand der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung“¹⁶ machen („Artikulationsfunktion“). Zweitens gehört es in diesem Zusammenhang zu den Aufgaben des Parlaments, die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass die politischen Sichtweisen und getroffenen Entscheidungen im Interesse der Allgemeinheit liegen („Willensbildungsfunktion“). Drittens muss der Bundestag, um die Interessen und Probleme möglichst breiter Gesellschaftsschichten wahrnehmen zu können, ein „kommunikationstüchtiges Wurzelwerk“¹⁷ besitzen („Rückkopplungsfunktion“).

Der *Bundesrat* ist die Vertretung der Bundesländer auf Bundesebene. Art. 51 GG regelt die Mitgliedschaft: „Der Bundesrat besteht aus den Mitgliedern der Regierungen der Länder, die sie bestellen und abberufen“. Durch den Bundesrat wirken die Bundesländer bei der Gesetzgebung und Verwaltung der Bundesrepublik mit (Art. 50 GG). Grundsätzlich bedürfen alle Gesetze der Zustimmung des Bundesrates, die das Grundgesetz ändern, die Verträge mit anderen Staaten enthalten oder die Verwaltung der Bundesländer betreffen. Letztere bezeichnet man als Zustimmungsgesetze; der Bundesrat hat hier ein absolutes Vetorecht. (Im Falle eines solchen Vetos wird i.d.R. der Vermittlungsausschuss einberufen.) Gegen alle anderen vom Bundestag verabschiedeten Gesetze, die sog. Einspruchsgesetze, kann der Bundesrat Einspruch einlegen, der allerdings von einer erneuten Bundestagsmehrheit zurückgewiesen werden kann (suspensives Vetorecht). Die Mitwirkung des Bundesrates an der Verwaltung ist am deutlichsten bei den Rechtsverordnungen, welche die Bundesregierung zur Ausführung der Bundesgesetze erlässt und die zum großen Teil auf Länderebene umgesetzt werden müssen.

¹² Vgl. ebd.; Eckhard Jesse: *Die Demokratie der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung in das politische System*, Berlin: Landeszentrale für politische Bildung 1997, S. 92-104 und, grundlegend, Wolfgang Ismayr: *Der Deutsche Bundestag im politischen System der Bundesrepublik Deutschland*, Opladen (Leske + Budrich) 2001, S. 34-44.

¹³ Vgl. hierzu Werner J. Patzelt: „Parlamentarismus“, a.a.O., S. 30.

¹⁴ Uwe Andersen/Wichard Woyke (Hrsg.): *Handwörterbuch*, a.a.O., S. 59.

¹⁵ Vgl. Werner J. Patzelt: „Parlamentarismus“, a.a.O., S. 31 ff.

¹⁶ Ebd., S. 33.

¹⁷ Ebd.

Die Methode des Gruppenpuzzles

Das *Gruppenpuzzle* (GP) ist eine Übertragung der aus dem angelsächsischen Bereich stammenden Methode *Jigsaw* und wird in der didaktisch-methodischen Literatur in verschiedenen Varianten vorgestellt.¹⁸ Grundsätzlich ist das GP eine freie, schüler- und themenzentrierte Form der Gruppenarbeit, die es ermöglicht, den Lernprozess in seinen verschiedenen Phasen (Organisation der Arbeitsteilung, Erarbeitung, Ergebnispräsentation) in den Verantwortungsbereich der Schülerinnen und Schüler zu übergeben. Ziel des GP ist entsprechend eine „Steigerung teamorganisierter Wissenserwerbs“¹⁹. Das GP gehört zu den Methoden des kooperativen Lernens und zielt ab auf eine Förderung der Methoden- und Sozialkompetenz. Der Ablauf eines GP gliedert sich in drei Phasen. In der ersten Phase konstituieren sich Arbeitsgruppen (Stammgruppen), die aus so vielen Schülerinnen und Schülern bestehen, wie Aufgaben/Themen arbeitsteilig zu bearbeiten sind. Die Schülerinnen und Schüler verteilen in den Stammgruppen die zu erledigenden Aufgaben. In der zweiten Phase bilden sich neue AGs, die Expertengruppen, in denen sich jeweils die Schülerinnen und Schüler treffen, die an denselben Aufgaben arbeiten. Gemeinsam erarbeiten sich die Schülerinnen und Schüler in diesen Gruppen ihr Expertenwissen, das sie anschließend, in der dritten Phase, in ihren jeweiligen Stammgruppen präsentieren. Das GP wird abgeschlossen von einem Test, in dem es in erster Linie um eine (Selbst-)Evaluation des Lernprozesses geht. Das GP „garantiert ein hohes Maß an themenzentrierter Kommunikation“²⁰ und integriert alle Schülerinnen und Schüler gleichermaßen, weil jeder anschließend in seiner Stammgruppe Bericht erstatten muss und somit für den Lernerfolg aller mitverantwortlich ist. Gefordert und gefördert werden die Lernenden auf verschiedenen Gebieten, von der kognitiven Erarbeitung über die Wissensvermittlung/Präsentation bis hin zum sozialen Verantwortungsbewusstsein. Die Methode des Gruppenpuzzles ist der Sozialform Gruppenarbeit zuzuordnen. Grundsätzlich ist diese Sozialform einem Unterrichtsfach angemessen, das zu seinen integralen Bestandteilen und Zielvorstellungen die Ausbildung von Sozialkompetenz zählt.²¹ Das Gruppenpuzzle stellt eine Form kooperativen (Lehrens und) Lernens dar, bei der die Schülerinnen und Schüler für die wesentlichen Phasen des Lernprozesses selbst die Verantwortung tragen. Hierdurch werden die Schülerinnen und Schüler zugleich komplex gefordert und gefördert. Durch den Hinweis auf die Notwendigkeit jedes einzelnen Schülerbeitrages für den Lernerfolg der Gruppe soll die individuelle Motivation und die Bereitschaft zur Teamarbeit gestärkt werden („soziale Interdependenz der Schüler“²²). Darüber hinaus eignet sich die Methode des Gruppenpuzzles zur (intensiven) Erarbeitung großer Stoffmassen. Der Lerngegenstand der Stunde ist so umfangreich, dass ein arbeitsteiliges Vorgehen notwendig ist, aber auch so bedeutsam, dass jeder Lernende über alle Aspekte Bescheid wissen sollte. Das Gruppenpuzzle ist hier gerade wegen des hohen Maßes themenzentrierter Kommunikation eine effektive Methode und integriert zudem jede Schülerin und jeden Schüler in den Lernprozess (und zwar als Zuhörende genauso wie als Inhalte Strukturierende und Erklärende). In der Expertengruppe bekommen darüber hinaus

¹⁸ Vgl. zur Herkunft der Methode und zur idealtypischen Beschreibung Wilhelm H. Peterßen: *Kleines Methoden-Lexikon*, München (Oldenbourg) 2001², S. 127-131; Varianten finden sich z.B. in Wolfgang Mattes: *Methoden für den Unterricht. 75 kompakte Übersichten für Lehrende und Lernende*, Paderborn (Schöningh) 2002, S. 37 und in *Methodenkiste (Thema im Unterricht extra: Karteikarten)*, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn: bpb 2001².

¹⁹ Wilhelm H. Peterßen: *Kleines Methoden-Lexikon*, a.a.O., S. 127.

²⁰ Wolfgang Mattes: *Methoden*, a.a.O., S. 37.

²¹ Vgl. hierzu etwa Hilbert Meyer: *Unterrichtsmethoden*, 2 Bde., Berlin (Cornelsen Scriptor) 1987, Bd. 2, S. 237-277 sowie Wolfgang Mattes: *Methoden*, a.a.O., S. 38 f.

²² Wilhelm H. Peterßen: *Kleines Methoden-Lexikon*, a.a.O., S. 127.

schwächere Schülerinnen und Schüler Unterstützung von stärkeren, weil ja alle sich auf ein gemeinsames Produkt (Stichwortzettel) verständigen müssen.

Die Expertengruppen konstituieren sich nach den von den Lernenden gewählten Arbeitsthemen. Die Arbeitsaufträge für die Expertengruppen sind mehrschrittig angelegt und geben das zu erstellende Produkt (Stichwortzettel) vor. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass die Lernenden anschließend in ihren Stammgruppen auch in der Lage sind, die zentralen Inhalte zu vermitteln.

Während des Vortrags der Experten in den Stammgruppen sind die anderen Gruppenmitglieder aufgefordert, die wesentlichen Aspekte schriftlich zu fixieren. Dieser Schritt dient der Ergebnissicherung aller bearbeiteten Themen.

Das Gruppenpuzzle wird abgeschlossen durch einen Test in Quizform. Es geht bei diesem Test nicht um Leistungsbewertung, sondern v.a. um die Evaluation der Methode. Der Test ist so angelegt, dass alle Schülerinnen und Schüler zu allen Arbeitsgebieten Fragen beantworten müssen. Auf diese Weise kann überprüft werden, ob alle Inhalte gleich gut vermittelt wurden. Die Quizform wird gewählt, um eine spielerische Situation zu schaffen und die Motivation zur intensiven Mitarbeit zu steigern. Auf der Grundlage dieser Überprüfung kann abschließend in einer mündlichen Meta-reflexion die Methode evaluiert werden. Die Schülerinnen und Schüler bekommen die Möglichkeit, ihre Sicht auf die methodische Gestaltung des Unterrichts zu artikulieren, und werden somit als Partner im Lernprozess ernst genommen.

3. Didaktische Analyse

Didaktische Reduktion und Legitimation

Die Schülerinnen und Schüler sollen sich in dieser Stunde mit den wichtigsten Verfassungsorganen der Bundesrepublik Deutschland und ihren zentralen Aufgaben auseinandersetzen. *Grobziel* der Stunde ist die Kenntnis der vier wichtigsten Verfassungsorgane und die Fähigkeit, ihre zentralen Aufgaben zu erläutern.

Da sich die Schülerinnen und Schüler in dieser Stunde v.a. mit dem politischen Handlungsrahmen (nämlich mit zentralen Institutionen/Organen unserer Verfassungsordnung) beschäftigen, ist die *didaktische Perspektive* der Stunde eine *polityorientierte*.²³ Das *Thema* der Stunde lautet: *Welche Aufgaben haben die wichtigsten Verfassungsorgane? – Ein Gruppenpuzzle.*

Die Stunde zielt aber nicht nur auf den Ausbau der Sachkompetenz ab, sondern darüber hinaus auch auf eine *Steigerung der Methoden- und Sozialkompetenz*. Durch den methodischen Ansatz wird versucht, zur Kompetenzentwicklung der Schülerinnen und Schüler im umfassenden Sinne einer demokratischen Handlungskompetenz beizutragen. So soll den Schülerinnen und Schülern einerseits notwendiges (politisches) Handlungswissen zur Verfügung gestellt werden. Das ist im Fach Politik deshalb so wichtig, weil unsere Demokratie eine komplizierte Staatsform ist, die ihre Überlebensfähigkeit nur bewahren kann, wenn sie von weiten Teilen der Bevölkerung verstanden wird und in der sich nur zurechtfindet, wer Kenntnisse über die institutionelle Ordnung des politischen Systems besitzt. Andererseits zielt die Methode des GPs auf eine Steigerung der Methodenkompetenz insofern, als die Schülerinnen und Schüler hier kommunikative Fähigkeiten genauso ausbauen, wie sie wichtige Arbeitstechniken (Sammeln und Ordnen von Informationen, Bearbeiten von Texten, Präsentations- und Vermittlungstechniken) üben. Eng verknüpft mit der Methoden- ist die Sozialkompetenz,

²³ Vgl. Paul Ackermann u.a.: *Politikdidaktik kurzgefaßt. Planungsfragen für den Politikunterricht*, Bonn (Bundeszentrale für politische Bildung) 1995, S. 55 f.

weil die gewählte Arbeitsform eine kooperative ist, die nur funktioniert, wenn die Arbeit im Team stattfindet. Durch die enge Verknüpfung der Kompetenzbereiche soll die Stunde einen Beitrag leisten zur Erziehung politisch informierter, urteils- und interventionsfähiger Bürger. Die Ausrichtung der Stunde an einem dergestalt umfassenden Kompetenzbereich entspricht dem didaktischen Prinzip der *Ganzheitlichkeit*.

Durch die Fokussierung der Stunde auf eine der drei zu unterscheidenden Politikdimensionen leistet die Stunde einen Beitrag zur *kategorialen Bildung* der Schülerinnen und Schüler. Indem die Stunde die Dimension des politischen Handlungsrahmens (*polity*) in den Blick nimmt, greift sie auf eine Strukturierungskategorie zurück, die einen Zugang zu einem wesentlichen Element des Politischen eröffnet. Ein solcher kategorialer Politikunterricht hat zum Ziel, bei Schülerinnen und Schülern die Gewohnheit und die Fähigkeit auszubilden, generell bei der Beschäftigung mit Politik Schlüsselfragen zu stellen und in den darin enthaltenen Kategorien zu denken.

Eng mit der kategorialen Bildung verknüpft ist das didaktische Prinzip der *Wissensschaftsorientierung*, das für die Schülerinnen und Schüler v.a. darin besteht, politische Prozesse systematisch durchschauen zu lernen. Erst auf der Grundlage kategorial-systematischer Einsicht in das Politische können sich Schülerinnen und Schüler in einer politisch durchzogenen *Lebenswelt* orientieren und ihre Interessen gezielt und effektiv zur Geltung bringen. In diesem Sinne ist die Stunde von *Gegenwarts- und Zukunftsbedeutung* für die Lernenden.

4. Ziele der Unterrichtsstunde

Grobziel:

Die Schülerinnen und Schüler kennen die zentralen Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland und können ihre wichtigsten Aufgaben erläutern.

Feinziele:

- Die Schülerinnen und Schüler haben ihre *Methodenkompetenz* ausgebaut, indem sie
 - geübt haben, einem Sachtext die wichtigsten Informationen zu entnehmen und diese prägnant zusammenzufassen (Sachtextanalyse);
 - geübt haben, auf Grundlage eines selbst erarbeiteten Stichwortzettels die Gruppenarbeitsergebnisse zu präsentieren (Ergebnispräsentation);
 - selbst erarbeitete Inhalte wiederum vermittelt haben (Lernen durch Lehren).

- Die Schülerinnen und Schüler haben ihre *Sozialkompetenz* ausgebaut, indem sie
 - ihre Arbeit selbstständig untereinander aufgeteilt haben;
 - Verantwortung für den Lernprozess und -erfolg ihrer Mitschüler übernommen haben;
 - in Teamarbeit ein Produkt (Stichwortzettel) erstellt haben;
 - geübt haben, einander zuzuhören.

Die Bundesregierung

Die Bundesregierung besteht aus dem Bundeskanzler und den Bundesministern. Der Bundeskanzler wird vom Bundestag auf Vorschlag des Bundespräsidenten ohne vorherige Aussprache mit der Mehrheit aller Abgeordneten gewählt und vom Bundespräsidenten ernannt. Seine Amtszeit endet spätestens mit dem Zusammentreten des nächsten Bundestages. Der Kanzler ernennt die Minister und beruft einen zu seinem Stellvertreter („Vizekanzler“).

Im politischen System der Bundesrepublik nimmt die Bundesregierung Führungs- und Verwaltungsaufgaben für den gesamten Staat wahr. Dazu verfügt sie über weitreichende Kompetenzen (Machtbefugnisse). Aufgrund ihres Handlungsspielraums nimmt sie im Verfassungsgefüge der Bundesrepublik eine besonders starke Stellung ein. Sie ist aber immer auch auf die grundsätzliche politische Übereinstimmung mit der Bundestagsmehrheit angewiesen, weil sie von dieser getragen wird.

Die Arbeitsweise der Bundesregierung wird durch drei Grundsätze gekennzeichnet:

1. Nach Art. 65 GG hat der Bundeskanzler die Richtlinienkompetenz, d.h. er bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür die Verantwortung gegenüber dem Parlament (Kanzlerprinzip).
2. Die vom Kanzler festgelegten Richtlinien der Politik sind für die Bundesminister verbindlich und von ihnen in ihrem jeweiligen Geschäftsbereich selbstständig und in eigener Verantwortung zu verwirklichen (Ressortprinzip).
3. Angelegenheiten von allgemeiner Bedeutung sind der Bundesregierung zur gemeinsamen Beratung und Beschlussfassung vorzulegen, darunter alle Gesetzesentwürfe, aber auch z.B. Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bundesministern (Kollegialprinzip).

Der Kanzler leitet die Geschäfte der Bundesregierung nach einer von ihr beschlossenen Geschäftsordnung. Er führt auch den Vorsitz im Bundeskabinett (der Regierungsmannschaft). Schaltzentrale für die Regierungsarbeit ist das Bundeskanzleramt.

Im politischen System der Bundesrepublik hat die Bundesregierung die Rolle der ausführenden Gewalt (Exekutive). Die Kontrolle der Regierung durch das Parlament wird vor allem durch die Opposition wahrgenommen. Die Oppositionsparteien im Bundestag sind der Gegenspieler der Regierung.

Aus: Politik erleben, hrsg. von Wolfgang Mattes u.a., Paderborn (Schöningh) 2001; leicht geändert (TR).

Der Bundestag

Der Bundestag ist (zusammen mit dem Bundesrat) das Parlament der Bundesrepublik Deutschland. Er setzt sich zusammen aus den Vertretern des Volkes der Bundesrepublik. Sie heißen Bundestagsabgeordnete und werden alle vier Jahre von den Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik in der Bundestagswahl gewählt.

Die Hauptaufgaben des Bundestages sind:

1. Beschluss von Gesetzen, die vorher in den Fachausschüssen des Bundestages eingehend beraten worden sind (→ Gesetzgebung),
2. Wahl des Bundeskanzlers, der wiederum die Minister seiner Regierungsmannschaft benennt (→ Regierungsbildung),
3. Repräsentation der Bevölkerung; die Bundestagsabgeordneten sind Volksvertreter, d.h. sie vertreten die Interessen der Bevölkerung und versuchen, die Probleme möglichst vieler Bevölkerungsgruppen in die Bundestagsdebatten einzubringen (→ Repräsentation),
4. Kontrolle der Regierung, d.h. er muss die Arbeit der Bundesregierung beaufsichtigen und überwachen. V.a. haben natürlich die Abgeordneten der Oppositionsparteien ein Interesse daran, das Regierungshandeln kritisch zu beäugen (→ Regierungskontrolle).

Für die Kontrolle der Regierungsarbeit stehen dem Bundestag verschiedene Instrumente zur Verfügung, z.B. die folgenden:

- a) Der Bundestag muss den Haushaltsplan bewilligen, den die Bundesregierung vorlegt. In einem Haushaltsplan sind alle Einnahmen und Ausgaben eines Staates aufgestellt, soweit man sie für ein Jahr voraussehen kann. Das Recht des Bundestages, den Haushalt zu genehmigen oder zu verweigern, nennt man Haushaltsbewilligungsrecht.
- b) Der Bundestag kann und muss auf Antrag eines Viertels seiner Mitglieder einen Untersuchungsausschuss einsetzen. Ein Untersuchungsausschuss kann u.a. dann tätig werden, wenn ein Bundesminister seine Stellung zu seinem eigenen Nutzen missbraucht hat (z.B. Bestechung).
- c) In kleinen und großen Anfragen können der Bundestag oder Gruppen von einzelnen Abgeordneten jederzeit Auskunft über Absichten und Handlungen der Bundesregierung verlangen.

Aus: Hilde Kammer: Jugendllexikon Politik, Reinbek (Rowohlt) 1993; stark überarbeitet (TR).

Der Bundesrat

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Bundesstaat; sie besteht aus 16 Bundesländern. Die Interessen der Bundesländer vertritt der Bundesrat; durch ihn wirken die Bundesländer bei der Gesetzgebung und bei der Verwaltung der Bundesrepublik mit. Der Zustimmung des Bundesrates bedürfen alle Gesetze, die die Verwaltung der Bundesländer betreffen, außerdem Gesetze, die das Grundgesetz ändern, und Gesetze, die Verträge mit anderen Staaten enthalten. Diese Gesetze werden als Zustimmungsgesetze bezeichnet.

Gegen alle anderen Gesetze kann der Bundesrat Einspruch erheben, der aber vom Bundestag zurückgewiesen werden kann. Die vom Bundesrat abgelehnten Gesetze müssen im Bundestag erneut beraten werden. Eine Aufgabe hat der Bundesrat also bei der Gesetzgebung, die zweite Aufgabe ist seine Mitwirkung bei der Verwaltung; sie ist am deutlichsten bei den zahlreichen Rechtsverordnungen, die die Bundesregierung zur Ausführung der Bundesgesetze erlässt. Viele dieser Rechtsverordnungen bedürfen der Zustimmung des Bundesrates, weil ihre Umsetzung häufig in den einzelnen Bundesländern stattfindet.

Jedes Bundesland schickt wenigstens drei Vertreter in den Bundesrat. Länder mit über zwei Millionen Einwohnern schicken vier, mit über sechs Millionen schicken fünf, mit über sieben Millionen sechs Vertreter. Die Vertreter der Bundesländer sind Mitglieder der jeweiligen Landesregierung. Sie werden nicht gewählt, sondern von ihren Regierungen in den Bundesrat entsandt. Sie müssen die Anweisungen ihrer Regierungen befolgen. Daher dürfen Bundesratsmitglieder nicht auch Mitglieder des Bundestages sein. Mitglieder des Bundesrates haben Zutritt zu den Sitzungen des Bundestages und können dort sprechen. Dagegen haben Bundestagsabgeordnete kein Recht, im Bundesrat angehört zu werden. Die Bundesregierung muss den Bundesrat über ihre Pläne und Handlungen unterrichten.

Der Bundesratspräsident wird auf ein Jahr gewählt. Bundesratspräsident ist immer der Ministerpräsident (also der Regierungschef) eines Bundeslandes. Er ist zugleich der Stellvertreter des Bundespräsidenten.

Aus: Hilde Kammer: Jugendlexikon Politik, Reinbek (Rowohlt) 1993; überarbeitet (TR).

Der Bundespräsident

Der Bundespräsident ist das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik Deutschland. Er empfängt die ausländischen Staatsoberhäupter und Botschafter und vertritt Deutschland offiziell bei Staatsbesuchen im Ausland. Im Namen Deutschlands unterzeichnet er die internationalen Verträge und die Bundesgesetze. Weiterhin gehört zu seinen Aufgaben die Ernennung und Entlassung des Bundeskanzlers und der Mitglieder der Bundesregierung, der Richter des Bundes und der Offiziere und Unteroffiziere der Bundeswehr. Nach einer Bundestagswahl schlägt er dem Bundestag – nach Rücksprache mit den Parteien – einen Kanzler vor. Der Bundespräsident muss immer über den Parteien stehen und als Repräsentant (Stellvertreter) des gesamten deutschen Volkes handeln. Stellvertreter des Bundespräsidenten ist der Bundesratspräsident.

Im Vergleich zum Bundeskanzler ist das Amt des Bundespräsidenten mit nur wenig politischer Macht ausgestattet. Das Grundgesetz zieht damit die Lehren aus der Vergangenheit. In der Zeit der Weimarer Republik hatte der Reichspräsident eine sehr starke Stellung. Er konnte mit sogenannten Notverordnungen die Macht der Regierung und des Parlamentes außer Kraft setzen. Die Schwäche des Parlaments gegenüber dem Reichspräsidenten erleichterte den Nationalsozialisten den Weg an die Macht.

Trotz der geringen Machtbefugnisse verfügt der Bundespräsident heute jedoch über vielfältige Wirkungsmöglichkeiten. Die Art des Auftretens des Bundespräsidenten bei Staatsbesuchen im Ausland hat Auswirkungen auf das Ansehen der Bundesrepublik. Immer wieder haben die Bundespräsidenten in viel beachteten Reden und Beiträgen auf die langfristigen Probleme hingewiesen, Initiativen gegründet, Preise ins Leben gerufen, zum Beispiel in der Frage der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Risiken der Globalisierung, des Umweltschutzes, der Fremdenfeindlichkeit, der Pflichten des Staates für die soziale Sicherung etc. Sie haben so Einfluss genommen auf die öffentliche Diskussion und Bewusstseinsbildung.

Statt selbst in die politischen Prozesse einzugreifen, sieht sich der Bundespräsident eher als unabhängiger, mahnender und ausgleichender Faktor.

Der Bundespräsident wird nicht unmittelbar durch das Volk, sondern durch die nur zu diesem Zweck einberufene Bundesversammlung gewählt. Sie setzt sich aus allen Bundestagsabgeordneten und der gleichen Anzahl von Mitgliedern zusammen, die von den 16 Länderparlamenten (Landtagen) gewählt wurden. Die Wahlperiode dauert fünf Jahre.

Aus: Politik erleben, hrsg. von Wolfgang Mattes u.a., Paderborn (Schöningh) 2001.

Expertengruppe Bundesregierung:

Erarbeitet euch die wichtigsten Merkmale des Verfassungsorgans Bundesregierung!

- a) Haltet dazu fest, wie die Bundesregierung sich zusammensetzt und welche Aufgaben sie innerhalb des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland hat!
- b) Erstellt anschließend einen Stichwortzettel, mit dessen Hilfe ihr euren Mitschülerinnen und Mitschülern die Zusammensetzung und Funktionsweise der Bundesregierung erläutern könnt!

Bearbeitungszeit: 25 Minuten!

Expertengruppe Bundestag:

Erarbeitet euch die wichtigsten Merkmale des Verfassungsorgans Bundestag!

- a) Haltet dazu fest, wie der Bundestag sich zusammensetzt und welche Aufgaben er innerhalb des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland hat!
- b) Erstellt anschließend einen Stichwortzettel, mit dessen Hilfe ihr euren Mitschülerinnen und Mitschülern die Zusammensetzung und Funktionsweise des Bundestags erläutern könnt!

Bearbeitungszeit: 25 Minuten!

Expertengruppe Bundesrat:

Erarbeitet euch die wichtigsten Merkmale des Verfassungsorgans Bundesrat!

- a) Haltet dazu fest, wie der Bundesrat sich zusammensetzt und welche Aufgaben er innerhalb des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland hat!
- b) Erstellt anschließend einen Stichwortzettel, mit dessen Hilfe ihr euren Mitschülerinnen und Mitschülern die Zusammensetzung und Funktionsweise des Bundesrats erläutern könnt!

Bearbeitungszeit: 25 Minuten!

Expertengruppe Bundespräsident:

Erarbeitet euch die wichtigsten Merkmale des Verfassungsorgans Bundespräsident!

- a) Haltet dazu fest, wie der Bundespräsident in sein Amt gelangt und welche Aufgaben er innerhalb des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland hat!
- b) Erstellt anschließend einen Stichwortzettel, mit dessen Hilfe ihr euren Mitschülerinnen und Mitschülern die Wahl des Bundespräsidenten und seine Aufgaben erläutern könnt!

Bearbeitungszeit: 25 Minuten!

Gruppenpuzzle – was ist das eigentlich?

(Eine Information für Kolleginnen und Kollegen)

Das Gruppenpuzzle ist eine Form der Gruppenarbeit. Die Besonderheit besteht darin, dass die Zusammensetzung der Arbeitsgruppen wechselt – die Gruppen werden in verschiedenen Phasen neu zusammengesetzt (wie bei einem Puzzle ...).

So sieht das aus:

Phase 1 (5 Minuten!):

A B	A B	A B	A B	A B
C D	C D	C D	C D	C D

Phase 2 (25 Minuten!):

AAA	BBB	CCC	DDD
AA	BB	CC	DD

Phase 3 (30 Minuten!):

A B	A B	A B	A B	A B
C D	C D	C D	C D	C D

Quiz

zu den wichtigsten Verfassungsorganen der Bundesrepublik Deutschland

1. bildet (zusammen mit der Ländervertretung) das Parlament.
2. besteht aus dem Bundeskanzler und den Bundesministern.
3. vertritt die Interessen der Länder bei der Bundesgesetzgebung und Bundesverwaltung.
4. vertritt als Staatsoberhaupt die Bundesrepublik.
5. ist das höchste Exekutivorgan der Bundesrepublik.
6. leitet für vier Jahre die Regierungsgeschäfte.
7. verabschiedet nach erster, zweiter und dritter Lesung die Bundesgesetze.
8. wird im Abstand von fünf Jahren von der Bundesversammlung gewählt.
9. kann jederzeit Auskunft über die Absichten und Handlungen der Bundesregierung verlangen.
10. besteht aus drei bis sechs entsandten Mitgliedern jeder Landesregierung.
11. wählt den Bundeskanzler.
12. unterzeichnet Bundesgesetze und internationale Verträge und repräsentiert die Bundesrepublik.
13. hat die Aufgabe, die Bundesregierung zu kontrollieren.
14. repräsentiert das gesamte deutsche Volk und steht über den Parteien.
15. wird für jeweils ein Jahr von einem Ministerpräsidenten geleitet.

Rezensionen

Wolfgang Beutel/Peter Fauser (Hrsg.): Demokratiepädagogik. Lernen für die Zivilgesellschaft. Schwalbach/Ts. (Wochenschau Verlag) 2007, 224 S., 19,80 €, ISBN 978-3-89974227-5.

Am 18. Juni 2004 fand das Stuttgarter Kolloquium „Demokratiepädagogik – Lernen für die Zivilgesellschaft“ statt. Veranstaltet wurde dieses Kolloquium vom Wettbewerb „Förderprogramm Demokratisch Handeln“ und vom Modellprogramm „Demokratie leben und lernen“ der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung. Es sollte die kontrovers geführte Diskussion zwischen Pädagogen, Politikwissenschaftlern und Politikdidaktikern um die Möglichkeiten und Konzeptionen von Demokratie-Lernen in der Schule weiterführen und einer begrifflichen Klärung dessen dienen, was man unter Demokratiepädagogik eigentlich verstehen kann. Diese Klärungsarbeit ist nun dokumentiert in dem von Beutel und Fauser in der Reihe „Politik und Bildung“ herausgegebenen Band „Demokratiepädagogik. Lernen für die Zivilgesellschaft“.

Der Band gliedert sich in drei Teile. Im ersten Teil diskutieren Fauser, Himmelmann, Sander (Gießen) und Henkenborg jeweils „Grundfragen einer Pädagogik für die Demokratie“. Deutlich wird in dieser – stellenweise polemisch geführten – Grundsatzdiskussion vor allem, dass sie noch am Anfang steht: Zentrale Begriffe wie „Demokratie“ und „Politik“ sind für sich und in ihrem Zusammenhang noch nicht hinreichend geklärt, um ein überzeugendes Konzept des Demokratie-Lernens auszuarbeiten.

Der zweite Teil des Bandes wirft dann einen Blick auf schulpraktische Aspekte einer Demokratiepädagogik. Von den Autoren werden hier Praxiserfahrungen aus den Bereichen Projektlernen und Bürgerschule vorgestellt und auf ihre demokratiepädagogische Valenz hin untersucht.

Der abschließende, dritte Teil ist als Anhang konzipiert und umfasst einen umfangreichen Dokumentations- und Materialteil, in dem sich das Magdeburger Manifest zur Demokratiepädagogik, einige Definitionsversuche sowie Berichte und Reportagen über das Stuttgarter Kolloquium und weiterführende Literaturhinweise und Kontaktadressen finden.

Insgesamt betrachtet ist der Band in erster Linie für Politiklehrerinnen und –lehrer interessant, die an didaktischen Grundsatzfragen ihres Faches interessiert sind und die an einer noch offenen Debatte, die das Selbstverständnis des Faches betrifft, teilhaben wollen. T. R.

Klaus von Beyme: Föderalismus und regionales Bewusstsein. Ein internationaler Vergleich. München (Verlag C. H. Beck) 2007, 267 S., 14,90 €, ISBN 978-3-406-54765-2.

Passend zu den gegenwärtigen Diskussionen um die Föderalismusreform legt der Heidelberger Emeritus Klaus von Beyme eine international vergleichende Studie über „Föderalismus und regionales Bewusstsein“ vor. Gerade der Vergleich der westlichen föderalen demokratischen Systeme ermöglicht für die bundesrepublikanische Debatte eine interessante Perspektiverweiterung.

Zunächst differenziert der Autor das herkömmliche Verständnis von Föderalismus als rechtliches Verhältnis gleichgestellter Gliedstaaten (rechtliche Symmetrie), indem er darauf hinweist, dass in der Realität vielfältige rechtliche Asymmetrien („De-jure-Asymmetrien“) in den unterschiedlichen föderalistischen Staaten herrschten. Neben diesen rechtlichen gebe es zudem politische Asymmetrien („De-facto-Asymmetrien“),

die in dem Maße wichtiger würden, in dem Identitätspolitik ein spezifisches Bewusstsein ethnischer oder regionaler Minoritäten und Gruppierungen konstituierte oder fördere. Nach einer detaillierten vergleichenden Untersuchung der Bedeutung dieser Asymmetrien für Bundesstaaten gibt von Beyme einen Überblick über Performanzanalysen zu föderalistischen Systemen.

Da das Buch die Terminologie der vergleichenden Politikwissenschaft gebraucht und Bezug nimmt auf die einschlägige Forschungsgeschichte, richtet es sich wohl in erster Linie an eine politikwissenschaftlich gebildete Fachöffentlichkeit. Aber auch dem Laien, der an den gegenwärtigen Debatten über Föderalismus und Föderalismusreform, sei es in der Bundesrepublik oder auch in der EU, interessiert ist, sei die vorliegende Studie empfohlen. T. R.

Günter de Bruyn: Als Poesie gut. Schicksale aus Berlins Kunstepoche 1786 bis 1807. Frankfurt a. M. (Fischer Verlag) 2006, 525 S., geb., 24,9 €, ISBN 3-10-009638-X.

Günter de Bruyn, Jahrgang 1926, ist einer breiten Leserschaft durch seine zweibändige Autobiographie „Zwischenbilanz“ und „Vierzig Jahre“ bekannt geworden. Mittelpunkt seines Lebens war und ist die Mark Brandenburg (einschließlich der Metropole Berlin). In diesem Sinne hat sich Günter de Bruyn in den letzten Jahren verstärkt mit der preußisch-deutschen Geschichte beschäftigt und sich in diesem Punkt bewusst in die Tradition Fontanes („Wanderungen durch die Mark Brandenburg“) gestellt. Nach dem Buch „Die Finckensteins. Eine Familie im Dienste Preußens“ legt de Bruyn mit „Als Poesie gut“ ein Werk vor, das den Leser in eine faszinierende Epoche hineintauchen lässt: Berlin in den Jahren um 1800. Eine einzigartige kulturelle Blüte prägte die preußische Hauptstadt in einer Zeit, in der die Kriege der französischen Revolutionsära bereits große Teile Europas verheerten. In Portraits und Bildern, so von Schadow und Schinkel, Clausewitz, Kleist und Zelter, aber auch des Königshauses berichtet de Bruyn gleichsam als Chronist über eine vergangene und doch so anziehende (oder anlockende) Epoche. Das vorliegende Buch kann somit eine wichtige Hintergrundergänzung für den Geschichtsunterricht darstellen: Es richtet den Blick auf eine längere Zeit vernachlässigte Epoche, die jedoch hochaktuell bleibt, wie die Diskussion und Beschlüsse über die Rekonstruktion des Berliner Stadtschlosses zeigt. Entscheidend ist, dass das Buch nicht abstrakt und trocken, sondern äußerst lesbar und mit einem Blick auf den Einzelnen verfasst wurde. So bietet es einen Schatz an Beispielen und Anekdoten, die einen kognitiv-analytischen Geschichtsunterricht gut ergänzen. Ein wunderbares Buch, überragend gut geschrieben, das noch zur Literatur gehört, aber für die Geschichtswissenschaft hilfreich ist. Nur ein kritischer Punkt bleibt anzumerken: De Bruyn „verliebt“ sich gleichsam in sein Thema, konkreter in die einzelnen Personen. Das Buch ist entsprechend ausführlich und detailversessen. Ein Leser, der sich gerne darauf einlässt, wird dem Thema verfallen. H. S.

Georg Denzler/Clems Jöckle: Der Vatikan. Geschichte, Kunst, Bedeutung. Darmstadt (Primus-Verlag) 2007, 191 S., geb., 39,90 €, ISBN 3-89678-573-7.

Zwei Autoren haben sich zusammengefunden, um ein gemeinsames Buch zu schreiben: Der Kirchenhistoriker Georg Denzler und der Kunsthistoriker (und Theologe) Clemens Jöckle. Entstanden ist tatsächlich ein Buch, das zwei Bücher in sich vereinigt: „Der Vatikan in der Geschichte“ (von Georg Denzler) und „2000 Jahre Kunst im Vatikan“ (von Clemens Jöckle). Beide Teile bilden ein Ganzes: Das Kunstmekka „Va-

tikan“ ist ohne die Geschichte des Papsttums bzw. seines römischen Sitzes nicht verständlich. Auf der anderen Seite bleibt eine politische Geschichte des Papsttums ohne einen Blick auf die gesammelten Kunstwerke (und ihre politische Botschaft) unvollständig. Damit leistet der vorliegende Band etwas Grundlegendes. Er eignet sich nicht nur zur Vorbereitung einer Reise nach Rom, sondern er ermöglicht es, das Phänomen „Kirche“ und „Papsttum“ aus einer kombinierten historischen und kunstgeschichtlichen Perspektive zu erfassen. Hilfreich ist, dass die Texte keine Grundkenntnisse voraussetzen und sich der Band somit auch als Einführung eignet.

Besonders hervorzuheben sind die prachtvollen Abbildungen. Es wurde nicht der Fehler gemacht, zu viele und damit zu viele kleine Abbildungen zu drucken. Stattdessen wird den einzelnen Objekten viel Druckplatz eingeräumt und dadurch sehr viel Eindruck erzeugt. Der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft (und damit auch dem Primus-Verlag) ist für die Veröffentlichung dieses anspruchsvollen (und lesbaren!) Bandes in dieser Ausstattung zu danken. H. S.

Joachim Fest: ICH NICHT. Erinnerungen an eine Kindheit und Jugend. Hörbuch. Gelesen von Otto Sander. Nachwort von Alexander Fest. Gekürzte Fassung. 5 CDs. Gesamtlauzeit ca. 350 Minuten. Deutsche Grammophon Literatur (2007), 25,90 €, ISBN 978-3-8291-1876-7.

„ICH NICHT“ ist das letzte Werk des Historikers und Journalisten Joachim Fest (1926 bis 2006), der buchstäblich sein Leben lang gewartet hat, bevor er seine eigenen Erfahrungen zu jener Zeit darstellte, der seine lebenslange schriftstellerische Tätigkeit galt: die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur. In seinen Erinnerungen erzählt Joachim Fest am Beispiel seines Vaters von der mutigen Selbstbehauptung in der Diktatur, aber auch von den Zweifeln und Diskussionen über den Sinn und Zweck von Opposition. Diese Geschichte einer Familie in Berlin steht exemplarisch für die Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus, insbesondere für die Frage, wieweit ein „aufrechter Gang“ möglich war, wieweit aber auch die Umwelt auf den Mut zum „Nein-Sagen“ reagierte. Verstörend ist dabei, wie sehr der Widerstand (oder besser: das Beiseitestehen) die Persönlichkeit von Johannes Fest veränderte und das weitere Leben nach 1945 prägte. Das Buch ist auch eine bewegende Familiengeschichte, in der der Schrecken von Diktatur und Krieg konkret fassbar wird. Der Sprecher dieser Hörbuchfassung, Otto Sander, war von Joachim Fest gewünscht worden. Otto Sander, geboren 1941, gehörte von 1970 bis 1981 zum Ensemble der Berliner Schaubühne und spielte in zahlreichen Film- und Fernsehproduktionen wie Die Blechtrommel, Das Boot oder Der Himmel über Berlin.

Die vorliegende Hörbuchfassung (bzw. das zugrundeliegende Buch) eignet sich dazu, den alltäglichen Umgang/das alltägliche Leben und Erleben der Diktatur seit 1933 begreifbar zu machen, und zwar nicht aus der unmittelbaren Perspektive der Verfolgten, sondern aus der distanzierten Perspektive von Deutschen, die bewusst beiseitestanden und sich – unter Inkaufnahme von Armut, Hausdurchsuchungen und Haftdrohungen – nicht als Mitläufer dem Regime anbiederten. Es ist aber auch ein Hörbuch, in dem die großen Zweifel und Unsicherheit nicht durch eine nachträgliche Selbstgerechtigkeit übertüncht werden. Ausschnitte des Textes sind, sofern rechtlich gestattet, sehr gut im Unterricht einsetzbar. H. S.

Nina Grunenberg: Die Wundertäter. Netzwerke der deutschen Wirtschaft 1942-1966. München (Siedler Verlag) 2006, 320 S., geb., 22,95 €, ISBN 978-3-88680-765-9.

Mit einem besonderen Bereich der Elitenkontinuität beschäftigt sich die Journalistin und Autorin Nina Grunenberg in ihrem neuen Werk: Vor dem Hintergrund des Zweiten Weltkrieges, der Nachkriegsjahre und der fünfziger und sechziger Jahre – mit dem Schwerpunkt des sogenannten „Wirtschaftswunders“ – verknüpft Nina Grunenberg die Zeitgeschichte mit den handelnden Personen, die von ihr kritisch als „Wundertäter“ titulierte werden. Das gesamte Buch ist somit auf Personen und ihren Karrieren aufgebaut; entsprechend ist das erste Kapitel (1942 bis 1945) zutreffend mit „Speers Kindergarten“ überschrieben. Es folgt die Zeit von 1945 bis 1948 („Wege aus dem Niemandsland“), von 1948 bis 1950 („Gründerzeit“) und dann über die „Herrlichen Zeiten“ (1950-53), des „Wirtschaftswunders“ (1953 bis 1957) der langsame „Eintritt in die Normalität“ (1957 bis 1963) und schließlich das „Ende der Hochkonjunktur“ (1963 bis 1966).

Dieses vorzüglich geschriebene Buch, dem man die Feder der Wirtschaftsjournalistin anmerkt, ist gerade durch seinen personengeschichtlichen Zugriff so lehrreich. Es handelt sich insbesondere um eine mentalitätsgeschichtliche Studie: Nina Grunenberg möchte die Personen verstehen, welche die Wirtschaftsgeschichte der frühen Bundesrepublik geprägt haben, eine Generation, der die Bezeichnung „Manager“ wesensfremd gewesen sei. Auch wenn man nicht jeder Bewertung Nina Grunbergs folgen mag, auch wenn der personengeschichtliche Zugriff seine Tücken und Schwierigkeiten hat (volkswirtschaftliche Grundlagen des Nachkriegswachstums werden praktisch nicht dargestellt, auch betriebswirtschaftliche Aspekte, z.B. zu einzelnen Unternehmen, fehlen), es ist vielleicht gerade deshalb ein lesenswertes und lehrreiches Buch entstanden, aus dem sich vielfältige Anregungen für den Unterricht gewinnen lassen und das deutlich macht, wie sehr auch die Wirtschaftsgeschichte von Personen bestimmt wird. Es wäre jedoch wesentlich sinnvoller gewesen, das Schlusswort Frau Grunbergs an den Anfang zu stellen, da sich dem Leser so Aufbau und Schwierigkeiten des Buches klar erschließen und gleichsam eine „Leseorientierung“ gegeben wird. H. S.

Grundkurs deutsche Militärgeschichte. Drei Bände mit interaktiver DVD für die historische und politische Bildung. Im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes herausgegeben von Karl-Volker Neugebauer. Band 1: Die Zeit bis 1914. Vom Kriegshaufen zum Massenheer; Band 2: Das Zeitalter der Weltkriege 1914 bis 1945. Völker in Waffen. München (Oldenbourg-Verlag) 2007, 496 und 448 S., ISBN 3-486-57853-7 und ISBN 978-3-486-58099-0, je 19,80 €. (Der 3. Band ist noch nicht erschienen.)

Mit der Militärgeschichte hatten und haben die Deutschen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gewisse Probleme. Diese sind aufgrund der Erfahrungen von 1914 bis 1945 gut nachvollziehbar. Außerdem gab es seit 1871 eine übertriebene Verherrlichung militärischer Tugenden und Leistungen, die somit nicht mehr Vorbild sein konnte.

Kriegsgeschichte ist jedoch ein legitimer Bestandteil der historischen Wissenschaften. Ihn zu ignorieren hieße, dieses Feld der Legendenbildung oder sogar radikalen Strömungen zu überlassen. Gerade außerhalb des engen wissenschaftlichen Bereiches gibt es weiterhin Interesse für diesen Themenbereich, wie viele populärwissenschaftliche Veröffentlichungen zeigen.

Das vorliegende Handbuch wendet sich zunächst an einen klar umrissenen Leserkreis: die Studentinnen und Studenten an den Bundeswehr-Hochschulen, die als angehende Offiziere so notwendige Grundkenntnisse erwerben. Den drei Bänden ist jedoch ein wesentlich größerer Leserkreis zu wünschen: Hier wird nicht nur Militärgeschichte vermittelt, sondern Militärgeschichte als Teil der allgemeinen Geschichte,

die im Vordergrund der Darstellung steht. Diese ist vielfältig bebildert, mit Zeichnungen, Karikaturen, Diagrammen und Fotografien. Zentrale Quellen werden zitiert, und zwar in einer nicht zu verkürzten Form. Auch das mögliche Vorurteil, hier würden militärische Erfolge verherrlicht und negative Aspekte vernachlässigt, bestätigt sich nicht. Dem fachlichen Ruf des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes entsprechend, ist die Darstellung auf dem Stand heutiger historischer Forschung und Darstellung. So werden die Wehrmachtsverbrechen während des Zweiten Weltkrieges ausführlich dokumentiert (u.a. mit Fotografien und Quellen) und klar bewertet. Diese offene und angesichts der deutschen Geschichte auch alternativlose Vorgehensweise findet sich in der Darstellung durchgängig. Als Fazit bleibt festzustellen, dass dieses Handbuch eine preisgünstige Ergänzung des Bücherschranks eines Geschichtslehrers darstellt, um so zentrale Quellen für den Unterricht schnell zur Hand zu haben und vor allen Dingen gegenüber den Schülern auch fundiert Auskunft über z.B. die Kriegführung während des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71, des Ersten Weltkrieges, die Aktivitäten der Reichswehr in den zwanziger Jahren oder die konkrete Aufrüstung seit 1933 geben zu können. Entsprechende Fragen nicht zu beantworten (die mit nahezu hundertprozentiger Wahrscheinlichkeit gestellt werden) hieße, hier das Feld den Legenden oder irgendwelchen Internetauftritten, z.B. rechtsradikaler Gruppierungen, zu überlassen. Es ist daher auch Aufgabe der Schule, hier fundiert und differenziert zu informieren. H. S.

Volker Ilgen/Dirk Schindelbeck: Am Anfang war die Litfaßsäule. Illustrierte deutsche Reklamegeschichte. Darmstadt (Primus-Verlag) 2006, 144 S., geb., 36 €, ISBN 3-89678-284-3.

Zwei Autoren legen ein Werk vor, das bislang gefehlt hat. Auf wenigen Seiten, aber mit einer Vielzahl repräsentativer Abbildungen wird der Leser durch die Geschichte der Reklame von der Mitte des 19. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts geführt. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt in der Zeit von 1900 bis 1945; für die Nachkriegszeit nach 1945 gibt es nur einen kurzen Exkurs, der in hochinteressanter Weise Kontinuitäten zwischen den dreißiger und frühen vierziger Jahren und der frühen Bundesrepublik aufzeigt. Plakativ formuliert kommen die beiden Autoren zu der Erkenntnis, dass die Werbe-Ästhetik des Wirtschaftswunders sich auf die Zeit der Weimarer Republik bzw. der nationalsozialistischen Diktatur stützte. Die junge Bundesrepublik zeigte sich in jenen Jahren noch relativ unbeeindruckt gegenüber angelsächsischen Vorbildern: Das änderte sich erst seit Ende der sechziger Jahre grundlegend, was nicht zufällig mit dem Ausscheiden einer ganzen Generation von Werbern verbunden war. Ein schönes Beispiel für diese Kontinuität ist die „Entnazifizierung“ einer Werbefigur, die in dem besprochenen Band am Beispiel des Salamander-Lurchis in einem Exkurs untersucht wird.

Neben der Qualität der Abbildungen überzeugt die Qualität der Analyse, die den vorliegenden Band nicht nur zu einer Sammlung mehr oder weniger eindrucksvoller (oder gelungener) Werbe-Abbildungen macht, sondern den Anspruch einer „Reklamegeschichte“ einlöst. Zeittypische Strömungen und auch entsprechende Verschränkungen mit der politischen Entwicklung lassen sich so erkennen, Kontinuitäten verdeutlichen (wie das obige Beispiel zeigt). Der vorliegende Band, in wunderbarer Ausstattung und Qualität, schmückt nicht nur eine historische Bibliothek, sondern bringt auch mittels Farbfolie eine Bereicherung des Geschichtsunterrichtes. (Ein schönes Beispiel: Die Anzeigen der Knabenanzugsfirma Bleyle eignen sich punktgenau zur Verdeutlichung der Marinebegeisterung des späten Kaiserreiches, des Frauenbildes sowie der Ikonographie einer unbeschwerten Kindheit.) H. S.

Anne Kolb (Hrsg.): Herrschaftsstrukturen und Herrschaftspraxis. Konzepte, Prinzipien und Strategien der Administration im römischen Kaiserreich. Berlin (Akademie-Verlag) 2006, 380 S., geb., 69,90 €, ISBN 3-05-004149-8.

Der vorliegende Band sammelt die Beiträge der Tagung „Herrschaftsstrukturen und Herrschaftspraxis im römischen Kaiserreich“, die vom 18. bis zum 20. Oktober 2004 an der Universität Zürich durchgeführt wurde. Anne Kolb, selbst Professorin für Alte Geschichte in Zürich, stellt einleitend fest, dass das Römische Reich seit der Antike durch die Größe des beherrschten Raumes und durch die Dauerhaftigkeit seiner Herrschaft beeindruckte. Den Gründen für den offensichtlichen Erfolg römischer Reichsherrschaft auf den Grund zu gehen, war Ziel der Tagung, deren vielfältige Einzelbeiträge in vier Kapiteln zusammengefasst werden: (1) Ziele und Strategien kaiserlicher Politik, (2) Ämter, Amtsträger und Status als Prinzipien staatlichen Handelns, (3) Kommunikation, Interaktion und Administration der Provinzgouverneure und (4) Rolle und Aufgabe der Armee in der Provinzverwaltung. Insgesamt sind so 17 Einzelaufsätze zusammengefasst, von denen acht englischsprachig und einer in Französisch verfasst ist. Diese Tatsache hat ihre Ursache in der internationalen Ausrichtung der Tagung mit einer entsprechend hohen Zahl an amerikanischen, italienischen, englischen und sogar niederländischen Teilnehmern.

Zwei Beispiele: Werner Eck untersucht unter der Überschrift „Der Kaiser und seine Ratgeber“ den inneren Zusammenhang von amici, comites und consilarii am römischen Kaiserhof und geht so der Frage nach, aufgrund welcher Ratschläge einzelne Kaiser ihre Entscheidungen gefällt haben – und wie die entsprechenden „Berater“ ausgewählt wurden. Michael Rathmann beschäftigt sich in seinem detaillierten Aufsatz „Der Statthalter und die Verwaltung der Reichsstraßen in der Kaiserzeit“ mit einem zentralen Bestandteil der Infrastruktur des Imperiums. Der vorliegende Sammelband bietet interessante Einblicke in Forschungsschwerpunkte zur römischen Kaiserzeit. Aufgrund seiner speziellen inhaltlichen Ausrichtung eignet er sich jedoch weniger für den Schulunterricht in der gymnasialen Oberstufe. Stattdessen bietet er dem interessierten Historiker Informationen über Forschungsrichtungen und Forschungsstände. H. S.

David Landes: Die Macht der Familie. Wirtschaftsdynastien in der Weltgeschichte. München (Siedler Verlag) 2006, 480 S., geb., 24,95 €, ISBN 978-3-88680-676-8.

Der führende amerikanische Wirtschaftshistoriker David Landes legt wenige Jahre nach seiner gelungenen Überblicksdarstellung „Wohlstand und Armut der Nationen“ (1999 ebenfalls bei Siedler auf Deutsch erschienen) ein völlig anders konzipiertes Werk vor: Zehn Wirtschaftsdynastien aus den Bereichen Banken, Automobile und Rohstoffe werden vorgestellt und die Entwicklung der von ihnen gegründeten und weiter geprägten Unternehmen nacherzählt. Die Auswahl beschränkt sich dabei nicht nur auf amerikanische und englische Familien: Mit den Rothschilds ist eine europaweit agierende Familie dabei, für Italien steht die Firma Fiat, Peugeot, Renault und Citroen beziehen Frankreich ein und mit Toyota wird auch ein Blick auf Japan geworfen. Abgesehen von der ursprünglich aus Frankfurt kommenden Rothschild-Dynastie wird keine der großen deutschen Unternehmerfamilien behandelt; somit erlaubt das Buch auch keine Erkenntnisse über die Besonderheiten deutscher Unternehmensgeschichten.

Aber der Blick über die eigenen Landesgrenzen ist für den deutschen Leser hochinteressant: So ist die Geschichte der Barings zugleich eine Geschichte der frühen eu-

ropäischen Hochfinanz, mit den Morgans lässt sich die wirtschaftliche Dynamik der Vereinigten Staaten im 19. Jahrhundert nachempfinden und schließlich zeigt das Beispiel Ford, wie ein Patriarch ein milliardenschweres Unternehmen im Guten wie im Schlechten bis heute zu prägen in der Lage ist. Eine zentrale Erkenntnis aus dem vorliegenden Buch ist es, dass Einzelpersonen eben doch prägend für die Wirtschaftsgeschichte sein können – genauso wie Einzelpersonen im politischen Raum. Vielleicht ist es sogar die Absicht von Landes, mit seiner Darstellung auf die Bedeutung des Individuums bzw. einer Familie hinzuweisen und vor einer Blickverengung auf strukturgeschichtliche Aspekte zu warnen. Das vorliegende Buch, das ein Alterswerk ist (David Landes ist 1924 geboren worden), ist in Teilen sehr kurzweilig und amüsant, in anderen Teilen aber auch etwas langatmig geschrieben. Insgesamt kann es empfohlen werden, besonders da es für den Unterricht auch die eine oder andere Anekdote enthält, die bekanntlich nicht nur auflockernd wirken, sondern auch nach dem Schulabschluss im Gedächtnis bleiben. Um ernsthafter zu sein: Das vorliegende Buch ermöglicht einen Blick auf Wirtschaftsgeschichten und –traditionen anderer Länder, besonders der angelsächsischen Welt, und ist damit lesenswert. H. S.

Marcus Llanque/Herfried Münkler (Hrsg.): Politische Theorie und Ideengeschichte. Lehr- und Textbuch. Berlin (Akademie-Verlag) 2007, 480 S., geb., 29,80 €, ISBN 978-3-05-002954-2.

Neben den großen und bereits klassischen Überblicksdarstellungen zur Geschichte des politischen Denkens (etwa von Fenske/Mertens/Reinhard/Rosen oder von Lieber) behauptet sich das jüngst von den Berliner Politikwissenschaftlern Llanque und Münkler herausgegebene Lehr- und Textbuch durch eine völlig eigenständige Konzeption. Es handelt sich hier um ein Quellenbuch, das durch längere Darstellungstexte ergänzt wird. Geboten bekommt der/die Leser/in kurze und prägnante Auszüge aus einem riesigen Fundus an Schlüsseltexten der politischen Ideengeschichte (von Philosophen wie Aristoteles, Kant, Hegel, Habermas, Foucault; Soziologen wie Durkheim, Elias, Weber, Luhmann; Juristen wie Schmitt, Kelsen, Leibholz, Smend; Politikwissenschaftlern wie Fraenkel, Sternberger; Ökonomen wie Sombart, Olson; Dichtern wie Schiller, Milton, Orwell etc. pp.).

Die originelle und benutzerfreundliche Konzeption des Lehr- und Textbuches zeigt sich vor allem in der Anordnung der Quellentexte. Hierbei wird zunächst systematisch verfahren: Die Textauszüge werden Themenkomplexen zugeordnet, die in ihrer Gesamtheit der Vielgestaltigkeit des Politischen Rechnung tragen (I. Das Politische: Grundmodelle des Politischen zwischen Ordnung und Konflikt; II. Politisches Handeln und politische Akteure; III. Politische Institutionen; IV. Politische Normen). Jeder Themenkomplex wird dabei erneut in thematische Abschnitte untergliedert. Einleitungstexte dienen dazu, die präsentierten Textauszüge ideen- und problemgeschichtlich zu kontextualisieren. Die Kapitel und Abschnitte werden abschließend mit Literaturhinweisen versehen. Innerhalb der thematisch gegliederten Kapitel sind die Quellentexte chronologisch angeordnet. Durch diese Konzeption ist es dem/der Leser/in möglich, ideengeschichtliche Quellentexte zu ganz spezifischen Frage- und Problemstellungen zu finden. Ein ausführlicher Registerapparat (Personen, Biographien, Quellennachweise) runden dieses benutzerfreundliche Buch ab. Für den Politik- und Geschichtsunterricht (v.a. der Sekundarstufe II) ist dieses Lehr- und Textbuch aus zwei Gründen besonders nützlich: Erstens ermöglicht es den Zugriff auf wesentliche ideengeschichtliche Quellen (und damit auf zentrale Standpunkte und Argumente) zu den bestimmenden Grundsatzfragen und –problemen des

Politischen und zweitens liefert es diese Quellentexte in ‚mundgerechten Portionen‘ – kaum ein Quellentext ist länger als eine Buchseite.

Mit Hilfe dieses Buches lassen sich also fast alle Themenfelder des Politikunterrichts und die politischen Themen des Geschichtsunterrichts ideengeschichtlich und argumentativ unterfüttern.

Die Entscheidung der Herausgeber, die Quellentexte auf wesentliche Schlüsselstellen zu kürzen, bringt notwendigerweise Probleme mit sich. So geht gerade bei komplexen philosophischen Texten mitunter der für ein vertieftes Verständnis notwendige Argumentationszusammenhang verloren. Die Herausgeber reflektieren dieses Problem in der Einleitung selber und fordern den/die Leser/in auf, die präsentierten Textauszüge zum Ausgangspunkt für ein vertiefendes Selbststudium der vollständigen Texte bzw. der angegebenen Sekundärliteratur zu machen. Das Schmökern in diesem Buch macht jedenfalls geneigt, dieser Aufforderung nachzukommen – warum nicht auch einige Schülerinnen und Schüler? T. R.

Ulrich Muhlack/Oliver Ramonat (Hrsg.): Leopold von Ranke. Briefwechsel. Historisch-kritische Ausgabe. Band 1: 1813-1825. (Gesamtausgabe des Briefwechsels von Leopold von Ranke. Herausgegeben von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften durch Klaus Hildebrand.) München (Oldenbourg-Verlag) 2007, 656 S., Leinen, 79,80 €, ISBN 978-3-486-58097-6.

Leopold von Ranke (1795-1886) ist einer der Begründer der modernen Geschichtswissenschaft. Er hat mit seinem Briefwechsel ein Dokument hinterlassen, das einen unverfälschten Einblick in die Entwicklung dieses Gelehrten wie in sein intellektuelles und soziales Umfeld ermöglicht. Dem vorliegenden ersten Band sollen weitere fünf folgen, so dass alle noch vorhandenen Briefe von und an Ranke mit ihrem philologisch korrekten Text einschließlich eines wissenschaftlichen Kommentars erfasst werden. Der erste Band führt von der Leipziger Studienzeit Rankes über die Ausarbeitung des historiographischen Erstlingswerks von 1824 bis zum Antritt der außerordentlichen Geschichtsprofessur in Berlin.

Die Briefe bieten somit einen tiefen Einblick in das Denken eines Mannes, der Geschichte als Wissenschaft mitentwickelt hat. Sie erschließen aber auch den „Menschen“ Ranke näher und ermöglichen es somit, tief in das frühe 19. Jahrhundert „einzutauchen“. Es ist der Fritz Thyssen Stiftung sowie der Deutschen Forschungsgemeinschaft für die Förderung dieser Edition zu danken; den Herausgebern ist ausdrücklich für die sorgfältige Erschließung und Kommentierung der Briefe zu danken. Es bleibt zu hoffen, dass das Werk wie geplant abgeschlossen werden kann. H. S.

Merith Niehuss: Zwischen Seifenkiste und Playmobil. Illustrierte Kindheitsgeschichte des 20. Jahrhunderts. Darmstadt (Primus-Verlag) 2007, 160 S., geb., 24,80 €, ISBN 978-3-89678-597-8.

Sie sind offensichtlich in Mode: Die „Illustrierten Geschichten ...“. Der besprochene Band bietet einen Überblick über die „Kindheitsgeschichte“ von 1900 bis 2000, aufgeteilt in die Großkapitel „Arme Kinder – reiche Kinder (1900-1933)“, „Kinder im Nationalsozialismus (1933-1945/48)“ und „Kindheit in der Bundesrepublik und DDR (1949-2000)“. Im Mittelpunkt der einzelnen Kapitel stehen dabei die Erziehungsansprüche von Eltern und Gesellschaft, besonders der Schule. Insofern enthält das Buch auch eine (sehr kurze) Schulgeschichte des 20. Jahrhunderts. Wie kommt es zu dieser Gewichtung? Die Autorin schreibt einleitend, dass hier die Quellenlage von

großer Bedeutung sei. Eine „Geschichte“ der Kindheit sei allein deshalb schwierig zu schreiben, weil es die klassischen Textquellen eigentlich nicht gebe, denn die Kinder selbst schrieben ihre Geschichte nicht. Stattdessen gebe es umfassende autobiographische Zeugnisse, Berichte von Eltern über ihre Kinder und natürlich das Quellenmaterial aus dem Erziehungs- und Schulbereich. Für das 20. Jahrhundert sei die Zeit der nationalsozialistischen Diktatur am besten dokumentiert, sowohl von der Seite der Kindheitsforschung als auch aus der Sicht der zur Verfügung stehenden Quellen. Dagegen gebe es für die Weimarer Republik oder für die frühe Bundesrepublik nur wenige geeignete Quellen, erst die Auflösung der DDR habe für die Kindheitsgeschichte der DDR wiederum vielfältiges Material „hervorgebracht“, indem entsprechende autobiographische Zeugnisse verfasst worden seien. Merith Niehuss, Professorin für Neuere Geschichte an der Universität der Bundeswehr in München, legt trotz dieser schwierigen Quellenlage einen Gesamtüberblick vor, der den Anspruch erhebt, Kindheit im ganzen 20. Jahrhundert im Überblick darzustellen und mit Bildmaterial zu illustrieren. Kritisch ist zu fragen, warum das Bildmaterial lediglich illustrativen Charakter haben soll? Gerade angesichts der von der Autorin skizzierten Quellenlage könnte das Bildmaterial eine Schlüsselstellung für eine Kindheitsgeschichte des 20. Jahrhunderts haben. Dieses Ziel wird in dem besprochenen Band leider nicht erreicht: Bereits die wenig aussagekräftigen und eher plakativen Legenden (in der Regel ohne Herkunftsnachweise und ohne vertiefende Erläuterungen) enttäuschen hier. Im Mittelpunkt des Buches steht daher der Verfasserstext, der einen soliden Grundüberblick über die Erziehungs- und Schulgeschichte des zwanzigsten Jahrhunderts bietet, leider aber auch nicht mehr. Eigentlich müssten zwei Bücher erscheinen: Erstens eine ausführliche Kindheitsgeschichte in Textform mit wesentlich mehr Volumen als in dem vorliegenden Band und zweitens ein entsprechender Band mit Fotografien und anderen Illustrationen, die jede für sich genommen erläutert und ausgewertet werden. H. S.

Elisabeth Noelle-Neumann: Die Erinnerungen. München (Herbig Verlag) 2006, 319 S., geb., 24,90 €, ISBN 978-3-7766-2485-4.

Elisabeth Noelle-Neumann, die am 19. Dezember 2006 ihren 90. Geburtstag gefeiert hat, gehört zu den wenigen Frauen, die seit den fünfziger Jahren in der politischen Landschaft der Bundesrepublik Deutschland einen erheblichen Einfluss hatten. Bis in die siebziger Jahre hinein war Frau Noelle-Neumann mit dem 1947 gegründeten „Institut für Demoskopie Allensbach“ eher im Hintergrund tätig, seitdem stand sie selbst jedoch als Persönlichkeit sehr im Fokus öffentlicher Berichterstattung und (in der Regel) kontroverser Diskussionen.

Das vorliegende Buch ist keine reine Autobiographie. Es besteht gleichsam aus zwei Teilen. Zunächst schildert Frau Noelle-Neumann ihre Kindheit, Jugend und ihre frühen Erwachsenenjahre bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Vergleichbare Erinnerungen sind in den letzten Jahren von unterschiedlichsten Persönlichkeiten vorgelegt worden (so zuletzt von Joachim Fest); Frau Noelle-Neumanns Bericht bietet keine überraschenden und neuen Informationen, sondern fügt sich entsprechend ein. Interessant ist eher die persönliche Sicht der Dinge, insbesondere die Unangepasstheit und Eigensinnigkeit, die sich durch das gesamte Buch ziehen und gleichsam den Schlüssel zu der Person Elisabeth Noelle-Neumann bilden. Wenn man der Darstellung Glauben schenkt, dann waren alle Erziehungsversuche der Eltern angesichts einer unabhängigen Persönlichkeit vertane Zeit: Frau Noelle-Neumann ist, nachdem die Schulzeit mit einer Reihe von Schulwechseln zu einem glücklichen Ende (Abitur) gebracht worden war, auch während der nationalsozialistischen Diktatur ihren Weg

gegangen, bis hin zu einem Studienaufenthalt in den USA. Als Journalistin konnte sie u.a. in der 1943 verbotenen „Frankfurter Zeitung“ unterkommen und schließlich in einem Blockhaus in der sächsischen Schweiz die Schlussphase des Krieges überdauern – nicht ohne durch Aufenthalte in Berlin und Dresden das Glück noch herauszufordern.

Nach dem Ende des Krieges begann mit der Gründung des Instituts in Allensbach der zweite Abschnitt in ihrem Leben und damit auch der zweite Teil dieses Buches: Frau Noelle-Neumann berichtet nicht nur von ihren vielfältigen beruflichen Aktivitäten nach 1945 (u.a. Institutsleitung, Politikberatung, Universitätsprofessur in Mainz, Journalistin und Buchautorin), sondern stellt die Bedeutung der Demoskopie für die parlamentarische Demokratie anhand zeitgeschichtlicher Beispiele dar und vermittelt so einen Einblick in einen wichtigen, aber immer noch häufig übersehenen Bereich der politischen Wissenschaften (mit Überschneidungen zur Soziologie und zur Mathematik).

Während der erste Teil der Erinnerungen mehr für an der Persönlichkeit Noelle-Neumann Interessierte lesenswert ist, ist dieser zweite Teil auch für den Politikunterricht in der gymnasialen Oberstufe hochinteressant und gleichsam ein Appell für eine verstärkte Einbeziehung demoskopischer Aspekte bei der Behandlung des Systems der parlamentarischen Demokratie. Ein konkretes Beispiel: Auf den S. 308-309 beschäftigt sich Frau Noelle-Neumann mit der Wirkung des Fernsehens auf die Willensbildung der Bevölkerung. Sie stellt dabei die These auf, dass der qualitative Unterschied zwischen Informationsgewinnung durch selbständiges Lesen und passives Fernsehschauen so gravierend ist, dass sich daraus eine Gefährdung unseres politischen Systems ergeben könnte: Wenn das sehr leicht oberflächliche und auch manipulative Medium Fernsehen auf eine Bevölkerungsmehrheit trifft, die nicht mehr das Lesen und damit die kritische und reflexive Distanz erlernt hat, ist die Steuerung des Wählerverhaltens leicht möglich. Das wäre das Ende unserer Demokratie. Man mag dieser oder anderen Thesen zustimmen oder sie deutlich ablehnen: So entsteht (überwiegend im zweiten Abschnitt) ein interessantes, lehrreiches und zu Diskussionen anregendes Buch, in dem sich die streitbare Persönlichkeit Elisabeth Noelle-Neumann widerspiegelt. H. S.

Rainer Pöppinghege (Hrsg.): Geschichte lehren an der Hochschule. Reformansätze, Methoden, Praxisbeispiele. Schwalbach/Ts. (Wochenschau Verlag) 2007, 216 S., Paperback, 24,80 €, ISBN 978-3-89974294-7.

Der Herausgeber dieses sinnvollen und aufschlussreichen Sammelbandes ist Privatdozent und Oberassistent am Lehrstuhl für Neueste Geschichte der Universität Paderborn und an der Universität Paderborn auch als hochschuldidaktischer Mentor tätig. Grundlage der 14 Einzelbeiträge ist eine Tagung, die im September 2005 unter dem Titel „Geschichte lehren an der Hochschule“ stattgefunden hat. Ziel der Tagung (und auch des vorliegenden Bandes) war/ist es, die Hochschullehre im Fach Geschichte zu verbessern. Diesem Ziel ist vollständig zuzustimmen: Es ist zu wünschen, dass die vielfältigen methodischen Ansätze, die das Schulfach Geschichte seit mehreren Jahren verändern, auch in der Universität ankommen. Derzeit ist es leider häufiger so, dass Schüler, die von der Beobachtungsstufe bis zur gymnasialen Oberstufe ein allgemeines und fachbezogenes Methodencurriculum kennengelernt haben, dieses so an der Universität nicht wiederfinden. Die Seminare sind sehr unterschiedlich (je nach Lehrendem) aufgebaut und strukturiert; eine systematische Vernetzung und entsprechende Standards im methodischen Bereich fehlen in der Regel.

Der vorliegende Sammelband lässt hoffen: Die zumeist jüngeren Autorinnen und Autoren entwickeln eine Reihe von Vorschlägen, die z.T. sehr konkret sind, um der oben beschriebenen Situation abzuhelpfen. Dazu gehören „Forschend lehren im Geschichtsseminar – Experimente und Erfahrungen“ (Esther-Beate Körber), „Projekte in der akademischen Lehre?“ (Karl Heinrich Pohl), „Das modulare Blockseminar“ (Simone Lässig) und vieles mehr. Es liegt somit ein interessanter und hilfreicher Sammelband vor, dem man eine breite Rezeption an den Hochschulen wünscht. H. S.

Manfred G. Schmidt: Das politische System Deutschlands. Institutionen, Willensbildung und Politikfelder. München (Verlag C. H. Beck) 2007, 552 S., 12,90 €, ISBN 978-3-406-54737-9.

Man fragt sich zunächst schon, warum es notwendig sein soll, den zahlreichen guten und bewährten Einführungen in das politische System der Bundesrepublik Deutschland (Sontheimer/Bleek, Hesse/Ellwein, Rudzio, Glaeßner, Jesse) eine weitere an die Seite zu stellen. Betrachtet man jedoch das neue Buch des Heidelberger Politikwissenschaftlers Manfred G. Schmidt näher, so stellt man fest, dass es eine durchaus attraktive Ergänzung zu den bisherigen Standardwerken darstellt.

Das liegt vor allem an der konzeptionellen Ausrichtung dieser umfangreichen Überblicksdarstellung. Konzentrieren sich die herkömmlichen Einführungen auf die institutionelle (*polity*) und prozessuale Ebene (*politics*) des politischen Systems, so integriert Schmidt auch die Inhaltsebene (*policy*) der Politik in Deutschland. Der Einbezug der empirischen Politikwissenschaft und der Policyforschung, Bereiche, in denen der Autor selber zu den maßgeblichen Akteuren in Deutschland zählt, zeigt sich bereits im ersten Teil des Bandes („Politische Institutionen, Akteure und Willensbildung“) in Ausführungen zum Wählerverhalten sowie in der Darstellung der inhaltlichen Ausrichtung (Policy-Positionen) der Parteien.

Vor allem aber im zweiten Teil des Buches („Politikfelder“) erweist sich die Neuartigkeit und Ergiebigkeit dieser Einführung: In sieben Kapiteln werden die wesentlichen Politikfelder (u.a. Außenpolitik, Staatsfinanzen, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Umweltpolitik) vorgestellt und analysiert. Im abschließenden dritten Teil („Bilanz“) untersucht Schmidt, unter Einbezug des gegenwärtigen Standes der Performanzforschung, „Leistungen und Mängel der Politik in Deutschland“.

Diese neue Einführung kann für den Politikunterricht gerade deswegen interessant sein, weil sie nicht nur ‚trockene Institutionenkunde‘ bietet, sondern auch empirische Forschungsergebnisse zur Leistungsfähigkeit institutioneller Arrangements liefert und inhaltliche Positionen von Akteuren (z.B. Parteiprogramme) bündig und systematisch zusammenfasst. Als Nachschlagewerk für Schülerinnen und Schüler in der Schulbibliothek und zur Vorbereitung von Referaten ist dieses Buch sicher empfehlenswert. T. R.

Jörg Schwarz: Das europäische Mittelalter I. Grundstrukturen, Völkerwanderung, Frankenreich. (Michael Erbe (Hrsg.): Grundkurs Geschichte). Stuttgart (Kohlhammer-Verlag) 2006, 136 S., kart., 16 €, ISBN 3-17-018972-7.

Derselbe: Das europäische Mittelalter II. Herrschaftsbildungen und Reiche 900-1500. (Michael Erbe (Hrsg.): Grundkurs Geschichte). Stuttgart (Kohlhammer-Verlag) 2006, 236 S., kart., 20 €, ISBN 3-17-019719-3.

Karen Piepenbrink: Das Altertum. (Michael Erbe (Hrsg.): Grundkurs Geschichte.) Stuttgart (Kohlhammer-Verlag) 2006, 252 S., kart., 20 €, ISBN 3-17-018971-9.

Im Kohlhammer-Verlag ist aus der Reihe „Grundkurs Geschichte“ der Band zum europäischen Mittelalter erschienen, der aus praktischen Gründen (so der Herausgeber Michael Erbe) in zwei Teilbände aufgeteilt worden sei. Damit rücke auch die Auflösung des römischen Reiches neu ins Bild, ohne dass die klassische mittelalterliche Kaisergeschichte aus dem Blickfeld vernachlässigt werde. Die beiden schmalen und handlichen, sehr schön gestalteten Bände wurden von Dr. Jörg Schwarz, Wissenschaftlicher Assistent am Seminar für Mittelalterliche Geschichte des Historischen Instituts der Universität Mannheim, verfasst. In ihnen sind bereits mehrjährige Erfahrungen bei der Abhaltung propädeutischer Lehrveranstaltungen im Rahmen der bereits seit 2000 an der Universität Mannheim bestehenden „gestuften“ Studiengänge eingeflossen, insbesondere des Studiengangs „Geschichte: Kultur – Gesellschaft – Wirtschaft“ mit dem Abschluss Bachelor of Arts.

Was fällt auf? Die beiden Bände haben eine aufgelockerte Gestaltung: Auf jeder Doppelseite befindet sich der Verfassertext links, die rechte Seite dagegen ist vollständig für Abbildungen, Quellen (in Übersetzung), Karten und Ergänzungen reserviert. Damit wird erstens dazu animiert, in dem Band zu blättern, Informationen hier und da aufzunehmen. Das Interesse für vielfältige Zusammenhänge wird geweckt und damit auch der Blick auf den jeweils links abgedruckten Verfassertext gerichtet. Auch dieser ist so deutlich untergliedert, dass er gut in Teilen gelesen werden kann. Die beiden Bände sind aber, um einem Missverständnis vorzubeugen, nicht oberflächlich, sondern bieten genau das, was sie versprechen: eine wissenschaftliche Einführung – jedoch auch nicht mehr. Ihre Offenheit und leichte Zugänglichkeit lassen sie auch für den Einsatz in der gymnasialen Oberstufe als geeignet erscheinen: Schüler können sich die entsprechenden Bände als Ergänzung anschaffen und so eine gute Grundlage für z.B. eine erweiterte Abiturvorbereitung erhalten. Besonders zur Vorbereitung eines Geschichtsstudiums sind die beiden Bände empfehlenswert. Auch der Geschichtslehrer kann schnell präzise Begriffsbildungen nachschlagen oder Beispiele für mittelalterliche Merkmale finden.

In der gleichen Reihe ist ein Band zum Altertum erschienen, der in seinem Gesamteindruck den beiden Bänden zum Mittelalter entspricht. Damit ist das dort abgedruckte Lob voll zu übertragen. Auch die Konzeption ist vergleichbar. Für den Altertum-Band, der die griechische und römische Geschichte bis zum Ende der Spätantike umfasst, ist besonders die Quellenauswahl positiv hervorzuheben, durch die die Darstellung hervorragend ergänzt wird und dem Studierenden exemplarisch die Aussagekraft von Quellen vorgeführt wird. Diese Konzeption, insbesondere die Kürze der Darstellung, empfiehlt diesen Band (genau wie die beiden Mittelalterbände) auch für den Einsatz in der gymnasialen Oberstufe bzw. als Anschaffung für Schüler, die z.B. eine Abiturprüfung in Geschichte anstreben.

Sicher lässt sich an dem einen oder anderen Kritik äußern. Insbesondere die aufgelockerte Aufmachung der beiden Bände lässt den Platz für den Verfassertext schwinden und damit auch die eine oder andere wichtige Information. Nur: Vertiefte Informationen zu konkreten Fragen lassen sich verhältnismäßig einfach in einer Vielzahl von Darstellungen finden. Daher ist es gerade gelungen, dass diese Einführung so kurz gefasst ist und einen so guten Zugang ermöglicht. Auf weitere Bände der Reihe kann man gespannt sein. H. S.

Harald Siebler (Hrsg.): GG 19. 19 Grundrechte. 19 gute Gründe für die Demokratie. Hildesheim (Gerstenberg-Verlag) 2007, 144 Seiten mit zahlreichen Filmbildern, Broschur, 12,90 Euro, ISBN 978-3-8067-5150-5.

Der Film „GG19“ ist eine filmische Reise durch Deutschland, durch 19 Städte, 19 Grundrechte und 19 Geschichten auf der Suche nach der Demokratie. Er ist auch ein Experiment, einen Film auf möglichst demokratische Art zu machen, ein Versuch, scheinbar Abstraktes emotional erlebbar zu machen, eine Auseinandersetzung mit den unterschiedlichsten Menschen aus Kultur, Wirtschaft und Politik und er ist eine Einladung zum Mitmachen, Mitreden und Mitdendrinsein. In 19 Episoden wird das Verhältnis von Bürger und Grundrechten am konkreten Beispiel nachvollzogen. Der Film ist dabei nicht als „paragraphentrockener Lehrfilm“ gedreht, sondern er ist ein Versuch, die einzelnen Artikel emotional erlebbar (!) zu machen und zu Auseinandersetzungen anzuregen.

Zu diesem Film, der zu seinem Start Mitte 2007 leider so gut wie keine Resonanz außerhalb der überregionalen Feuilletons erzielte, ist im Gerstenberg-Verlag ein hilfreiches Filmbuch erschienen, das die Reise durch die ersten 19 Artikel des Grundgesetzes für Lehrkräfte erleichtert: Tatsächlich ist der Film selbst so lang, dass insbesondere Mittelstufenklassen leicht überfordert werden (siehe die folgende Filmkritik). Die einzelnen Episoden sind jedoch von einer sehr geeigneter Länge für den Unterricht und daher ist zu hoffen, dass entsprechende Lehrfilme bald verfügbar sind. Die Idee für den Film (und ihre Umsetzung) ist fantastisch: Für einen Verfassungspatrioten können so die zentralen ersten Artikel unseres Grundgesetzes lebendig und kontrovers gestaltet werden. Das Filmbuch (und der Film in Unterrichtsform oder mit Kinobesuch für einen Oberstufenkurs nach inhaltlicher Vorbereitung) ist sehr empfehlenswert. H.S.

Eine Filmkritik zum Kinofilm GG19:

Mit Hilfe von 25 Drehbuchautoren, 19 Regisseuren, sowie einigen bekannten Schauspielern (z.B. Kurt Krömer und Anna Thalbach) hat der Berliner Regisseur und Produzent Harald Siebler einen 149minütigen Film zum Thema der 19 Grundrechte erstellt. Die 19 Grundrechte werden dabei in einem jeweils eigenen Abschnitt anhand von Beispielen, die Teils leicht komödiantisch dargestellt werden, erklärt.

Das Motto des Films lautete „19 Gründe für die Demokratie“.

Für die 19 Abschnitte, die in ihren Grundartikeln als kurze Abschnitte geschrieben sind, wird in „GG19“ ein hoher Aufwand betrieben. Teilweise wirken einige Darstellungen wie gewollt, aber nicht richtig in die Tat umgesetzt.

So zum Beispiel der 19. Artikel, in dem es um einen Würstchenverkäufer geht, der seines Jobs entledigt wird und versucht, Widerspruch einzulegen. Dabei beruft er sich auf die verschiedenen Instanzen, doch niemand kann ihm helfen, bis er in der dritten Instanz seinen Job auf nicht ganz geklärte Weise wiederbekommt.

In diesem Artikel sollte das Gesetz des Widerspruchs dargestellt werden, es hätte allerdings anders präsentiert werden müssen, denn ein Zusammenhang mit den beiden Wächtern, den Räumlichkeiten, sowie die verschiedenen Personen ergeben für mich keinen Sinn im Zusammenhang mit dem Gesetz.

Ebenfalls ein wenig „ungenügend“ dargestellt ist der 15. Artikel (Vergesellschaftung von Grund und Boden), in dem ein Großteil der Handlung unschlüssig ist, und gerade für die Zielgruppe im Verborgenen bleibt.

Eine Darstellung sticht besonders heraus, so ist der 1. Artikel („Adrenalin Flash“), in dem ein Mann einem skrupellosen Peiniger ausgesetzt wird, doch später erfährt, Ge-

genstand einer Fernsehshow gewesen zu sein, gut dargestellt und für jeden Kinobesucher leicht nachzuvollziehen, da dieser Artikel natürlich auch mit Action dargestellt ist. Es ist einfacher, diesen Artikel zu verstehen.

Insgesamt ist der Film zu lang, da die meisten Artikel eine hohe Konzentration erfordern, so wäre es vielleicht sinnvoller gewesen, einige weniger wichtigere Artikel sehr viel kürzer darzustellen. So wäre es ebenfalls gut gewesen, ein wenig mehr Ernsthaftigkeit mit in den Film hineinzubringen, da der Film schließlich auch über ein ernstes Thema berichtet und dieses zu vermitteln versucht, so hat der Film in gewisser Weise sogar eine verantwortungsvolle Stellung. (Palle S. Helmke, Klasse 9a, Albert-Schweitzer-Gymnasium (Hamburg))

David Stevenson: Der Erste Weltkrieg. Düsseldorf (Artemis & Winkler) 2006, 799 S., geb., 39,90 €, ISBN 978-3-538-07214-5.

Das vorliegende Werk ist das Resultat einer mehr als zwanzigjährigen Beschäftigung mit dem Ersten Weltkrieg. Der Verfasser, David Stevenson, lehrt als Professor für Internationale Geschichte an der London School of Economics. Das fast 800 Seiten umfassende Werk, das von Harald Ehrhardt und Ursula Vones-Lieenstein übersetzt wurde, hat einen erschöpfenden und zugleich progressiven Charakter: Erschöpfend ist die Fülle an Details, Zusammenhängen und Aspekten, die in den einzelnen Abschnitten ausgebreitet werden. Progressiv sind eine Reihe neuerer Bewertungen, die liebgewonnene Ansichten erschüttern. (Wobei offenzuhalten bleibt, welche Deutung sich schließlich durchsetzen wird.)

Ein Beispiel: Die Entscheidung für die Wiederaufnahme des uneingeschränkten U-Boot-Krieges zum 1. Februar 1917 und damit die Inkaufnahme des Kriegseintrittes der USA wird von Stevenson klar und pointiert (hier allerdings nicht revolutionär neu) bewertet: „Wie bereits 1914 forcierte Berlin das Problem und setzte alles auf eine Karte, anstatt zu warten und auf eine Verbesserung der Situation zu hoffen. Diese Parallelen sind wichtig, denn es war genau diese Bereitschaft zu derartigen Maßnahmen, die das kaiserzeitliche Deutschland so gefährlich für seine Nachbarn machte und letztlich zu seinem Sturz führte. (...) Wie auch immer die Wahrheit über den Ausbruch des Krieges im Jahr 1914 aussehen mag: Die Verlängerung des Krieges im Jahr 1917 war keineswegs ein Zufall“ (S. 318).

Das Buch zeigt in seiner Lebendigkeit, wie aktuell der Erste Weltkrieg in Großbritannien weiterhin ist und wie somit seine überragende Bedeutung für die Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts berücksichtigt wird. Demgegenüber fällt die deutsche Forschung weit zurück: Seit den kontroversen Auseinandersetzungen der fünfziger und sechziger Jahre (Stichwort „Fischer-Zechlin-Kontroverse“) ist der Erste Weltkrieg an den Rand der Forschung gerückt und damit verharrt die deutsche Forschung auch bei den damals erreichten Perspektiven. Diese Bestandsaufnahme bezieht sich ausdrücklich nicht auf Einzelstudien und spezialisierte Untersuchungen: Was in Deutschland offensichtlich fehlt, ist die große Synthese, die auch öffentlich wahrgenommen wird. Insofern ist dem Artemis-Verlag dafür zu danken, das vorliegende Standardwerk auch auf Deutsch zu publizieren und damit u.a. für den Geschichtsunterricht neue Perspektiven jenseits der seit Jahrzehnten im Unterricht behandelten Kriegsschuldkontroverse zu eröffnen. Das vorliegende Buch sollte daher in keiner gutsortierten Schulbibliothek fehlen und insbesondere für Schüler der Oberstufe zugänglich sein, um so zu eigenständigen Arbeiten anzuregen. Vielleicht kann es so auch gelingen, den Ersten Weltkrieg neu für den Geschichtsunterricht zu entdecken – mit erweiterter Perspektive. H. S.

Karl-Wilhelm Weeber: Luxus im alten Rom. Die öffentliche Pracht. Darmstadt (Primus-Verlag/WBG) 2006, 184 S., geb., 39,90 €, ISBN 3-89678-296-7.

Karl-Wilhelm Weeber ist durch eine Reihe von Büchern zur römischen Alltagsgeschichte bekannt geworden, darunter das Standardwerk „Alltag im Alten Rom“ (2 Bände), aber auch so amüsante wie lehrreiche Veröffentlichungen wie „Decius war hier – Das Beste aus der römischen Graffiti-Szene“ oder „Flirten wie die alten Römer“. Er leitet das Wilhelm-Dörpfeld-Gymnasium in Wuppertal und ist Professor für Alte Geschichte an der Universität Wuppertal sowie Lehrbeauftragter für die Didaktik der Alten Sprachen an der Ruhr-Universität Bochum.

Das vorliegende Buch ist prachtvoll illustriert und optisch sehr schön gesetzt. In acht Abschnitten beschäftigt sich Weeber mit den Spielen, den Theatern, den Äquadukten, den Toilettenanlagen, den amulatores (Säulenhallen zum Flanieren), den römischen Straßen sowie der marmornen Repräsentation in Stein. Die einzelnen Themen wirken auf den ersten Blick gut bekannt und wenig aufregend. Das ändert sich jedoch schnell: Die Lektüre ist äußerst unterhaltsam, anregend und sehr oft spannend. Weeber schreibt ausgesprochen gut und vermittelt auch dem Fachmann noch neue Zusammenhänge. Besonders gelungen ist die Verknüpfung von archäologischer, historischer und philologischer Perspektive: Ausführliche Zitate, z.T. auch Nacherzählungen, lassen die öffentliche Pracht Roms und ihre Nutzer lebendig werden. Das Buch ist nicht nur eine anregende Lektüre (und ein gutes Gastgeschenk), sondern gibt auch viele Anekdoten und hilfreiche Informationen („Wie war das?“) für den konkreten Geschichtsunterricht, gerade für den Anfangsunterricht in der Klassenstufe 6. H. S.

David Wetzel: Duell der Giganten. Bismarck, Napoleon III. und die Ursachen des Deutsch-Französischen Krieges 1870-1871. Aus dem Englischen von Michael Epkenhans (= Otto-von-Bismarck-Stiftung; Wissenschaftliche Reihe; hrsg. von Lothar Gall, Bd. 7), Paderborn u.a. (Schöningh) 2005, 239 S., 19,90 €, ISBN 3-506-71791-X.

Der Historiker David Wetzel beschreibt und dokumentiert die komplexe Sachlage, die zum Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71 führte. Das von Wetzel formulierte Ziel der Arbeit ist es, entsprechend der Chronologie eine Geschichte zu erzählen, die einen Einblick in das diplomatische Geschehen dieser Zeit gewährt (S. 14). Dazu konzentriert er sich darauf, den Konflikt von 1870/71 als "Konfrontation zweier bemerkenswerter Persönlichkeiten auf engstem Raum" (S. 14) zu untersuchen. Bismarck und Napoleon III. sind die "Giganten", deren politische Handlungen den Ablauf der Krise bestimmten. Diesem personengeschichtlichen Ansatz folgend stehen sowohl die beiden Akteure als auch ihr jeweiliges politisches Umfeld im Mittelpunkt der Analyse. Darüber hinaus bezieht Wetzel auch die durch die Presse geprägte öffentliche Meinung und die "in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts vorherrschenden Weltanschauungen und Mentalitäten" (S. 9) in seine Untersuchung mit ein.

Interessant an Wetzels Darstellung ist, dass er keineswegs in Bismarck die treibende Kraft für den Krieg sieht, sondern in der französischen Führungsspitze. So schließt die Monographie wie folgt: "Die Wahrheit ist, dass die Regierenden in Frankreich in einen Krieg hineintappten, der ihnen nicht unwillkommen war, und Bismarck, obwohl er überrascht war, verwandelte diesen Fehler in einen Vorteil für sich" (S. 210).

Obwohl man Wetzels traditionellem Verständnis von Geschichte, demgemäß "große Männer" Geschichte machen, nicht unbedingt folgen muss, ist sein Buch eine über-

aus interessant erzählte Diplomatie- und Ereignisgeschichte, die als lesenswerte Darstellung der Ursachen des Deutsch-Französischen Krieges 1870/71 zur Einführung lohnt. A. B.

Edgar Wolfrum: Die 60er Jahre. Eine dynamische Gesellschaft. Darmstadt (Primus-Verlag) 2006, 143 S., geb., 29,90 €, ISBN 3-89678-567-2.

Edgar Wolfrum: Die 70er Jahre. Republik im Aufbruch. Darmstadt (Primus-Verlag) 2007, 143 Seiten, geb., 29,90 €, ISBN 3-89678-568-0.

Die Wissenschaftliche Buchgesellschaft (und damit auch der Primus-Verlag) veröffentlicht seit kurzer Zeit die Reihe „Deutschland im Fokus“, in der nicht Texte, sondern Bilder im Mittelpunkt stehen. Es handelt sich um einen Zugang zur Zeitgeschichte, welche die zunehmende Bedeutung des Mediums Fotografie für die Rezeption von Zeitgeschichte ernst nimmt. Dabei gilt: Fotos sind häufig nur scheinbar ein Ausdruck des Authentischen, sie werden häufig inszeniert und verlangen daher eine Interpretation. Zudem sind sie eine Momentaufnahme und müssen zwangsläufig in Entwicklungsprozesse eingeordnet werden. Daher sind alle Fotografien mit kurzen Texten versehen, die die Fotos beschreiben und eine Geschichte um sie herum erzählen. Hinzu kommen Einführungstexte zu den ~~Einzelnen Kapiteln~~ hier vorgestellten Bände beschäftigt sich mit den siebziger Jahren. Statt das ganze Jahrzehnt flächig zu erfassen, werden Schwerpunkte gesetzt und zu diesen jeweils eine ganze Reihe von Aufnahmen abgedruckt: Bei der Innenpolitik sind es beispielsweise die XX. Olympischen Sommerspiele in München, „Reformen und neue soziale Bewegungen“, „Von Brandt zu Schmidt“ und der RAF-Terrorismus. Weitere Hauptkapitel umfassen die Außenpolitik, die Wirtschaft und die Kultur. Bei letzterer ist auch der Sport vertreten. Der Band erweist sich als sehr sorgfältig zusammengestellt. Die ausgewählten Fotografien sind überwiegend hochwertig und gehören bereits jetzt zu den Ikonen dieses Jahrzehntes. Durch die Einbeziehung von scheinbar alltäglichen Abbildungen (so z.B. einer Tankstelle während des zweiten Ölpreisschocks) werden zeittypische Besonderheiten erfasst. Die klugen und informativen Begleittexte ermöglichen dann die weitere Einordnung. Es fällt allerdings auf, dass der Bereich „Wirtschaft“ einseitig von Krisensymptomen geprägt wird: Damit wird der Zeitgeist der siebziger Jahre augenscheinlich gut erfasst, zieht man jedoch die einschlägigen Wachstumsdaten und die entsprechenden Einkommenssteigerungen heran, so zeigt sich, dass gerade die siebziger Jahre trotz aller Krisenmerkmale noch vom wachsenden Wohlstand geprägt waren. Diese Perspektive kommt etwas zu kurz.

Das oben Geschriebene lässt sich auch auf den zweiten hier vorliegenden Band, „Die 60er Jahre. Eine dynamische Gesellschaft“, anwenden: Auch dieser Band ist sorgfältig zusammengestellt, auch hier sind die Abbildungen aussagekräftig, ja, in der Regel beeindruckend, und gut erläutert. Es bereitet ein großes Vergnügen, die Fotos anzuschauen, die Erläuterungen zu lesen und sich den Einsatz der Fotografien in Unterrichtsstunden auszumalen. Allerdings scheint auch der 60er-Jahre-Band einer klaren Tendenz zu folgen: Die Geschichte der Bundesrepublik wird sehr kritisch bewertet, keine Entwicklung wird durchgreifend positiv dargestellt. Fast scheinen „die langen Siebziger“ die so zukunftsorientierte und optimistische Zeit der sechziger Jahre zu verschatten. Ein Beispiel: Der Bereich „Wirtschaft“ enthält acht Seiten mit Abbildungen unter der Überschrift „Boom“. Diese sind aber eher abstoßend und kritisch, wie die Pommes-Frites-Produktion auf S. 76, das Nutella-Glas auf S. 83 (das auch Schweröl enthalten könnte) oder der Wühltisch im Schlussverkauf auf S. 80. Hier

wird nicht die Qualität der Aufnahmen kritisiert, sondern die z.T. einseitig wirkende Auswahl der Fotografien und deren Zusammenstellung bzw. Akzentuierung. Der Leser (oder im Sinne der beiden Bände: die Leserin) sollte die subjektive Auswahl der Abbildungen berücksichtigen und keine „Entschlüsselung“ einer Epoche erwarten. Die Qualität der einzelnen Abbildungen spricht für sich.

Edgar Wolfrum hat zwei anspruchsvolle Bücher vorgelegt, deren Abbildungen wahrhaft epochal sind und sich somit z.B. auch für Unterrichtszwecke sehr gut eignen. Zugleich zeigen die beiden Bücher, welche Bedeutung Fotografien für die Geschichtsschreibung mittlerweile haben. H. S.

Jonathan Wright: Gustav Stresemann 1878-1929. Weimars größter Staatsmann. München (DVA) 2006, 672 S., geb., 39,90 €, ISBN 3-421-05916-0.

Es ist ein gewagter Titel, mit dem diese neue Stresemannbiographie aus der Feder des englischen Historikers (und Politikwissenschaftlers) Jonathan Wright, Professor an der Universität von Oxford, erscheint: In seiner differenzierten und kritischen Einführung bezieht sich Wright auf seinen bewusst gewählten Titel, den er durch sein Buch zu verifizieren sucht. Es handelt sich um eine klassische Biographie, in der auf fast 700 Seiten das Leben Stresemanns nacherzählt und analysiert wird. Ungefähr ein Drittel der Darstellung nimmt dabei die Zeit vor dem Jahr 1923 ein, als Stresemann erst zum Kanzler und dann später zum langjährigen Außenminister avancierte; auf den folgenden 300 Seiten werden die politische Gestaltungskraft, aber auch die immer wieder auftauchenden Zweifel und die gesundheitlichen Probleme des „Vernunftrepublikaners“ Stresemann detailliert nachgezeichnet. Die vorliegende Biographie ist Ergebnis einer langjährigen und sorgfältigen Beschäftigung mit dem Thema und zielt – obwohl der Titel plakativ ist – nicht auf sensationelle neue Erkenntnisse. Im Gegenteil: Wright verweist mithilfe sorgfältiger Belege eine ganze Reihe stresemannkritischer Thesen, so z.B. ein mögliches Bündnis mit der Sowjetunion gegen Polen, in das Reich der politischen Legende. Seine Biographie zeigt auf einer sehr breiten und festen Quellenbasis die Leistungen Stresemanns auf, ohne die Zerrissenheit seiner Persönlichkeit und auch sein zentrales Ziel, die Folgen der Kriegsniederlage zu überwinden und die Großmachtstellung des Deutschen Reiches wiederzuerlangen, zu vernebeln. Auch sein langjähriges, letztlich erfolgloses Bemühen um eine stabile (Wähler-)Basis für die Republik rechnet Wright zu den Leistungen Stresemanns: Die erhoffte Veränderung der Parteienlandschaft durch die Bildung eines protestantischen Gegenstücks zur katholischen Zentrumsparterie blieb, so Wright, aus, nach seinem Tod sei Stresemanns Partei, die DVP, dem allgemeinen Trend zur Katastrophe gefolgt (S. 524). Das Fazit Wrights ist jedoch positiv: Kein Kanzler oder Außenminister seit Bismarck sei so erfolgreich gewesen wie Stresemann, und bis zu Adenauer, Brandt und Kohl sollte es auch keiner mehr sein. Und keiner der anderen habe seine Außenpolitik auf dem Boden eines derart instabilen politischen Systems wie der Weimarer Republik betreiben müssen (ebenda). Die vorliegende Biographie vermittelt fundierte Kenntnisse und ist somit als Grundlegung für den Geschichtsunterricht sehr hilfreich und kann gerade für die vielen neu eingestellten Kolleginnen und Kollegen empfohlen werden. H. S.

Kurzvorstellungen

Barbara Dölemeyer: Die Hugenotten. Stuttgart (Verlag W. Kohlhammer) 2006, 231 S., brosch., 18 €, ISBN 3-17-018841-0.

In der Reihe Urban-/Kohlhammer-Taschenbücher legt Frau Prof. Dr. Barbara Dölemeyer, die Rechtsgeschichte an der Universität Gießen lehrt und am Max-Planck-Institut für europäische Rechtsgeschichte in Frankfurt tätig ist, eine Geschichte der Hugenotten in Frankreich, ihrer Fluchtwege und Zufluchtsorte in Europa vor. Das nützliche Buch ermöglicht es somit, sich einen Überblick über die Geschichte der Hugenotten und ihrer Verfolgungen/Integration auf europäischer Ebene zu verschaffen. H. S.

Dieter Fuchs/Edeltraud Roller (Hrsg.): Lexikon Politik. Hundert Grundbegriffe. Stuttgart (Reclam Verlag) 2007, 359 S., geb., 14,90 €, ISBN 978-3-15-010628-0.

Fünf Jahre nach dem sehr gelungenen Lexikon Geschichtswissenschaft veröffentlicht der Reclam Verlag ein entsprechendes Lexikon für den Bereich der Politischen Wissenschaften. Der Vorzug dieses übersichtlichen Bändchens ist der relative Platzmangel, der die Autoren dazu gezwungen hat, sich kurz zu fassen, ohne dabei oberflächlich zu werden. Die Mehrzahl der Grundbegriffe ist auf zwei bis drei Seiten zusammengefasst und kann damit gut im Unterricht der Oberstufe eingesetzt werden. Hinzu kommt, dass das Lexikon sich bewusst auch an Nicht-Experten richtet. Ein Beispiel: Der vorzügliche Artikel „Liberalismus“, verfasst von Hans Vorländer, Professor für Politikwissenschaft in Dresden, ist sowohl für einen Politik-Grundkurs als auch für einen Geschichts-Leistungskurs gut geeignet und ermöglicht den Schülern ein fundiertes Grundverständnis. (Leider gilt das für den Artikel „Konservatismus“ nicht, der Schüler eher verwirren würde. Der Artikel „Sozialismus“ ist wiederum sehr gut einsetzbar.) Das vorliegende Bändchen eignet sich gut zur Anschaffung für die Kollegen und kann dann gezielt eingesetzt werden; auch für eine gut sortierte Schülerbücherei kann es empfohlen werden, auch wenn nicht alle Artikel wirklich oberstufengeeignet sind. H. S.

Gruner, Wolf D./Woyke, Wichard: Europa-Lexikon. Länder, Politik, Institutionen. 2., erweiterte Auflage, München (Verlag C. H. Beck) 2007, 555 S., 19,90 €, ISBN 978-3-406-49425-3,

Das in GPS 42 (2005) ausführlich vorgestellte Europa-Lexikon des Autorenpaars Wolf D. Gruner und Wichard Woyke liegt anlässlich der deutschen EU-Präsidentschaft in einer erweiterten und aktualisierten Ausgabe neu vor. Dieses nützliche Handbuch zur Europäischen Union und ihrer Geschichte bietet somit weiterhin zuverlässige Hintergrundinformationen zur Geschichte und Gegenwart des europäischen Einigungsprozesses und seiner Akteure. Durch seinen Lexikoncharakter eignet es sich besonders für einen schnellen Zugriff (und ist damit für die heutige Schülergeneration wie geschaffen), bietet aber durch seine umfassenden Beiträge mehr als oberflächliche Informationen.

Beide Verfasser betonen auch für die Neuauflage einleitend, wie wichtig es ihnen sei, Verständnis für das Verhalten von Staaten und Völkern und ihre Ursachen in einem europäischen Zusammenhang zu vermitteln und so möglicherweise Antworten auf die am 10. Oktober 1995 von Bundespräsident Herzog geäußerte Frage „Warum Europa, wie Europa, für wen Europa?“ geben zu können. H. S.

Axel Schildt: Die Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland bis 1989/90. (Enzyklopädie Deutscher Geschichte. Band 80.) München (Oldenbourg-Verlag) 2007, 156 S., brosch., 19,80 € (auch in Leinen für 34,80 € erhältlich), ISBN 978-3-486-56603-1.

Axel Schildt, Direktor der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg und als Kenner der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wohlbekannt, legt mit diesem konzentrierten, übersichtlich und inhaltsgesättigten Buch zunächst ein Nachschlagewerk vor, das schnell einen ersten Überblick über vielfältige Aspekte der Sozial-, Wirtschafts-, Bildungs-, Mentalitäts- und Familiengeschichte liefert – diese Aufzählung könnte beliebig fortgesetzt werden. Ausführlich werden auch „Grundprobleme und Tendenzen der Forschung“ sowie „Quellen und Literatur“ behandelt bzw. vorgestellt. Damit bietet das Buch nicht nur dem Studenten, sondern auch dem typischen Hamburger Gymnasiallehrer mit der doppelten Fakultas für Geschichte und für PGW („Politik, Gesellschaft, Wirtschaft“) vielfältige Hintergründe, die den Unterricht konkret bereichern. Besonders hilfreich sind die vielen konkreten Zahlen und anderen Informationen zu den unterschiedlichsten Aspekten, die einem durchaus eine aufwendigere Recherche ersparen können! H. S.

Richard Schröder: Die wichtigsten Irrtümer über die deutsche Einheit. Freiburg/Br. (Herder-Verlag) 2007, 256 S., kart., 16,90 €, ISBN 978-3-451-29612-3.

Richard Schröder, ehemaliger Fraktionsvorsitzender der SPD in der 1990 gewählten Volkskammer der DDR, später Bundestagsabgeordneter der SPD und heute Professor für Philosophie an der Humboldt-Universität sowie Verfassungsrichter im Land Brandenburg hat ein engagiertes und streitfreudiges Buch geschrieben. Ganz anders als es der Titel vermuten lässt, bricht er mit der deutschen Tradition der Dauerkritik und verfasst stattdessen ein Plädoyer für eine positivere Sicht des Vereinigungsprozesses. Hilfreich ist dabei, dass sich Richard Schröder an konkreten Vorurteilen und Kritikpunkten abarbeitet und diese ausführlich diskutiert. Beispiele: „Die Verhältnisse in der DDR waren gerechter als heute“, „Die Ostdeutschen haben nie richtig arbeiten gelernt“, „Der Osten ist ein Jammertal“, „Der Osten ist rechtsextrem und ausländerfeindlich“, „Die Währungsunion kam zu früh“. Man muss nicht immer mit dem Autor einer Meinung sein, um festzustellen, dass dieses Buch gerade als Nachschlagewerk für Argumente hilfreich ist und dabei der derzeitigen Legendenbildung entgegenwirkt. Für den Unterricht eine interessante Ergänzung, insbesondere da es sich bei diesem Buch gleichsam um einen „Zeitzeugenbericht“ handelt. H. S.

Die Französische Revolution. Freiheit – Gleichheit – Brüderlichkeit. Text von Hans-Ulrich Thamer, Illustrationen von Michael Welply. Hildesheim (Gerstenberg-Verlag) 2007, 47 S., Großformat, Hardcover, 12,90 €, ISBN 978-3-80674868-0.

In der Reihe „Geschichte erleben: Gerstenberg visuell“ ist ein Band über die Französische Revolution von 1789 erschienen, der von der Vorgeschichte der Revolution bis zum Beginn der Alleinherrschaft Napoleons reicht. Das Buch folgt konsequent dem Doppelseitenprinzip und ist bunt illustriert. Dabei sind Zeichnungen von Michael Welply mit bekannten zeitgenössischen Illustrationen und Bildern verknüpft worden. Leider werden zu den Abbildungen keine Legenden abgedruckt, so dass Original und heutige Zeichnung für den Laien, und an diesen wendet sich das vorliegende Buch, nicht zu unterscheiden sind. Der Textanteil ist naturgemäß nicht sehr hoch, aber

auch längst nicht so gering, wie es denkbar wäre: Insgesamt kommt so durchaus eine ansprechende Summe an Text mit einer entsprechenden Menge an Informationen zusammen. Insgesamt ein brauchbares Werk für Jugendliche, das nur leider der Imagination wenig Raum lässt (Zeichnungen!) und gar keine quellenkritischen Ansätze enthält. H. S.

Zu diesem Buch schreibt Lisa Aref aus der Klasse 8b des Albert-Schweitzer-Gymnasiums in Hamburg:

„Das Buch über die Französische Revolution ist sehr schön gestaltet. Es hat mir gut gefallen. Die Texte sind nicht zu schwierig und für Schüler verständlich gemacht. Durch die zahlreichen Bilder ist das ganze Thema ein wenig aufgelockert und wirkt nicht wie ein langweiliges Geschichtsbuch, in dem man mit Jahreszahlen und komplizierten Fakten zugeschüttet wird. Durch die guten Illustrationen könnten Schüler dazu angeregt werden, sich dieses Buch anzugucken. Es ist informativ und gleichzeitig interessant gemacht und könnte somit dazu verleiten, sich näher mit dem Thema der Französischen Revolution zu beschäftigen.

Ich kann dieses Buch allen empfehlen, die keine Lust haben, sich trockene Geschichtsbücher durchzulesen, aber trotzdem an dem Thema nicht ganz uninteressiert sind.“

Christine Gundermann: Jenseits von Asterix. Comics im Geschichtsunterricht. Schwalbach/Ts. (Wochenschau Verlag) 2007, 224 S., brosch., 14,30 €, ISBN 978-3-89974299-2.

Christine Gundermann, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Friedrich-Meinecke-Institut der FU Berlin, legt ein interessantes Buch vor, das sich nicht in geschichtstheoretischen Analysen erschöpft: Der Leser erfährt zunächst Fundiertes über die „Geschichte des Comics“, seines Aufbaus und seiner Funktion und auch über „Möglichkeiten der Simulation von Geschichtsbewusstsein durch Comics“. Dann beginnt der praktischere Teil des Buches: Frau Gundermann (und Mitautoren) präsentieren eine Reihe von konkreten Unterrichtserfahrungen und –vorschlägen, die von der Klassenstufe 5/6 bis zur Studienstufe reichen. Das Buch zeigt, dass sich auch Comics als Medium historischen Unterrichts eignen, insbesondere wenn die Schüler selbst Comics erstellen sollen! (Dazu sind in dem Band konkrete „Handreichungen zum Comiczeichnen im Unterricht“ enthalten.) Man hätte dem Band allerdings ein größeres Format und ein besseres Papier gewünscht. H. S.

Integration und Einwanderung. Hrsg. von Wichard Woyke. Eine Einführung. Schwalbach/Ts. (Wochenschau Verlag) 2007, 144 S., brosch., 9,80 €, ISBN 978-3-89974307-4.

Gentechnik. Hrsg. von Peter Massing. Eine Einführung. Schwalbach/Ts. (Wochenschau Verlag) 2007, 160 S., brosch., 9,80 €, ISBN 978-3-89974307-4.

Migration und Weltgeschichte. Hrsg. von Sabine Liebig. Schwalbach/Ts. (Wochenschau Verlag) 2007, 127 S., brosch., 9,80 €, ISBN 978-3-89974240-4.

Lange Schatten. Bewältigung von Diktaturen. Hrsg. von Angela Borgstedt/Siegfried Frech/Michael Stolle. Schwalbach/Ts. (Wochenschau Verlag) 2007, 234 S., brosch., 9,80 €, ISBN 978-3-89974335-7.

Die oben aufgeführten Titel sind allesamt im Wochenschau Verlag erschienen: Sie sind äußerst preisgünstig, liefern aber viel wissenschaftliche Qualität, wenn man sich vor dem Kauf genau über den jeweiligen Aufbau und die Intention des Buches informiert. Dann ist die eine oder andere „Perle“ zu entdecken und Irritation stellt sich höchstens ein, wenn der Inhalt einzelner Beiträge vielleicht doch einen nicht so zentralen Aspekt betrifft. Es empfiehlt sich also, gezielt nach Veröffentlichungen des Wochenschau Verlages zu schauen, wenn einmal wieder ein neues Thema für den Politikunterricht vorzubereiten ist. H. S.

Methodentraining für den Ökonomieunterricht. Hrsg. von Thomas Retzmann, Schwalbach/Ts. (Wochenschau Verlag) 2007, 208 S., Großformat, 29,80 €, ISBN 978-3-89974234-3.

Literatur zum Methodentraining bleibt weiter gefragt! Besonders, wenn sie mit konkreten Unterrichtsvorschlägen kombiniert ist, wie bei dem vorliegenden Band, der in einer sehr guten Ausstattung und mit einer Reihe von Kopiervorlagen versehen ist. Nicht jeder Beitrag ist schulisch so umsetzbar und – ehrlich geschrieben – auch nicht jedes Arbeitsblatt ist wirklich gelungen, insgesamt bleibt aber vieles in diesem Band, was sich problemlos in der schulischen Arbeit der Sekundarstufe II einsetzen und umsetzen lässt. H. S.

„Praxis Geschichte“ – Übersicht über die von Januar 2006 bis März 2007 erschienenen Ausgaben

Ausgabe Januar Heft 01/2006 Fotografien im Geschichtsunterricht

Wir leben in Zeiten der Bilderflut. Fernsehen, Illustrierte und das Internet liefern uns laufend visuelle Eindrücke. Die schnellen Medien senden uns das Weltgeschehen fast zeitsynchron in die Wohnzimmer. Viele Gründe sprechen dafür, die Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler zu stärken. Die Praxis Geschichte-Ausgabe will hierzu beitragen. Oft werden Fotografien für den Unterricht nur zu illustrativen Zwecken eingesetzt. Dabei wird ihre Bedeutung unterschätzt. Fotografien sind historische Quellen, die einer kritischen Analyse und Interpretation bedürfen. Die Beiträge dieser Ausgabe geben dazu vielfältige methodische Anregungen und zeigen handlungsorientierte Verfahren der Arbeit mit Fotografien auf.

Ausgabe März Heft 02/2006: Religion und Kirche im Mittelalter

Die große Anteilnahme am Tod Johannes Pauls II. und die Euphorie über den neuen Papst Benedikt XVI. haben gezeigt, dass vom Papsttum und der (katholischen) Kirche immer noch eine große Faszinationskraft ausgeht. Das Christentum hat die europäischen Gesellschaften tiefgreifend geprägt. Seine Entfaltung im Mittelalter ist deshalb als Unterrichtsthema unverzichtbar. Der Glauben bestimmte das Leben. Die Kirche war eine wichtige Stütze zur Herrschaftssicherung – auch nachdem im Investiturstreit der Dualismus geistlicher und weltlicher Macht offen zu Tage trat. Die Beiträge dieser *Praxis Geschichte*-Ausgabe greifen die Lehrplanvorgaben auf und setzen das komplexe Thema für die unteren Klassen der Sekundarstufe I in methodisch angemessener Weise um.

Ausgabe Mai Heft 03/2006 Vormärz

Eine Hausdurchsuchung im Großherzogtum Hessen-Darmstadt, 1835 im Bild dargestellt (Titel), ist Symbol für eine spannende und zugleich widersprüchliche Epoche. Der "Vormärz" steht für die Restauration fürstlicher Gewalt und die Repression des freien Geistes. Gleichwohl entwickelten sich in dieser Zeit die Grundlagen der Staatsbürgergesellschaft, des Parlamentarismus und der Industrialisierung. Die Beiträge dieser Ausgabe beleuchten neue Fassetten aus der aktuellen Forschung und bieten vielfältig aufbereitete, teils unbekanntere Materialien.

Ausgabe Juli Heft 04/2006 Islamische Welt

Die islamische Welt ist vielschichtig und aus europäischer Sicht oft nur schwer zu verstehen. Was bedeuten Begriffe wie Dschihad und Scharia? Wer sind die Schiiten im Iran? Warum unterscheiden sich die Entwicklungen der Türkei und des Iran? Welche Positionen vertreten Muslime in Europa? Von Gegenwartsfragen ausgehend,

skizzieren die Beiträge der Juliausgabe historische Hintergründe und liefern Materialien und Anregungen für den fächerübergreifenden Unterricht. Das Thema bringt es mit sich, dass die Ausgabe meinungsstarke Beiträge enthält. Das Bemühen um eine differenzierte Auseinandersetzung hat zu der Erkenntnis geführt, dass es Missverständnisse im Dialog der Kulturen gibt, die sich nicht so einfach ausräumen lassen. So werden zum Teil die gleichen Begriffe benutzt, aber völlig unterschiedlich definiert. Dieser Umstand wird hier nicht umgangen.

Ausgabe September Heft 05/2006 Spiel-Filme im Geschichtsunterricht

Ob "Luther", "Der neunte Tag" oder "Das Wunder von Bern" - zahlreiche neuere Spielfilme verbreiten Geschichtsbilder. Manche befördern Mythen und tragen zur Legendenbildung bei, andere personalisieren und individualisieren Geschichte(n). Unterschiedlich fällt das Bemühen aus, historische Sachverhalte "authentisch" zu rekonstruieren. Fördern sie die Geschichtskennntnisse der Schülerinnen und Schüler? Die Beiträge dieser Ausgabe liefern unterschiedliche Zugänge und zeigen auf, dass eine kritische Behandlung der Filme im Unterricht lohnt. Ihre Analyse schult den Umgang mit Geschichtsbildern und die Medienkompetenz. Die Filme sind ein Schüler aktivierendes Medium. Sie regen zu einer Reflexion darüber an, welche gegenwärtigen Motive und Auffassungen die Darstellung von Geschichte prägen und sind somit selbst eine Quelle der Mentalitätsgeschichte. Die methodisch vielfältigen Beiträge behandeln nicht nur Spielfilme. *A. Janowitz* stellt einen MfS-Schulungsfilm vor. *S. Donaubauer* liefert Analysekriterien zu historischen TV-Dokumentationen. *G. Teuscher* führt in Filmsprache und Bildaufbau ein. Mitgeliefert wird eine didaktische DVD zu dem Film "Der Rote Kakadu", die zusätzliche Materialien enthält.

Ausgabe November Heft 06/2006 Schauplätze der Französischen Revolution

Die Französische Revolution leitete eine Zeit des Aufbruchs und der tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen in Europa ein. Paris und Frankreich waren ein "Laboratorium" für die politischen Systeme der Moderne: Zwischen 1789 und 1799 wurden alle Staatsformen durchlaufen, die für das 19. und 20. Jahrhundert prägend werden sollten. Oft genug richtet sich der Unterrichtsfokus allein auf diese politische Geschichte. Die vorliegende Praxis Geschichte-Ausgabe wählt bewusst einen anderen Zugang. Da die politische Theorie für Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I sehr abstrakt ist, werden hier Schauplätze der Revolution in den Mittelpunkt gestellt. Die methodenreichen Beiträge vermitteln das politische Geschehen lebensnah über die Orte, an denen Geschichte "gemacht" wurde. Die Karten der Posterbeilage – besonders der Stadtplan von Paris – ermöglichen es Ihnen und Ihren Schülern, die behandelten Schauplätze und andere wichtige Orte der Revolution aufzusuchen. So können die Dimensionen und Relationen einzelner revolutionärer Ereignisse verdeutlicht werden.

Ausgabe Januar Heft 01/2007

Epochenjahr 1917 – Visionen für den Weltfrieden

Vor 90 Jahren ging der Erste Weltkrieg in das vierte Jahr. Der Stellungskrieg zermürbte die Soldaten beiderseits der Fronten. Frieden schien nicht in Sicht. Doch sollte 1917 zu einem entscheidenden Epochenjahr werden. Der Kriegseintritt der USA und die russische Oktoberrevolution veränderten den Kriegsverlauf. Zwei neue friedenspolitische Visionen lösten das gescheiterte Gleichgewichtsmodell des "alten Europa" ab. Wilsons liberal-kapitalistisches Ordnungsmodell und Lenins Friedensmodell einer sozialistischen Weltrevolution hatten globalen Anspruch und boten Zukunftsperspektiven. Sie waren aber auch Basis für die beginnende Bipolarität. Die aktuelle Praxis Geschichte-Ausgabe betont die universalhistorische Zäsur des Jahres 1917. Sie liefert Anregungen für den Oberstufenunterricht, die Abiturvorbereitung, aber auch zahlreiche methodisch aufbereitete Materialien für die Sekundarstufe I.

Ausgabe März Heft 02/2007

Spätmittelalter

Der Buchdruck, die Entstehung der Geldwirtschaft und die Ausbreitung der Universitäten kennzeichnen das Spätmittelalter als eine Zeit des Übergangs. Gleichwohl war es eine Epoche der Gegensätze. Die Inquisition richtete, die Pest wütete, Judenpogrome häuften sich, und die meisten Menschen lebten weiterhin in der ländlichen Armut des feudalen Herrschaftsgefüges. Die aktuelle Praxis Geschichte-Ausgabe wählt einen multiperspektivischen Zugriff, um das Spätmittelalter in politik-, alltags-, sozial-, wirtschafts- und mentalitätsgeschichtlicher Dimension zu erfassen. Mit den Themen "Kaisertum - Landesherrschaft" und "Handel - Hanse" werden Kernbereiche des Lehrplans behandelt. Die Beiträge zur Frömmigkeit und zu den Kaufleuten greifen zentrale Beispiele für den Übergangscharakter der Epoche auf. Hier mischte sich mittelalterliches Gedankengut mit neuzeitlichen Errungenschaften.

Verantwortlich für diese Rubrik: H. S.

Übersicht über die von März 2006 bis Februar 2007 erschienenen Ausgaben von „Geschichte lernen“

Ausgabe März 2006 Heft 111 DDR

Diese Ausgabe von Geschichte lernen bietet Ihnen Unterrichtsvorschläge, wie Sie Ihren Schülern den Alltag in der DDR differenzierter vermitteln können. Erfahren Sie z.B. mehr über die wechselvolle Konsumgeschichte der DDR oder lesen Sie, wie Sie mithilfe von Brigadebüchern die Aktivitäten und Beeinflussung von Jungpionieren und die Erziehung zum Sozialismus veranschaulichen können.

Auszug aus den Unterrichtsideen:

- Ein Kollektiv wird ins All geführt? Über den Comic-Alltag in der DDR
- Pioniernachmittage zwischen Anspruch und Wirklichkeit
- Fluchtversuch und seine Folgen
- Der Mauerfall aus ost- und westdeutscher Sicht
- Die gesondert käufliche Audio-CD „Zwischen Propaganda und Punk-Rock“ ergänzt die Praxisbeiträge dieses Themenhefts.

Ausgabe Juli 2006 Heft 112 Moderne Landwirtschaft

Wenn es um Bauern geht im Geschichtsunterricht, dann handelt es sich meist um den Unterrichtsstoff des zweiten oder dritten Lernjahres im Gymnasium: Es sind zu meist Bauern im Mittelalter, deren Arbeit und Alltag und deren gesellschaftliche Stellung betrachtet werden. Moderne Landwirtschaft kennen Schüler und Schülerinnen zumeist nur noch aus Konsumentensicht. Oft aber konsumieren sie, ohne über die Herkunft ihrer Lebensmittel und die Bedingungen von deren Entstehen Genaueres zu wissen. Der Bezug zum alltäglich Verzehrten fehlt vielen. Das mag zum Teil auch daran liegen, dass der Unterricht die rasante Entwicklung im primären Wirtschaftsbereich innerhalb der letzten zwei Jahrhunderte vernachlässigt. Von der bäuerlichen Subsistenzwirtschaft als Lebens- und Wirtschaftsform der Bevölkerungsmehrheit hat sich die Landwirtschaft zu einem Wirtschaftszweig mit geringer Beschäftigtenzahl, aber hoher Produktivität gewandelt. In vielen Köpfen – auch Jugendlicher – sitzt jedoch das romantisierende Bild vom gemächlichen Landleben fest. Hier setzt das vorliegende Heft an. Einige Unterrichtsbeiträge gehen auf verschiedene Voraussetzungen zum Entstehen der modernen Landwirtschaft ein, z.B. auf die sog. Bauernbefreiung, oder auf die Bemühungen von Waldbesitzern, Nutzungsrechte der Bauern am Wald einzuschränken, um ihren Forst rentabel bewirtschaften zu können. Dynamische Entwicklungen werden (auch) in anderen Beiträgen sichtbar, etwa dem zur Rübenzuckerproduktion oder zur Mechanisierung der Landarbeit. Im Forum stellen wir neben den gewohnten Internettipps und Jugendbüchern zum Heftthema Freilichtmuseen als Lernorte für Landarbeit und Landleben vor.

Inhaltsverzeichnis:

Basisartikel: Gerhard Henke-Bockschatz: Moderne Landwirtschaft

Unterricht: Gerhard Henke-Bockschatz: Wem gehört der Wald? – Der Kampf gegen traditionelle Formen der Waldnutzung – Sek. I

Johannes Bracht: „Bauernbefreiung“ – Freiheit für wen und zu welchem Preis? – Sek. II

Wolfgang Osiander: Ackerbau auf ödem Grund – Die Trockenlegung und Kultivierung des Donaumooses im 18. und 19. Jahrhundert – Sek. I

Stephan Schwier: Die süße Revolution – Aufstieg und Verbreitung der Zuckerrübe – Sek. I

Kerstin Werner: „Abgehetzte Lasttiere“ oder „selbstbewusste Meisterinnen“ – Frauenarbeit in der Landwirtschaft um 1900 – Sek. I

Kerstin Wohne: Siegeszug des Traktors – Mechanisierung in der deutschen Landwirtschaft – Sek. I

Forum: Hanno Hohenberger/Ralph Lange: Alltag auf dem Lande – Freilichtmuseen

Christiane Grüner: Kleine Schatztruhe – Jugendbuchrezension

Uta Hartwig: Landwirtschaft geschichtlich – Internettipp

Gerhard Henke-Bockschatz: Landwirtschaft im Spiegel eines Standardwerkes – Unterrichtstipp

Ausgabe September 2006 Heft 113 Klassenfahrten

Auf der Klassenfahrt erlebt sich die Lerngruppe unter Bedingungen, die der Schulalltag nicht bietet und die vor allem soziales Lernen ermöglichen. Diese Ausgabe bietet Ihnen Erfahrungsberichte und Unterrichtsmodelle mit Erkundungsmaterialien, bei denen Ihre Schülerinnen und Schüler selbst tätig werden – sei es bei der Planung von Routen und Quartieren, bei der inhaltlichen Vorbereitung oder der Initiative bei der Spurensuche an historischen Orten.

Aus dem Inhalt:

- Stadtgeschichte und Knastgeschichte
- Der Industrialisierung in Berlin nachspüren
- Auf den Spuren Martin Luthers
- San Pietro in Vaticano und das barocke Rom

Ausgabe November 2006 Heft 114 Plakate

Die Unterrichtsvorschläge dieser Ausgabe decken die Blütezeit des Plakats als Massenmedium ab. Dabei werden sowohl politische als auch Reklame- und Filmplakate behandelt. Der methodische Schwerpunkt ist die kritische Bildanalyse mit handlungsorientierten Aufgaben.

Aus dem Inhalt:

- Propagandaplakate für die deutsche „Heimatfront“ 1915-1918
- NS-Wahlwerbung im Spiegel von Plakaten
- Stalin – Großer Lehrer, Freund und Vater – Das Plakat als Instrument des sowjetischen Personenkultes
- Werbeplakate für Heimatfilme der 50er Jahre
- In diesem Heft: Poster „Kleine Grammatik der Plakatsprache“

Ausgabe Januar 2007 Heft 115 Wissen und Gesellschaft

Die Beiträge dieser Ausgabe fragen danach, wie und wann welches Wissen generiert und wirksam wurde, von wem und auf welchen Wegen es verteilt und organisiert wurde, oder auch, wie seine Verbreitung verhindert wurde. Dabei kommen z.B. anti-

ke Philosophen, die Bibliothek von Alexandria, der neuzeitlich anmutende forschende Kaiser Friedrich II. und die staatliche Wissensverwaltung per Patent in den Blick.

Aus dem Inhalt:

- Die Schule Athens
- WebQuest zur Bibliothek von Alexandria
- Anfänge der Wissenschaftlichen Anatomie
- Wissen und Geschäft

Ausgabe März 2007 Heft 116
Diagnostizieren im Geschichtsunterricht

Aus dem Inhalt:

- Kategorien für die Diagnose historischen Lehrens und Lernens
- Formen kreativen Schreibens im historischen Unterricht
- Vorschläge zur Evaluierung eines Stationenlernens
- Kategorien und Prinzipien historischen Denkens in Schüleräußerungen erkennen

Ausgabe Mai 2007 Heft 117
Römische Republik

Basisartikel:

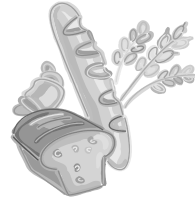
Markus Bernhardt: Innenansichten der Römischen Republik

Unterricht:

- Matthias Dietze: Steh zu deinen Freunden – Das römische Klientelwesen mit Standbildern erfassen
- Michael Mause: Kriegerische Expansion – Das Konzept des bellum iustum untersuchen
- Susanne Schul: "me fecit ..." – Grabsteine als Quellen des römischen Handwerkerstandes
- Dorothea Rohde: Wo hatten die Konsuln ihr Büro? – Erschließung von Ämtern anhand von Stadtplänen
- Tobias Pilz: Wer wird Konsul? – Ein Lernspiel über Karriere und Alltag in der späten Römischen Republik und frühen Kaiserzeit
- Thomas Grove: Washington – das neue Rom? – Ein struktureller Vergleich der Außenbeziehungen der USA und des Römischen Reiches
- Friedrich Maier: Frauen im Kampf um Rom – Die Republik am Abgrund durch Catilinas Revolte

Verantwortlich für diese Rubrik: H. S.

Von Backprofilen und Brötchenstandards



Das Backwesen in Deutschland ist in Bewegung geraten. Als vor einiger Zeit eine internationale Vergleichsstudie ans Licht brachte, dass in Deutschland zu kleine Brötchen gebacken wurden, reagierte die Backministerkonferenz schnell und unbürokratisch. Ohne Zeit mit Ursachenforschung zu verlieren, ohne sich übertrieben gründlich mit den Gründen für das gute Abschneiden anderer Länder auseinanderzusetzen, wurde sie tätig. Backstandards wurden definiert und bundesweit verbindlich gemacht. Ebenso angemessen, mit unermüdlichem Reformeifer, reagierten die einzelnen Bundesländer. So führten etliche Backminister das Zentralbackverfahren ein: Am Ende jeder Backsaison wird in allen staatlichen Bäckereien des Landes zeitgleich aus gleichen Zutaten Gleiches gebacken. In anderen Bundesländern wurde das Vergleichsbacken verbindlich: An langfristig festgelegten Tagen werden die Brötchen jeweils drei, sechs, acht und zehn Minuten nach Backbeginn begutachtet und verglichen. Auch hier wird effizient gearbeitet: Bei der Auswertung ist allein der Zustand der Brötchen zum Zeitpunkt der Überprüfung ausschlaggebend; auf eine zeitraubende Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Zutaten, der Ausstattung der Backstuben - wie manche Bäcker es forderten - wird verzichtet.

Leider verbesserten weder das Zentralbackverfahren noch das Vergleichsbacken die Brötchenqualität in dem von den Backministern erhofften Ausmaß. Hatte das Zentralbackverfahren die Kreativität zu sehr eingeschränkt? War beim Vergleichsbacken der Backvorgang durch ständiges Öffnen der Ofentür unzumutbar gestört worden? Fragen wie diese wurden nicht gestellt; stattdessen sahen die Backminister weiteren Reformbedarf.

Als besonders beachtliche Leistung gilt in diesem Zusammenhang das Hamburger ‚DD-Express-Paket‘. Innerhalb kürzester Frist ordnete die Backsenatorin u. a. Folgendes an:

- Die Umstellung der Methode: ‚Backen in neun Schritten‘ auf ‚Backen in acht Schritten‘ – wobei die Flexibilität der Bäcker am Tag der Umstellung besonders gefragt sein wird: Hier muss in neun und gleichzeitig in acht Schritten gebacken werden.
- Das Backen in Backprofilen: Unterschiedliche Brötchen werden unter einem bestimmten Gesichtspunkt (Profil) zusammengefasst, mit einer Brötchensorte als profilgebender Protagonistin. Die Backbehörde nennt als Beispiele ‚Korn und Kommunikation‘ (Dreikornbrötchen) und ‚Nahrung und Leistung‘ (Weltmeisterbrötchen). Weitere Backprofile erstellen die einzelnen Bäckereien.
- Das Zwei-Säulen-Modell: Umstellung des gesamten staatlichen Bäckereisystems auf Stadtteilbäckereien und Elitebackstudios.
- Das selbstverantwortete Backen: Jeder Bäckereileiter übernimmt die Verantwortung für die aus den Anordnungen der Backbehörde resultierenden Auswirkungen auf den Backbetrieb.
- Die Backinspektoren: Sie stellen durch einen kurzen, aber kritischen Blick auf eines der Bleche sicher, dass die hergestellten Backwaren gesundheitsfördernd, nahrhaft und schmackhaft sind und hinsichtlich der Zutaten den geltenden Backplänen entsprechen.

Leider gibt es immer wieder Kritik an den Reformmaßnahmen. Hans Hefeteig zum Beispiel, ein stadtbekannter Bäcker, dessen Brötchen immer gern gegessen werden, ist unzufrieden mit der Art und Weise der Umsetzung des DD-Paketes. Gestern hat Hans seine alte Freundin Tanja Tafelbild getroffen und ihr sein Leid geklagt. Sie hat

ihm zugehört, ihm Mut gemacht und hinzugefügt: „Hättest du dich nur für den Lehrerberuf entschieden, so wie ich. Was du da erzählst – eine Serie gravierender Neuerungen, kurzfristig angeordnet, ohne Diskussion mit den Betroffenen – so etwas gibt es bei uns nicht. Bei uns wird behutsam vorgegangen, Reformen werden sorgfältig durchdacht. Das geht in der Schule auch gar nicht anders. Kinder sind ja keine Brötchen!“

Annelies Paulitsch

Geschichte und Politik in der Schule (GPS)

Herausgegeben vom Verband der Lehrer für Geschichte und Politik – Hamburg (Landesverband des Verbandes der Geschichtslehrer Deutschlands; korporatives Mitglied der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung)

ISSN 0178-4633

Redaktion:

Dr. Helge Schröder (c/o Albert-Schweitzer-Gymnasium, Kennzahl 213/5810, Struckholt 27–29, 22337 Hamburg)

Hartwig Dohrke (c/o Gymnasium Farmsen, Kennzahl 363/5885, Swebenhöhe 50, 22159 Hamburg)

Der Bezugspreis pro Einzelheft beträgt € 4,00; Mitglieder des Verbandes für Geschichte und Politik – Hamburg beziehen GPS kostenlos.

Erscheinungsweise: einmal jährlich, Auflage 500.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber oder der Redaktion wieder.

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Jede Art von Vervielfältigung bedarf der Zustimmung der Herausgeber.

